PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

kommunistische volkszeitung

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W. Maier – Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Sandhofer Str. 29, 6800 Mannheim, Telefon 0621/75 20 15 – Druck: Caro-Druck, Am Ochsenhorn 6, 6831 Plankstadt – Auflage: 40 000 – Redaktion: Sandhofer Str. 29, 6800 Mannheim, Telefon 0621/75 20 14 - Ständiger Ausschuß des ZK des KBW: Telefon 0621/75 20 12 – Jahresabonnement: incl. Porto 36 DM, In- und Ausland. Abonnements-Einzelbestellung durch Einzahlung auf Konto Buchvertrieb Hager GmbH, Volksbank Mannheim, Nr. 18 909 05, oder: PSchA Karlsruhe Nr. 958 37-753 – . Die Zeitung wurde am Dienstag, 23. März 1976, fertiggestellt.

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

25. März 1976 Jg. 4 Nr. 12 50 Pfennig

Die Zeit der weißen Herrenmenschen ist abgelaufen

Immer öfter sieht man jetzt im Fernsehen Berichte, wo gezeigt wird, welche Anstrengungen die Rhodesier machen, um die Bevölkerung vor Terrorismus zu schützen. Neulich kam ein Bericht, wo gezeigt wurde, wie die ganze Bevölkerung umgesiedelt wird in Schutzdörfer. Das schaut so aus:

Außendrumherum ist Stacheldrahtverhau. Am Tor ist ein Posten. Innendrin stehen Baracken. In der Mitte befindet sich ein festes Gebäude. Da liegt dann noch ein Posten der rhodesischen Armee. Wer in das Dorf hineinwill, wird durchsucht. Wer herauswill, wird auch durchsucht. Während der Dunkelheit wird auf jeden, der hinaus- oder hereinwill, geschossen.

Rhodesien gibt es nicht. Was es gibt, sind Rhodesier. Das sind die rund 250 000 weißen Herren des Landes Zimbabwe, das eine Bevölkerung von rund 6 Millionen schwarzen Bauern, Landarbeitern und Minenarbeitern hat. Auf dem Boden und auf den Knochen dieser schwarzen Arbeiter- und Bauernbevölkerung wird von den weißen Rhodesiern die verkommene Lebensweise aristokratischer Großgrundbesitzer gepflegt. Man kennt die Bilder von fürstlichen Parks, feinen Reitgesellschaften und herrschaftlichen Jagden.

Diese Idylle wird durch brutale Ausbeutung und Unterdrückung des Volkes von Zimbabwe erhalten. Um solche Zustände zu retten, wird schier die ganze Bevölkerung in KZ's gesperrt.

In der Tat ist das Volk von Zimbabwe nicht mehr länger bereit, dieses herrschende Gesindel zu ertragen. Es kämpft, und es kämpft erfolgreich. Hierzulande wird das als Terrorismus ausgegeben und als Gefährdung des Friedens. Lassen wir die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichten, wie dieser Friede ausschaut und wer sich vor „Terror" fürchtet: „Hinter vorgehaltener Hand erzählen sich die Farmer von Chipinga, was einem der Ihren vor kurzer Zeit passiert ist. Ein Ran-
cher von Chipinga, was einem der Ihren
vor kurzer Zeit passiert ist. Ein Ran-
cher hatte seinen schwarzen Herdenaufseher wegen eines geringfügigen Fehlers mit der Nilpferdpeitsche traktiert. Eines Abends pochte ein Kommando von FRELIMO-Soldaten an seine Tür und nahm ihn mit über die Grenze nach Mozambique. Dort wurde er von einem Volkstribunal verurteilt, dreißig Stück Rindvieh als Strafe an seinen Aufseher zu entrichten, im Wiederholungsfalle sechzig Stück."

Verschiedene solcher „Farmer" und „Rancher" sind in den letzten Monaten Opfer des Terrorismus geworden. Anstatt ihre Weltanschauung mit der Nilpferdpeitsche in den Rücken schwarzer Arbeiter weiter eingraben zu können, sind sie in die Luft gesprengt worden, oder erschossen oder sonstwie beseitigt.

Das westdeutsche Fernsehen besitzt die Frechheit, solche notwendigen und gerechten Aktionen des Volkes von Zimbabwe als „Terrorismus" zu bezeichnen. Die Imperialisten wissen natürlich, daß sich die Großgrundbesitzerclique gegen den Befreiungskampf nicht halten kann, sondern in einer absehbaren Zukunft davon hinweggefegt wird wie Schneereste vom Frühlingswind.

Daher werden in letzter Zeit allerhand Manöver unternommen, die weißen Rhodesier vor diesem unausweichlichen Schicksal zu retten.

„Es gilt den Ausbruch eines neuen Krieges in Afrika zu verhindern", gurgelt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" am letzten Dienstag. Ja freilich, wenn ein gerechter Kampf seinem Siege sich nähert, wird für die Imperialisten der Friede kostbar. Es handelt sich um jenen Frieden, wohlgemerkt, in dem die Nilpferdpeitschen klatschen und die Pfunde Sterling fließen.

Neuerdings will fast niemand mehr die weißen Rhodesier offen unterstützen. Alle imperialistischen Mächte sagen, daß man die Rhodesier zur Mäßigung bringen muß.

Das sagen sie bloß, weil sie es so hindrehen wollen, daß es nicht der Kampf des Volkes von Zimbabwe war, der die Freiheit gebracht hat, sondern irgendwer anders. Vielleicht Ihre Majestät die Königin von England.

Das Volk von Zimbabwe hält nichts von diesen Befreiern und zieht es vor, sich selber zu befreien durch den bewaffneten Kampf. Viele Menschen gerade hier in Westdeutschland unterstützen den Kampf des Volkes von Zimbabwe um Unabhängigkeit und Freiheit schon seit geraumer Zeit. Man kann feststellen, daß sich mit der Vergrößerung der Lügen und der Hetze gegen diesen Kampf auch die Unterstützung für diesen Kampf vergrößert. Offenbar ist der Ruf der Bourgeoispresse und des Bourgeoisfernsehens schon so angeschlagen, daß sie mit ihren Lügen das Gegenteil erreichen.

Tarifauseinandersetzungen:

Der Kampf um den Lohn wird sich weiter verschärfen

Die sozialdemokratischen Verhandlungsstrategen mögen sich die Hände reiben über die gegenwärtigen Tarifabschlüsse in der Metallindustrie. Sie mögen sich rühmen, sie hätten einen heftigen Zusammenstoß zwischen Arbeitern und Kapitalisten vermieden und dennoch mehr herausgeholt, als die Kapitalisten zahlen wollten. Sie täuschen sich aber in mancher Hinsicht. Sie haben gar nichts herausgeholt. Nicht ihr angebliches Verhandlungsgeschick oder ihre gelegentlichen wilden Reden haben die Kapitalisten zu irgendwelchen Zugeständnissen veranlaßt, sondern die Kampfentschlossenheit der Metaller, die die Gewerkschaftsführer in die Waagschale der Verhandlungen geworfen haben und für ein Linsengericht verkauft haben. Sobald die Kapitalisten dies erkannt haben, wurden sie gleich nochmal frecher. In Nordrhein-Westfalen weigern sie sich bisher, die 110-DM-Pauschale zu bezahlen, die die Kapitalisten in Baden-Württemberg für die ersten drei Monate zugestanden haben. Die Kapitalisten wollen dort auch nicht unterschreiben, daß sie auf Maßregelungen gegen Arbeiter verzichten, die sich an der Streikbewegung während der Tarifauseinandersetzung beteiligt haben.

Eine große Täuschung ist es zu glauben, die Lohnauseinandersetzungen zwischen den Kapitalisten und den Arbeitern wären mit diesen Abschlüssen für ein Jahr gelaufen. Sie sind nicht einmal in der Metallindustrie gelaufen. Nicht umsonst gibt es gegen diese Abschlüsse großen Widerstand, so z.B. bei den Arbeitern der Volkswagenwerke (siehe Berichte Seite 5). Tarifabschlüsse sind bloß Schranken für den Lohndruck der Kapitalisten. Die jetzigen Abschlüsse in der Metallindustrie lassen den Kapitalisten aber noch eine Menge Spielraum für weitere Lohndrückerei. Diesen Spielraum werden sie zu nutzen versuchen, wie sie es bereits im letzten Jahr getan haben. Die Bundesbank hat jetzt Zahlen über die sogenannte „Lohndrift" veröffentlicht, an denen man ablesen kann, wie die Kapitalisten durch Umsetzungen, Akkordkürzungen usw. den tatsächlichen Lohn bereits gedrückt haben. Im ersten halben Jahr 1975 um 1,6 Prozent, im zweiten halben Jahr um 1 Prozent, jahresdurchschnittlich um 1 Prozent. Diesen Weg werden sie weiter beschreiten.

Für die Arbeiter aber bedeutet der Abschluß bereits jetzt einen offenen Lohnraub. Befriedigt stellt „Der Spiegel" fest und macht sich aus bürgerlicher Sicht über sozialdemokratische Lohnpolitik lustig: „Mindestens vier Wochen, schätzen die Experten, werden die Tarifpartner des öffentlichen Dienstes noch miteinander hakeln, um schließlich einen Kompromiß aus festem Sockelbetrag und prozentualem Zuschlag auszuhandeln. Dann freilich werden die Metaller schon bedient sein. Trotz derzeit rasch ansteigender Unternehmergewinne, denen Konjunkturforscher einen Jahreszuwachs von über 20 Prozent zutrauen, werden die Industriearbeiter sich erstmals damit abfinden müssen, real weniger zu verdienen als im Vorjahr."

Daß sich die Arbeiter damit abfinden, darüber scheint es in der „Spiegel"-Redaktion allerdings Zweifel zu geben. In einem anderen Artikel über die erneut verstärkte Inflation läßt sich „Der Spiegel" so aus:

„Die Arbeitnehmer, die sich jetzt wie etwa die Metaller mit rund 5,4 Prozent Lohnerhöhung bescheiden, würden sich (bei verstärkter Inflation) durch nachträgliche Verringerung ihrer Kaufkraft betrogen fühlen. Die unausweichliche Folge: wilde Streiks im Herbst und so hohe Lohnforderungen für 1977, daß der Abbau der Arbeitslosigkeit kaum gelingen kann."

In wieder einem anderen Artikel gibt er zu, daß die Arbeitslosigkeit mit den Löhnen freilich nur soweit was zu tun hat, als sie es den Kapitalisten erleichtert, den Lohn zu drücken. Sie ist aber allein von den Schwankungen der kapitalistischen Wirtschaft abhängig und

Fortsetzung Seite 2

Hotelbesitzer Filbinger fordert Sonntagsarbeit für Jugendliche

Ministerpräsident Filbinger hat sich in den letzten Wochen dafür eingesetzt, daß das neue Jugendarbeitsschutzgesetz noch mehr Freiheiten für die Kapitalisten bei der Ausbeutung von Jugendlichen läßt. Im Bundesrat hat er einen Antrag eingebracht, das Verbot der Sonntagsarbeit für Jugendliche, insbesondere im Hotel- und Gaststättengewerbe, aufzuheben. Der gütige Landesvater meint es dabei nicht, nur gut mit allen Kapitalisten, die ihm am Herzen liegen. Er selbst ist mit 50 Prozent am Astoria-Kurhotel in Bad Krozingen beteiligt, das zu einer GmbH mit zwei weiteren Hotels gehört. In diesen Hotels werden nur Lehrlinge und Praktikanten beschäftigt. Unter anderem deshalb sind sie in einer GmbH zusammengefaßt, weil keines der Hotels für sich den Anforderungen und Vorschriften zur Ausbildung von Hotelfachleuten entspricht. Die Lehrlinge verdienen dort 440 DM abzüglich 230 DM für Übernachtung und Verpflegung. Beim sonntäglichen Kirchgang wird sich der fromme Ministerpräsident sicher ausgerechnet haben, wie vorteilhaft es wäre, wenn die Lehrlinge auch sonntags für ihn arbeiteten.

Palästina:

Palästina:

Kampf gegen die israelische Besatzermacht

Im Westteil Palästinas, dem sogenannten Westjordanland, das von Israel seit dem Sechstagekrieg 1967 besetzt gehalten wird, gibt es seit Wochen eine wachsende Massenbewegung gegen die israelische Besatzung. Entzündet hat sich die Massenbewegung an dem Vorgehen der Zionisten, im Schutz der Besatzungstruppen Wehrdörfer einzurichten, den Arabern das Land wegzunehmen und die arabische Kultur zu zerstören und zu beseitigen.

Die Zionisten gehen dabei ganz genauso vor wie bei der Vertreibung der Palästinenser vor 30 Jahren. Deshalb haben die arabischen Staaten am vergangenen Montag eine Sitzung des Weltsicherheitsrates der UNO über die israelische Besatzung im Westjordanland durchgesetzt.

Die Auseinandersetzung um den Tempelberg

Begonnen hatten die Aktionen der arabischen Massen, als ein israelisches Gericht im vergangenen Herbst urteilte, daß jüdische Gläubige ihre Gebete auf dem Tempelberg in Ostjerusalem vor der El Aksa-Moschee verrichten können. Die El Aksa-Moschee ist für die gesamte islamische Welt eines der bedeutendsten Heiligtümer. Der Gerichtsbeschluß ist deshalb für alle Moslem eine Provokation. Die Gebete der Zionisten auf dem Tempelberg stellen den Versuch dar, unter dem Deckmantel des Anspruchs, die alten jüdischen Kultstätten wiederherzustellen, das Recht der Araber auf Ausübung ihrer Religion in Jerusalem zu beseitigen.

Die arabischen Massen – vor allem die Jugendlichen – führen den Kampf mit Straßenblockaden. Die Besatzertruppen bewerfen sie mit Steinen. Die Panzer und die schwerbewaffneten Truppen der Zionisten haben sich gegen die Demonstranten nicht durchsetzen können. Sie waren in den Gassen der Jerusalemer Altstadt völlig isoliert: Aus den Häusern wurden sie beworfen, und die Händler schlossen ihre Läden aus Solidarität mit den Demonstranten. Das ist gegenwärtig in allen Städten Westjordaniens so. Während in Nablus, im Norden, gerade eine israelische Panzerkolonne durch die Straßen der Stadt rollte, erklärte ein arabischer Händler, der seinen Laden geschlossen hatte, gegenüber dem Korrespondenten der „Neuen Zürcher Zeitung": „Ich habe die Türken erlebt und die Engländer und Jordanier kommen und gehen sehen, ich sah die Israeli kommen und werde sie noch gehen sehen." (Neue Zürcher Zeitung, 13. März)

Kampf gegen den Raub des Landes

In Galiläa, im Norden Westjordaniens und in der Gegend von Nazareth haben die Zionisten 2 000 Hektar Land beschlagnahmt. Sie sind derzeit dabei, dieses Land mit Gewalt den Arabern wegzunehmen. Die Bürgermeister und Dorfvorsteher haben dagegen protestiert. Sie haben der israelischen Regierung ein Ultimatum gesetzt, bis zum 30. März diese Maßnahme rückgängig zu machen und die alten Besitzverhältnisse wiederherzustellen und anzuerkennen. Der 30. März ist zum „Tag der Erde" erklärt worden. Wenn die israelische Regierung den Forderungen nicht nachkommt, ist für diesen Tag ein Generalstreik geplant. Eine Delegation wurde zur UNO geschickt. Die Bürgermeister erklärten: Der Landraub durch die israelische Regierung zwingt die in Israel lebenden Araber dazu, die Flüchtlingslager zu vergrößern." Zur Unterstützung dieses Kampfes haben die arabischen Studenten der Universität Haifa Demonstrationen durchgeführt, die sich an der Verhaftung zweier Studenten entzündeten. Diese beiden Studenten hatten es öffentlich abgelehnt, sich in den Wachdienst für Studentenheime einteilen zu lassen, der von den Zionisten organisiert wird. Der Wachdienst vor den Studentenheimen dient militärischen Zwecken. Er ist gegen die Palästinenser gerichtet, die in diesem nördlichen Gebiet immer häufiger Guerillaaktionen durchführen. Die arabischen Studenten verweigerten den Wachdienst mit der Begründung, das schade ihren palästinensischen Brüdern (Le Monde, 11. März) und würde dazu führen, daß sie gegen den gerechten Kampf des palästinensischen Volkes eingesetzt würden.

Der Kampf gegen die Errichtung von Wehrdörfern

Im südlichen Teil Westjordaniens, in der Gegend von Hebron, hat sich der Kampf der arabischen Bevölkerung am heftigsten entfaltet. Die „Frankfurter Rundschau" berichtet: „In der westjordanischen Stadt Hebron verstärkte sich am Mittwoch (17. März) die Unruhe unter der arabischen Bevölkerung weiter, nachdem der Rabbiner Mosche Levinger seine 1 400 Gläubigen aufgefordert hatte, sich im Fall von Aufläufen oder persönlichen Angriffen ihrer Gewehre zu bedienen." (Frankfurter Rundschau, 19. März) Eine Einheit der israelischen Armee, die von Jerusalem aus in Richtung Jericho fuhr, hat am selben Tag am Eingang des Dorfes Abu-Dis einen elfjährigen Jungen erschossen. Der Junge hatte zusammen mit 250 weiteren Schülern am Eingang des Dorfes eine Straßensperre errichtet, um die israelischen Besatzertruppen am Eindringen in das Dorf zu hindern. Von den wild in die Schulkinder feuernden Söldnern wurden zahlreiche andere schwer verletzt. Straßensperren gibt es während der Aktionen immer wieder. Sie werden hauptsächlich von den arabischen Jugendlichen errichtet, die überaus mutig gegen die Besatzungstruppen den Kampf führen. Wie sehr die Zionisten gerade die Jugendlichen fürchten, zeigen Militärgerichtsprozesse, in denen Zehnjährige zu hohen Geldstrafen verurteilt wurden! In ganz Westjordanien sind seit langem die Schulen geschlossen. Die Lehrer, Schüler und Eltern führen einen Streik zur Unterstützung der Aktionen gegen die Besatzer durch.

Für „Kollaborateure" gibt es keinen Platz

Das israelische Kolonialregime hatte darauf gesetzt, die reichen arabischen Grundbesitzer in Westjordanien, die sogenannten Notabeln, für eine Zusammenarbeit zu gewinnen. Das Siedlerregime hoffte, für die Beherrschung und Einverleibung Westjordaniens sich auf diese kleine Oberschicht stützen zu können. Die Notabeln sollten in ihren lokalen Machtpositionen belassen werden, wenn sie sich nur zu willigen Helfern der Kolonialmacht machen ließen. Die Aktionen der Massen

Fortsetzung Seite 2

Kampf gegen die israelische Besatzermacht

Fortsetzung

haben nun zur Folge, daß diese Politik gescheitert ist. Die meisten dieser Notabeln haben sich gegen die israelische Besatzung gestellt. Als Bürgermeister und Mitglieder in den Gemeinderäten traten viele von ihnen zurück. Der israelische Kriegsminister Peres, dem das Westjordanland verwaltungsmäßig untersteht, hatte sie zwangsverpflichten wollen. Er bekam aber am 16. März von ihnen zu hören, bevor sie ihre Amtsgeschäfte wieder aufzunehmen bereit seien, müßten erst die Gebete der Juden vor den Moscheen aufhören, Enteignungen arabischen Landes rückgängig gemacht werden und jüdische Siedlungen im Westjordanland müßten beseitigt werden.

Die bürgerliche Presse legt den Notabeln dieses Vorgehen als Wahltaktik aus, denn nach Festsetzung der israelischen Besatzungsmacht sollen am 12. April die Gemeinderäte neu gewählt werden. Tatsache ist, daß bei diesen Wahlen nur derjenige Kandidat Aussicht auf Erfolg hat, der sich klar gegen die israelische Besatzung stellt und den Kampf der Massen unterstützt. Wenn jemandem die „Unruhen" schaden, schreibt die „Neue Zürcher Zeitung" am 13. März, dann den „Kollaborateuren".

Die Massenkämpfe haben schon zu einer tiefgreifenden Veränderung in Westjordanien geführt. Die Einheit der arabischen Bevölkerung gegen die zionistische Herrschaft ist einen bedeutenden Schritt vorangekommen. Der Palästinensischen Nationalen Front (PNF), die von allen gegen die israelische Besatzung in Westjordanien kämpfenden Organisationen getragen wird und von den in der PLO zusammengeschlossenen palästinensischen Widerstandsorganisation unterstützt wird, gelingt es imme wirksamer, den Kampf der arabischen Massen gegen die israelische Besatzung zu führen. Das macht die Lage für den Zionismus insgesamt gefährlicher.

Angesichts der UNO-Sicherheitsratsdebatte hat die israelische Regierung den in Hebron stehenden Truppen nun den Rückzug befohlen. Das wurde in der Presse herausgestellt. Es soll darüber hinwegtäuschen, daß die israelische Regierung keiner einzigen Forderung der arabischen Regierung im Westjordanland nachgekommen ist und daß sie keineswegs gewillt ist, dieses Gebiet aufzugeben und sich daraus zurückzuziehen. Sie betrachtet dieses Gebiet „als zu Israel gehörig" und den Jordan als „natürliche" Grenze. Weil die israelische Regierung ihre Herrschaft über dieses Gebiet nicht aufgeben will, wird es zwangsläufig zu einem weiteren Aufschwung der Massenkämpfe kommen und zu einer weiteren Vereinheitlichung der Volksmassen gegen die Besatzungsmacht. – (g.j.)

Fortsetzung: Der Kampf um Lohn ...

nicht von den Löhnen. Die Arbeitslosigkeit ist vielmehr ein Mittel, um die Löhne der Profitinteressen auszuliefern.

Die Arbeiter werden in der kapitalistischen Wirtschaft von zwei Seiten in die Zange genommen: Sie werden gezwungen, mehr Arbeitskraft für geringeren Lohn zu verausgaben, und sie haben durch den geringeren Lohn geringere Möglichkeiten, die schneller und heftiger zerschlissene Arbeitskraft wiederherzustellen.

Der Zwang zur Verausgabung von mehr Arbeitskraft liest sich im Monatsbericht der Bundesbank sachlich kühl:

„Die Produktionsausweitung im zweiten Halbjahr 1975 – saisonbereinigt um 1 1/2 Prozent – wurde praktisch ohne zusätzlichen Einsatz von Arbeitskraft (d.h. ohne Neueinstellungen), also allein durch effizienteren Arbeitseinsatz erzielt. Die Zahl der Erwerbstätigen ging saisonbereinigt sogar weiter zurück, gleichzeitig erhöhte sich jedoch die je Erwerbstätigen geleistete Arbeitszeit durch Abbau von Kurzarbeit, mehr Überstunden, Sonderschichten u.ä."

In der Wirklichkeit bedeutet das, daß für das Jahr 1976 von den Kapitalisten erhofften 20 Prozent Profitsteigerung durch erbarmungslose Schinderei aus den Arbeitern herausgeholt werden sollen und daß die Kapitalisten damit das ganze letzte Jahr bereits begonnen haben. Gleichzeitig ist es ihnen gelungen, die Lohnquote am Bruttosozialprodukt zu senken.

Müssen die Arbeiter für weniger Lohn mehr Arbeitskraft verausgaben, so werden die Bedingungen für die Wiederherstellung der Arbeitskraft durch Inflation, staatliche Abgaben usw. weiter erschwert:

Nahrungsmittel sind heute um 7 Prozent teurer als vor einem Jahr, die Abzüge für die Sozialversicherung allein sind für die Lohnabhängigen insgesamt im letzten Jahr um 9,6 Prozent gestiegen.

Diese Tatsachen zeigen eindeutig, daß die Kapitalisten gegenwärtig dabei sind, die Tendenz zur relativen und zur absoluten Verelendung durchzusetzen. Diese Tendenz herrscht in der kapitalistischen Gesellschaft. Von der Arbeiterklasse kann ihr nur entgegengewirkt werden. Gebrochen werden kann sie nur durch die soziale Revolution des Proletariats. Relative Verelendung bedeutet, daß sich die Lage der Arbeiter gegenüber der ökonomischen und sozialen Stellung der Kapitalisten ständig verschlechtert und die Arbeiter einen immer geringeren Teil ihrer Arbeit tatsächlich bezahlt bekommen. Absolute Verelendung bedeutet, daß die Arbeiterklasse sogar ihren Verbrauch zur Erhaltung und Wiederherstellung der Arbeitskraft direkt einschränken muß. Das ist jetzt der Fall. Zum höheren Zweck der Profite und Weltmarktanteile der Kapitalisten. Und ausgerechnet dieser kapitalistischen Wirtschaft gegenüber soll die Arbeiterklasse nach Auffassung aller Bürgerlichen unter Einschluß der Sozialdemokraten an das Allgemeinwohl denken, anstatt für den Schutz ihrer Arbeitskraft gegen Verschleiß und für die Bedingungen ihrer Wiederherstellung und Erhaltung zu kämpfen.

Diesen Irrsinn werden die Arbeiter, auch die sozialdemokratischen Arbeiter, keineswegs mitmachen. Auf solchen Unsinn können nur Leute verfallen, die mit den Interessen der Arbeiterklasse nichts gemein haben als die Tatsache, daß sie von Arbeitergeldern leben. Es ist ganz unvermeidlich, daß sich die Lohnauseinandersetzungen über das ganze Jahr erstrecken. Die Arbeiter können ihre Überlegungen nicht darauf richten, wie sie diese Auseinandersetzungen vermeiden, sondern nur darauf, wie sie diese Auseinandersetzungen vorbereiten und führen. Dabei können sie sich auf niemand verlassen als auf sich selber. Dass die gegenwärtigen Tarifauseinandersetzungen erneut. Sich auf sich selber verlassen, heißt keineswegs auf die gewerkschaftliche Organisation verzichten, sondern heißt um die Politik dieser Organisation kämpfen. Die Arbeiter haben die gewerkschaftliche Organisation bitter nötig. Was sie nicht nötig haben, sind irgendwelche Gewerkschaftsführer, die ständig von ihrer Unentbehrlichkeit reden und in jeder Tarifauseinandersetzung wie überhaupt in jeder Auseinandersetzung mit den Kapitalisten und dem bürgerlichen Staat ihre Schädlichkeit für die Durchsetzung der Interessen der Arbeiter und aller Lohnabhängigen beweisen. Die Arbeiter können sich auf die Erfahrungen der Streikbewegung stützen, wenn sie die weiteren Kämpfe vorbereiten. Lostrennen müssen sich sich von der sozialdemokratischen Politik, die buchstäblich ins Elend führt. Jetzt in der Metallindustrie. Geht es sozialdemokratisch zu, dann wird es in den anderen Tarifauseinandersetzungen gleich laufen. Wenn die Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Druck-, Bau- oder Chemieindustrie das verhindern, werden sie die Solidarität der Metaller haben.

CDU/CSU fordert Verschärfung der Maulkorbparagrafen

Über den Vermittlungsausschuß will jetzt die Bundesratsmehrheit der CDU/CSU eine weitere Verschärfung der Maulkorbparagraphen 88 a/130 a und der damit zusammenhängenden Paragraphen des Strafgesetzbuches durchsetzen.

Dazu führt sie in ihrer Begründung zur Änderung des § 86 an: „Nach der vom Bundestag beschlossenen Fassung findet § 86 Abs. 1 StGB auch dann keine Anwendung, wenn das Propagandamittel über Vorgänge des Zeitgeschehens oder der Geschichte dient. Verbotene Organisationen hätten danach die Möglichkeit, verfassungswidrige Propaganda, in die Form der Berichterstattung gekleidet, straflos zu verbreiten. Insbesondere könnten Zeitschriften und andere Publikationsmittel, die über die verfassungswidrigen Ziele einer verbotenen Organisation berichten und zugleich für diese oder deren Zielsetzung werben, nach § 86 StGB nicht unterbunden werden."

Auch ein weiterer Änderungsvorschlag der CDU/CSU bezweckt im wesentlichen, zu verhindern, daß die grundsätzlichen Fragen der Klassenkämpfe und der bürgerlichen Klassenherrschaft aufgeworfen werden. Bezüglich der §§ 88 a und 130 a will sie die „Beschränkung der Vorschrift auf verfassungsfeindliche Befürwortung von Straftaten" aufgehoben wissen. Denn, so fährt sie in ihrer Begründung fort, z.B. bei vielen „Gewalttätigkeiten im Zusammenhang mit kommunalen Maßnahmen" könnten diese Paragraphen sonst nicht angewendet werden, weil die „verfassungsfeindliche Absicht" oft nicht offen zutage liegt.

Mit diesem Änderungsvorschlag soll nicht nur der Anwendungsbereich der Maulkorbparagraphen so unbestimmt und weit wie möglich gehalten werden. Im wesentlichen geht es der CDU/CSU hierbei darum, daß sie vermeiden will, daß in der Anwendung der Maulkorbparagraphen stets die Frage der Verfassung aufgeworfen werden muß. Denn nichts anderes ist mit „Gewalttätigkeiten im Zusammenhang mit kommunalen Maßnahmen" gemeint als der Widerstand der Massen gegen Fahrpreiserhöhungen oder den Bau eines Kernkraftwerks in Wyhl.

„Gewalttätigkeiten im Zusammenhang mit kommunalen Maßnahmen" gemeint als der Widerstand der Massen gegen Fahrpreiserhöhungen oder den Bau eines Kernkraftwerks in Wyhl.

Da will sie die Maulkorbparagraphen anwenden können, ohne gleich die Verfassung ins Feld führen zu müssen. Denn die Lage für den bürgerlichen Staat und seine Justiz ist nicht gut, wenn er in jedem solchen Gerichtsverfahren die einfache Wahrheit verkünden müßte, däß die Verfassung zum Schutze des kapitalistischen Eigentums gemacht ist und dem jeder Widerstand der eigentumslosen Volksmassen gegen den bürgerlichen Staat „verfassungswidrig" ist.

In der Krise: verschärfte Steuerausplünderung

Die Steuerreform beginnt ihre Früchte zu tragen. Das geht aus den jüngsten Veröffentlichungen des Bundesfinanzministeriums hervor. Im Februar 1976 betrugen die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder rund 16 Milliarden DM, das sind 6,2 Prozent mehr als im Februar 1975. die höchste Steigerungsrate der verschiedenen Steuern weist die Lohnsteuer auf. Im Februar 1975 hatte sie 4,7 Milliarden DM betragen und stieg um 710 Millionen DM auf 5,4 Milliarden DM. Während insgesamt der bürgerliche Staat 6,2 Prozent mehr Steuern kassierte, beträgt die jährliche Steigerungsrate der Lohnsteuer nun etwa das Doppelte, nämlich 15 Prozent.

Profite verfressen, Investitionen durch Steuer finanziert

Über ein Drittel ihrer Neuinvestitionen haben sich die Kapitalisten im letzten Jahr durch Zulagen, Subventionen usw. aus der Staatskasse bezahlen lassen. Trotz Investitionszulage von 7,5 Prozent für jede Investition haben sie mit 177,8 Milliarden DM weniger als 1974 und 1973 investiert. Der größte Teil diente lediglich dem Ersatz alter Maschinen und ist als Kosten schon in die Produktionskosten eingerechnet. Nur 55,8 Milliarden DM waren Neuinvestitionen, davon wurden 18,9 Milliarden durch „Vermögensbildungen des Staates" finanziert. Die Kapitalisten verprassen die Profite und holen sich das Geld für die Investitionen über die Steuer auch noch von den Arbeitern, die ihnen schon den Profit erarbeiten mußten. (Quelle: Wirtschaft und Statistik, Nr. 2/1976)

Gegen die Abschiebung türkischer Revolutionäre

Bewohner eines Braunschweiger Hauses haben in einem Brief an das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge gegen die Abschiebung der vier türkischen Revolutionäre Hatice Yutan, Ömer Özerturgut, Mustafa Turkun und Yüksel Ugürlu protestiert. Die Revolutionäre erwartet in der Türkei lebensbedrohende Haft oder die Todesstrafe. In dem Protestbrief heißt es: „Von einem türkischen Freund, der während eines Heimataufenthaltes mehrere Tage im Gefängnis verbracht hat, weil er „Das Kapital" von Karl Marx bei sich hatte, haben wir erfahren, daß dort bestialische Foltermethoden angewandt werden. Einigen Gefängnisinsassen wurden die Fingernägel abgerissen, Frauen wurden vergewaltigt in der Zelle, oder man hämmerte ihnen einen Gummiknüppel in den Unterleib."

DKP-Parteitag: „Politischer Faktor" – in wessen Dienst?

„Der Parteitag der DKP in der Bundeshauptstadt Bonn fand in der Presse und Öffentlichkeit unseres Landes bereits eine beträchtliche Beachtung", prahlte Georg Polikeit, Chefredakteur der UZ, am 19. März in seinem Kommentar. „Das zeigt nur, daß Freunde wie Gegner die DKP und ihre potentiellen politischen Perspektiven nach wie vor als einen ernstzunehmenden politischen Faktor betrachten." Bis dahin hat Polikeit völlig recht: Der DKP-Parteitag ist in der gesamten Bourgeois-Presse erörtert worden. Allerdings täuscht Polikeit seine Leser, wenn er als Grund dafür angibt: „Dies widerspiegelt die Tatsache, daß die beharrliche und geduldige Kleinarbeit von Tausenden von DKP-Mitgliedern in den letzten Jahren doch ihre politischen Wirkungen hinterläßt und nicht ohne Erfolg blieb."

Tatsache ist, daß keine einzige der großen Bourgeois-Zeitungen sich über Fortschritte der DKP in der „beharrlichen und geduldigen Kleinarbeit" beunruhigt zeigte. Ihre Aufmerksamkeit galt ausschließlich der Frage: Gibt es Zeichen für Widersprüche zur „Moskauer Linie" in der DKP – vergleichbar mit verschiedenen westeuropäischen Revisionistenparteien? Diese Frage beschäftigt die westdeutsche Bourgeoisie, seitdem ihr zunehmend bewußter wird, daß die Sowjetunion von heute wirklich zu dem geworden ist, was sie ihr vorher immer angedichtet hat: eine aggressive imperialistische Supermacht, die jede Gelegenheit ausnutzt, um sich im Hinterland ihrer Konkurrenten einzumischen, Fuß zu fassen, ihre Einflußzone zu erweitern, im Ringen um die Weltherrschaft Fortschritte zu machen. Kurz, eine Macht geradeso wie die imperialistischen westeuropäischen Mächte selber, nur bedeutend größer, stärker und entsprechend angriffslustiger.

Die westeuropäische Bourgeoisie prüft die Möglichkeit, die Revisionisten zur Stabilisierung ihrer Herrschaft zu nutzen

Und gleichzeitig ist sich die westeuropäische Bourgeoisie bewußt, daß die anhaltende und sich immer wieder verschärfende Krise ihrer ökonomischen und politischen Ordnung solche Gelegenheiten zur Einmischung zwangsläufig immer wieder produziert. Gegenwärtig erörtert die Bourgeoisie in Italien und Frankreich, in Spanien, in Portugal, ob sie zur Stabilisierung ihrer politischen Herrschaft Vertreter der revisionistischen Parteien in die Regierung nehmen soll oder muß. Dabei ist für sie entscheidend, erstens die Frage zu klären, ob sie sich damit Agenten des Sozialimperialismus in ihren geschaffenen Ausschuß holt. Bei allem um das Thema der Selbständigkeit bzw. Unselbständigkeit der Revisionisten gegenüber Moskau behandelt, und zweitens, ob sie die Revisionisten nach getaner Arbeit auch wieder aus der Regierung herauswerfen kann, was sie behandelt unter dem Thema Festhalten an der proletarischen Diktatur oder Bekenntnis zum parlamentarischen Parteienpluralismus.

Die westdeutsche Bourgeoisie warnt ihre westeuropäischen Spießgesellen entschieden vor den Gefahren dieses Wegs überhaupt. Für das eigene Land lehnt sie ihn ab und hat ihn angesichts der Schwäche der Revisionisten auch gegenwärtig nicht nötig. Bei der Untersuchung, ob er überhaupt möglich wäre, kommt sie zu dem Ergebnis: Mit dieser DKP nicht! Die Partei ist fest in Moskauer Hand! Oder, wie die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" resümiert: Der Moskauer Zentralkomitee-Sekretär Dolgitsch sei „der Herr des Festes" gewesen.

Die westdeutsche Bourgeoisie sieht die potentiellen Gefahren, die ihr aus der Existenz einer solchen revisionistischen Partei in Krisensituationen drohen. Ihre Presse macht sich deshalb Gedanken über die Geschlossenheit und Einsatzbereitschaft des Kerns der DKP-Mitglieder. Insofern hat der DKP-Vorsitzende recht, wenn er darauf hinweist, daß „es (heute) schon zur Pflichtübung von Politikern auf dem Boden des kapitalistischen Systems stehenden Parteien (gehört), vor der Unterschätzung der DKP zu warnen". Miesens Hinweis ist absichtsvoll: Die eigenen Mitglieder sollen bei der Stange gehalten und die Arbeiter gelockt werden durch die Feststellung: Die westdeutsche Bourgeoisie hält uns für einen gefährlichen Feind.

Ein gefährlicher Feind in den Reihen der Arbeiterklasse

Aber der Feind meines Feindes ist deshalb keineswegs mein Freund. Die westdeutsche Bourgeoisie fürchtet in der DKP die reich ausgestattete Hilfstruppe der sozialimperialistischen Supermacht, deren Operationsmöglichkeiten mit der unvermeidlichen Verschärfung der Klassenkämpfe wachsen. Die Sorgen der Bourgeoisie vor ihren Konkurrenten können der Arbeiterklasse egal sein. Aber die DKP kann ihre Rolle als Hilfstruppe nur spielen, indem sie in den Kämpfen der Arbeiterklasse eine Rolle spielt und sie ausnutzt. Sie ist ein äußerst gefährlicher Feind der Arbeiterklasse in ihren eigenen Reihen. Wohin ein vorherrschender Einfluß der Revisionisten die Arbeiterklasse führt, das bezeugt die schwere Niederlage der chilenischen Arbeiterklasse, aber auch die Novemberniederlage der portugiesischen Arbeiterklasse im vergangenen Jahr.

Daß sie bei der Ausnutzung des Befreiungskampfes der Arbeiter für die Interessen des Sozialimperialismus keinerlei Skrupel kennt, dafür gab die revisionistische Parteiführung einen wenig bemerkten, doch schlagenden Beleg auf dem Parteitag. Zur Freude der Delegationen aus der Sowjetunion und der DDR wurde eine neue Nation aus der Taufe gehoben. Der Parteivorsitzende Mies redete unentwegt von den „nationalen Interessen der Bundesrepublik", die bei der DKP angeblich sicher aufgehoben seien. Eine „bundesrepublikanische Nation" also neben der kürzlich in Berlin-Ost entdeckten „sozialistischen DDR-Nation". Und die DKP in der imperialistischen bundesrepublikanischen Nation als Hüter der nationalen Interessen!

Welche Interessen sind da gemeint? Die herrschenden imperialistischen Interessen? Und davon beansprucht die DKP die Hüterin zu sein? – Oder die heute noch unterdrückten Interessen der Arbeiterklasse und des Volkes, also sozialistische Interessen? – Inwiefern hat dann aber die „bundesrepublikanische Nation" etwas anderes als die „DDR-Nation"? Wo liegt dann der Unterschied ihres Nationalcharakters? Man wird abwarten müssen, wie die DKP das Rätsel löst, ohne gleich „auch nur einen Fußbreit abzuweichen von den Lehren von Marx, Engels und Lenin" (Mies).

Die ganze gewundene Konstruktion verfolgt den einzigen Zweck, das Recht der deutschen Nation auf Selbstbestimmung und Wiedervereinigung zu leugnen, wozu bei Marx, Engels und Lenin schwerlich Vorbilder zu finden sind. Daraus kann man bei ihnen, daß die Frage des Selbstbestimmungsrechts der Nation wie alle Fragen der Demokratie den Interessen der sozialistischen Weltrevolution untergeordnet ist. Deswegen ist es die Arbeiterklasse der deutschen Nation, der westdeutschen Bourgeoisie zu folgen, wenn sie unter der Fahne des Selbstbestimmungsrechts der Nation imperialistische Aggressionsbestrebungen gegen die staatliche Souveränität der DDR richtet. Die Arbeiterklasse weigert sich aber auch, der sozialimperialistischen Supermacht den Besitz der DDR zu garantieren durch Leugnung des Selbstbestimmungsrechts. Deswegen kämpft die Arbeiterklasse im imperialistischen Westdeutschland und die Arbeiterklasse in der DDR, bis sie die politische Macht, die sie erkämpfen, um sich von Ausbeutung und Unterdrückung zu befreien, auch dazu, um die Frage der nationalen Selbstbestimmung angehen und lösen zu können. Eine Partei, die die Existenz des Selbstbestimmungsrechts der deutschen Nation überhaupt leugnet, gibt sich damit für die Arbeiterklasse und das Volk in aller wünschenswerten Deutlichkeit als Agentur sozialimperialistischer Interessen zu erkennen. – (wm)

Aufruf des Zentralen Komitees des Kommunistischen Bundes Westdeutschland

1. Mai – internationaler Kampftag der Arbeiterklasse

Das Proletariat ist eine internationale Klasse. Sein Ziel ist die proletarische Weltrevolution. Nur das Proletariat hat einen internationalen Kampftag hervorgebracht. Die Bourgeoisie kennt nur nationale Feiertage. An ihnen feiert sie die Vergangenheit. Die Arbeiterklasse feiert am 1. Mai die Zukunft. Die Bourgeoisie feiert an ihren Festtagen die Ausbeutung, Unterdrückung und Eroberungen. Die Arbeiterklasse feiert am 1. Mai ihren Kampf für Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung.

Solange es in der Welt noch Ausbeutung und Unterdrückung gibt, wird die Arbeiterklasse den 1. Mai stets als Kampftag durchführen.

Was hat die Bourgeoisie nicht alles getan, was haben die sozialdemokratischen und revisionistischen Gewerkschaftsführer und Politiker nicht alles getan, um in der BRD und in Westberlin den 1. Mai als Kampftag abzuschaffen! Es ist ihnen nicht gelungen und konnte ihnen nicht gelingen.

„Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit - DGB" lautet die Mailosung, die der DGB-Vorstand dieses Jahr ausgibt.

Als könnte Vollbeschäftigung und soziale Sicherheit über die Ausbeutung hinwegtrösten und als könnte es in der kapitalistischen Ausbeuterordnung, die die Arbeiter zur Lohnsklaverei verurteilt, Vollbeschäftigung und soziale Sicherheit überhaupt geben. Als wäre es nicht die Ausbeuterordnung selber und die Herrschaft der Kapitalistenklasse, gegen die sich die Arbeiterklasse erheben muß, um sich zu befreien.

Arbeitslosigkeit herrscht und nicht Vollbeschäftigung. Unsicherheit der Existenz herrscht und von sozialer Sicherheit kann keine Rede sein. Das sind die Früchte einer Gesellschaftsordnung, die auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln und auf der Ausbeutung der Lohnarbeit durch das Kapital beruht.

Bedeutet diese Ausbeuterordnung für die Arbeiterklasse und die Volksmassen wachsendes Elend, so bedeutet sie für die Handvoll Kapitalisten und ihren Anhang schamlosen Reichtum. Wird auf der einen Seite der Billigwurst gesundheitsschädigendes Abfallfleisch und industriell hergestellter Knochenputz zugesetzt, so wächst auf der anderen Seite der Genuß von Kaviar und Champagner. Aus dem Gegensatz von Lohnarbeit und Kapital entsteht der schreiende Gegensatz von Armut und Reichtum.

Eine solche Gesellschaftsordnung kann nur durch einen staatlichen Gewaltapparat zusammengehalten werden. Der Staatsapparat ist eine Maschinerie der herrschenden Klasse. Er dient ihrem Schutz und der Unterdrückung der Arbeiterklasse und der Volksmassen. Je schroffer sich der Klassengegensatz entwickelt, um so mehr wird dieser Staatsapparat ausgebaut.

Die Arbeiterklasse hat die Maschinen und Fabriken geschaffen und hält sie in Gang, sie produziert den gesellschaftlichen Reichtum, den sich die Kapitalisten aneignen und von dem das Volk ausgeschlossen ist.

Weil das Proletariat die Zukunft der Gesellschaft verträgt, ist der Kommunismus, kann es die ausgeplünderten und unterdrückten Volksmassen im Kampf gegen die Herrschaft der Kapitalistenklasse und den bürgerlichen Staat führen.

Die proletarische Revolution beendigt die Unterdrückung der Volksmassen durch die Kapitalistenklasse und verwirklicht Demokratie, das heißt die Herrschaft des Volkes über seine früheren Unterdrücker. Die Produktionsmittel werden vergesellschaftet. Der Kommunismus überwindet mit dem Klassengegensatz endgültig jede Form von Ausbeutung und Unterdrückung.

Wo die Arbeiterklasse die Ausbeuterordnung nicht reformieren, sondern nur beseitigen kann, so kann sie den bürgerlichen Staatsapparat nicht übernehmen, sondern nur zerschlagen. Der Klassengegensatz bringt gegensätzliche Interessen hervor. Die Interessen der Arbeiterklasse müssen die Maidemonstrationen bestimmen.

Längst hat sich der Kapitalismus zum Imperialismus entwickelt. In den imperialistischen Ländern herrscht das Finanzkapital. Das Finanzkapital gibt sich nicht mit der Ausbeutung der Arbeiterklasse und der Ausplünderung der Volksmassen im eigenen Lande zufrieden. Seine Gier nach Profiten treibt es um die Welt. In der Konkurrenz um die Ausbeutung und Beherrschung der Welt stoßen die verschiedenen Gruppen des Finanzkapitals und die verschiedenen imperialistischen Staaten heftig aufeinander. Zwei Weltkriege hat der Imperialismus hervorgebracht, und unvermeidlich werden weitere Kriege folgen, solange der Imperialismus nicht beseitigt ist. Die größten Ausbeuter in der Welt sind heute die beiden Supermächte. Sie vor allem rivalisieren um die Weltherrschaft, während die anderen imperialistischen Staaten versuchen, im Schatten der beiden Supermächte und ihrer Rivalität an der Ausbeutung und Beherrschung der Welt teilzunehmen. Hinter den beiden Supermächten versucht sich dabei besonders der BRD-Imperialismus hervorzutun. Seine Stärke beruht auf der hohen Kunst der Schweißauspressung, die sich die deutsche Kapitalistenklasse im Lauf ihrer jahrhundertlangen Herrschaft erworben hat. Die Arbeiterklasse steht in schroffem Gegensatz zu den Interessen des Imperialismus. Das tun auch die Völker der Dritten Welt. Die Arbeiterklasse kann sich im Kampf gegen den Imperialismus mit den unterdrückten Völkern verbünden, um gemeinsam dem Imperialismus immer wirksamere Schläge zu versetzen.

Die Bourgeoisie unterdrückt die Arbeiterklasse heftig und versucht sie gleichzeitig für die Aussicht zu begeistern, eines Tages auf den Schlachtfeldern für die Bourgeoisie und ihre imperialistischen Interessen als Kanonenfutter zu dienen. Das Entspannungsgerede dient nur als Rauchvorhang. Die Hetze gegen die Forderungen der Dritten Welt, vor allem gegen die Öllänger ist Propaganda für die imperialistische Expansion. Hinter dieser Propaganda lauert stets der imperialistische Krieg.

Gegenwärtig wächst die Kriegsgefahr auf der Welt, aber die Haupttendenz ist die Revolution. Entweder wird die Revolution den Krieg verhindern, oder der Krieg wird die Revolution hervorbringen.

Ein mächtiger Faktor für die Revolution ist die Einheit der internationalen Arbeiterklasse und ihr Bündnis mit dem Befreiungskampf der unterdrückten Völker.

Der Einheit der internationalen Arbeiterklasse und ihrem Bündnis mit dem Befreiungskampf der unterdrückten Völker müssen die Maidemonstrationen dienen.

Proletarier aller Länder vereinigt euch!
Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Mannheim, 23. März 1976
Kommunistischer Bund Westdeutschland
Zentrales Komitee
Ständiger Ausschuß

Forderungen und Losungen am 1. Mai 1976

Verbot der Akkordarbeit!
Siebenstundentag!
Mindestens 80 Prozent Arbeitslosengeld für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit!
Bezahlung der Abgaben an die Arbeitslosenversicherung, Kranken- und Sozialversicherung durch die Kapitalisten! Selbstverwaltung durch die Versicherten!
Arbeitslosengeld für jugendliche Arbeitslose! Einheitsschule bis zum 18. Lebensjahr!
Weg mit Beamtenrecht und besonderem Dienstrecht!
Weg mit dem KPD-Verbot!
Lohnfortzahlung für die Soldaten! Freie politische Betätigung in der Bundeswehr!
Weg mit den Tarif- und Steuererhöhungen gegen die Volksmassen! Weg mit den indirekten Steuern!
Demonstrations-, Streik- und Organisationsfreiheit!
Weg mit dem § 218!
Abzug aller fremden Truppen aus Europa, Auflösung aller fremden Militärstützpunkte! Verbot und Vernichtung aller Kernwaffen! Westdeutschland raus aus der NATO!
Nieder mit Imperialismus und Reaktion! Vorwärts im Kampf für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes! Vorwärts im Kampf für den Sieg des Sozialismus!
Nieder mit dem Lohnsystem! Es lebe der Sozialismus!
Es lebe der Befreiungskampf der Völker der Dritten Welt!
Proletarier aller Länder vereinigt euch!
Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

Der Vorsprung des westdeutschen Finanzkapitals in der Ausbeutung

Nach dem Austritt Frankreichs aus der Währungsschlange und der dabei erfolgten Abwertung des französischen Franc ist die Währungskrise innerhalb der Europäischen Gemeinschaft überhaupt nicht gelöst. Vielmehr kündigen sich weitere Abwertungen an, und Handelsbeschränkungen stehen bevor.

Für einige Länder der Europäischen Gemeinschaft haben sich die Handelsbedingungen und die Zahlungsbilanz derart verschlechtert, daß sie über kurz oder lang in Einfuhrbeschränkungen und Abwehrmaßnahmen auf dem Kapitalmarkt ihre Zuflucht nehmen müssen, um nicht von ausländischen Waren und Kapitalzuflüssen erstickt zu werden oder auch nur um den imperialistischen Konkurrenten den Zugang zu den eigenen Märkten abzugraben. So hat die US-Regierung Einfuhrbeschränkungen für einige Stahlprodukte eingeführt. Wirtschaftsminister Friderichs erklärte, die Abwertung des Franc sei für den westdeutschen Export kein „dramatisches Ereignis". Er mache sich jedoch größere Sorgen darüber, daß andere Länder zunehmend direkte oder indirekte Importbeschränkungen einführen könnten. Die Volkswirtschaften der EG-Länder würden sich stark auseinanderentwickeln. (Süddeutsche Zeitung, 22. März)

In der Krise hat sich die imperialistische Konkurrenz und die Ungleichzeitigkeit der Entwicklung der imperialistischen Länder ungeheuer verschärft. Im Kampf um weltweite Absatzmärkte, um Rohstoffe und um Anteile an der Ausbeutung der Völker durch direkten Kapitalexport hat das westdeutsche Finanzkapital seine Position relativ gestärkt. Es hat den Kapitalexport in den letzten Jahren laufend erhöht. Die Ausbeutung der westdeutschen Arbeiterklasse und die Realisierung der ausgepreßten Profite durch Warenexport ist jedoch für den westdeutschen Imperialismus die entscheidende Bedingung seiner Expansion. Jeder vierte Lohnabhängige in der BRD arbeitet für den Warenexport. Knapp hinter den USA liegt der westdeutsche Export, aber der Exportanteil ist unvergleichlich höher. Aufgrund seiner Exportstärke hat der BRD-Imperialismus die stärkste Zahlungsbilanz und die höchsten Devisenbestände, doppelt soviel wie die USA. Umgekehrt trifft das westdeutsche Finanzkapital die Tendenz zu Handelsbeschränkungen ungleich schärfer. Das Finanzkapital muß daher um jeden Preis unter der Flagge des freien Handels seine Expansion betreiben, nicht nur gegenüber den imperialistischen Konkurrenten, auf deren Märkte es angewiesen ist, sondern zunehmend auch gegenüber der Dritten Welt, um Rohstoffe günstig zu beziehen und Industrieerzeugnisse dorthin exportieren zu können.

Währungskrise – erbitterter Konkurrenzkampf der Imperialisten um den Weltmarkt

In der europäischen Währungskrise geht es nicht nur um die Konkurrenzverhältnisse der europäischen Imperialisten untereinander, sondern vor allem auch um die gegenseitigen Konkurrenzbedingungen im Kampf um die Märkte außerhalb Europas, der USA einerseits und der Länder der Dritten Welt.

Bevor Frankreich aus dem Währungsverband ausschied, gab es von französischer Seite den Vorschlag, daß die DM um 3 Prozent aufgewertet und der Franc um 3 Prozent abgewertet werden solle. Die Bundesregierung schlug dagegen vor, daß die französische Regierung um 4 Prozent abwerten und die Bundesregierung nur um 2 Prozent abwerten solle. In dem Verhältnis der beiden Währungen untereinander wären bei beiden Vorschlägen 6 Prozent Unterschied herausgekommen oder gleiche Prozentsatz, den der französische Franc seinem Ausscheiden aus dem Verbund tatsächlich abgewertet wurde. Dennoch haben sich die französische und die deutsche Regierung nicht auf einen der Vorschläge einigen können. Denn die beiden Vorschläge der Regierungen hätten die Wettbewerbsposition der beiden Länder unterschiedlich gegenüber dritten Ländern, vor allem den USA, verändert. Das gleiche gilt für die Bedingungen des Handels mit der Dritten Welt, der fast ausschließlich über den Dollar abgewickelt wird.

Eine Aufwertung hat zur Folge, daß sich die Exporte des aufwertenden Landes verteuern. Denn um die Waren zu kaufen, müssen mehr Einheiten der eigenen Währung in die Währung des liefernden Land zum Kauf dieser Waren bezahlt werden. Also wenn die DM um 3 Prozent aufgewertet wird, muß der amerikanische Importeur westdeutscher Waren 3 Prozent mehr Dollar aufwenden. Dadurch aber verschlechtert sich die Konkurrenzposition des westdeutschen Exporteurs.

Eine Abwertung fördert aber nicht nur die Exporte, sie verteuert auf der anderen Seite aus den gleichen Gründen die Importe. Und sie verringert den Wert der eigenen Währung gegenüber den anderen. So hat die Bank von Frankreich zunächst alles getan, um den Kurs des Franc zu halten. Vor dem Ausscheiden aus dem Währungsverband hatte sie binnen weniger Tage ein Drittel ihrer Devisenbestände zur Stützung des Franc geopfert.

Die „harte DM" – Ausdruck der relativen Stärke des BRD-Imperialismus

Die westdeutsche Währung ist gegenwärtig die „härteste" der westlichen kapitalistischen Staaten. Mit dem Zusammenbruch des Dollar-Währungssystems von Bretton Woods ist der Dollar gegenüber der DM seit 1969 um 52 Prozent abgewertet, das englische Pfund gar um 80 Prozent, der französische Franc um 23 Prozent und die italienische Lira um 66 Prozent.

Die westdeutsche Finanzbourgeoisie verfolgt den Kurs, die Schwäche der Währungen und Zahlungsbilanzen der imperialistischen Konkurrenten in Europa systematisch dafür zu nutzen, in diese Länder mit Waren und Kapitalexport einzudringen und sie sich botmäßig zu machen. Vor ein paar Wochen hat sie die Abwertung der spanischen Peseta erzwungen. Spanien ist ein bevorzugtes Land für den Kapitalexport der westdeutschen Finanzbourgeoisie.

Den weitgehenden Vorstoß hat der westdeutsche Imperialismus innerhalb der Europäischen Gemeinschaft gegenüber Italien unternommen. Unter der Flagge der EG wurde Italien ein Kredit gegeben, den ein europäisches Bankenkonsortium unter Leitung der Deutschen Bank ausführt und dafür natürlich auch Zinsen kassiert. Damit ist die italienische Regierung direkt dem westdeutschen Finanzkapital verschuldet. Die italienische Regierung ist verpflichtet worden, ein Wirtschaftsprogramm zur Beschneidung der Masseneinkommen durchzuführen und gleichzeitig die Kreditaufnahme in Italien drastisch zu verteuern. Das bedeutet, daß die italienischen Kapitalisten, wenn überhaupt, Kredit im Ausland aufnehmen müssen, wo der Zinssatz niedriger ist, und ausländisches Kapital vermehrt nach Italien verbracht wird, wo es hoch verzinst wird. Die italienische Regierung hat dies Programm sofort in die Tat umgesetzt, die Preise für Produkte des Massenbedarfs wie Benzin, Wein usw. drastisch erhöht durch höhere Besteuerung und den Diskontsatz von 8 auf 12 Prozent heraufgesetzt, was bedeutet, daß Kredite nur zu 50 Prozent höherem Zinssatz zu erhalten sind. Dies Sanierungsprogramm, was nichts anderes bedeutet als den Verkauf Italiens an das europäische und insbesondere westdeutsche Finanzkapital sowie an das US-Kapital, wurde von allen bürgerlichen Parteien unter Einschluß der revisionistischen PCI gemeinsam beraten und gebilligt.

Die relative Stärke des BRD-Imperialismus hat ihren Grund in der drastisch verschärften Ausbeutung der westdeutschen Arbeiterklasse

Die Grundlage der relativen Stärke des BRD-Imperialismus gegenüber den europäischen imperialistischen Konkurrenten ist der mit Abstand größere Erfolg des westdeutschen Finanzkapitals in der Ausbeutung der westdeutschen Arbeiterklasse.

„Suchen Sie sich mal Länder, wo es besser ist", erklärte Bundeskanzler Schmidt am vergangenen Donnerstag auf einer Kundgebung der Arbeitsgemeinschaft selbständiger Unternehmer, und er fügte hinzu, die Unternehmer sollten zum Beispiel mal ihre Lohnstückkosten mit denen im Ausland vergleichen. (Handelsblatt, 19. März) In der Tat kann sich Bundeskanzler Schmidt rühmen, daß unter seiner Regierung es den Kapitalisten in Westdeutschland gegenüber allen anderen Ländern Europas in einzigartiger Weise gelungen ist, die Löhne zu senken und aus weniger beschäftigten Arbeitern mehr herauszupressen.

Entwicklung der Lohnstückkosten (%) in der Europäischen Gemeinschaft nach Angaben der EG-Kommission in „Handelsblatt" vom 15.3.76

	1970–75	1975
Deutschland	41	6,5
Dänemark	80	19,0
Luxemburg		
Niederlande	56	15,0
Frankreich	74	21,5
Belgien	61	21,5
Italien	115	34,0
Irland	87	29,0
Großbritannien	102	33,0

Allein in der Bundesrepublik ist die Lohn- und Gehaltssumme insgesamt weniger gestiegen als die Preise. Die Lohn- und Gehaltssumme ist 1975 um 4,1 Prozent gestiegen, die Preise für die Lebenshaltung sind um 6,1 Prozent gestiegen. Auch im Durchschnitt je Beschäftigter ist die Lohn- und Gehaltssumme in der Bundesrepublik am geringsten gestiegen, nämlich um 7,8 Prozent nach der amtlichen Statistik. Das sind 1,7 Prozent mehr als die Preissteigerung, und rechnet man die gestiegenen Abzüge für Steuern und Sozialversicherungen, so bleibt realer Lohnabbau für die Beschäftigten. Wer steht also besser da? Allein das westdeutsche Kapital. Die gestiegene Ausbeutung der Arbeiter, die Verelendung immer größerer Teile der Arbeiterklasse ist die Grundlage dafür, daß die westdeutschen Kapitalisten günstiger dastehn als die Kapitalisten in den anderen Ländern der Europäischen Gemeinschaft. In der Krise haben die westdeutschen Kapitalisten rücksichtsloser als andere Rationalisierungen und Steigerung der Arbeitsintensität durchgesetzt und versuchen diese Position gegenüber den anderen Ländern auszubauen. Die riesigen Profite, die sie in der Krise angesammelt haben, weil sie wegen der Verstopfung der Märkte kaum noch Investitionen zur Erweiterung der Produktion getätigt haben, werden als Kapital exportiert, im Warenexport sind sie aufgrund der höheren Ausbeutung, die sich in geringeren Lohnstückkosten ausdrückt, in der Lage, mit billigerem Angebot die ausländischen Märkte zu erobern. Das wachsende Ungleichgewicht im Welthandel drückt sich in wachsenden Zahlungsbilanzdefiziten der imperialistischen Konkurrenten aus. Die Währungskrise ist nur der Vorbote von weltweiten Handelskrisen, die sich in verschiedenen Importbeschränkungen zur Abwehr ausländischer, vor allem der westdeutschen Exporte ankündigt. Die Krise auf den Weltmärkten ist nur die äußerste Erscheinung der Tatsache, daß der Kapitalismus in seiner imperialistischen Etappe die Produktivkräfte nicht mehr entwickeln kann, sondern weltweit fesselt und zerstört. – (bb)

Die Arbeiterklasse findet im Kampf gegen die Vernichtung von Produktivkräften breite Unterstützung

17,7 Prozent aller Arbeitsplätze in der westdeutschen Industrie sind in der gegenwärtigen Krise vernichtet worden. 1970, auf dem Höhepunkt vor der Krise, haben die Kapitalisten in Westdeutschland 6,47 Millionen Industriearbeiter angewandt und für sich schaffen lassen, im November 1975 nur noch 5,33 Millionen. Und obwohl sie in diesen Jahren wenig investiert haben in den Bau moderner Produktionsstätten – die Anlageinvestitionen sind von Jahr zu Jahr gesunken – ist die industrielle Nettoproduktion seitdem um 19 Prozent gestiegen, im wesentlichen durch Intensivierung der Arbeit für die um 17,7 Prozent geschrumpfte Industriearbeiterschaft. Die durchschnittliche Arbeitsleistung pro Arbeiter ist in diesen fünf Jahren also um 31 Prozent gesteigert worden, und da die Reallöhne mit einigen Schwankungen im Durchschnitt gegenüber 1970 stagniert haben dürften, kann man davon ausgehen, daß es den westdeutschen Kapitalisten in der gegenwärtigen Krise gelungen ist, den Ausbeutungsgrad der Arbeiter um ein Drittel zu steigern. – Die Vernichtung von Arbeitsplätzen ist durchgeführt worden durch Entlassungen aus der laufenden Produktion, durch Stillegung einzelner Werkstätten und Werke von Konzernbetrieben, durch Aufkauf und anschließende Stillegung ehemals selbständiger kapitalistischer Unternehmen, durch Zusammenbruch und Pleiten. Allein 1975 gab es 9 195 Bankrotte, die Höchstzahl nach dem Kriege. In der Krise tritt drastisch in Erscheinung, daß die auf dem Privateigentum weniger Kapitalmagnaten und der Lohnknechtschaft der arbeitenden Massen beruhende Produktionsweise sich nur am Leben halten kann durch periodische Vernichtung der produktiven Kräfte, der Arbeiter und der von ihnen geschaffenen Produktionsmittel. Die betroffenen Arbeiter haben an verschiedenen Stellen einen zähen Kampf gegen Vernichtung von produktiven Kräften durch Stillegungen geführt und sie sind dabei auf breite Sympathie und Unterstützung in der gesamten Arbeiterklasse und im Volk gestoßen. In ihrem Kampf gegen Stillegungen haben sie es nicht nur mit der jeweiligen Geschäftsleitung zu tun bekommen, sondern zugleich mit den Banken, bei denen ihr Ausbeuter verschuldet ist, mit der Polizei, die das Eigentum der Kapitalisten vor dem Zugriff der Arbeiter schützt, mit Politikern und Regierungen, die ein verwirrendes Spiel mit Hilfszusagen und Versprechen treiben, während sie gleichzeitig die Zentralisation in den verschiedenen Branchen direkt betreiben und fördern, wie das in der Flugzeugindustrie offensichtlich ist. – Bei Pleiten und Stillegungen geht es meistens darum, daß ein größerer Kapitalist verschiedene kleinere totgeschlagen hat. Es ist eine Enteignung des einen Kapitalisten durch den anderen, wobei die Arbeiter als Anhang herumgestoßen werden. Erheben sich die Arbeiter dagegen und leisten Widerstand, so reagieren Kapitalisten, Verbände, Kirchen und Staat höchst besorgt und versuchen die Sache in den Griff zu bekommen. Zu nahe liegt der Gedanke, daß dem Elend ein Ende gesetzt werden kann, wenn die Arbeiter die Kapitalisten insgesamt enteignen und selber die Produktion lenken. Um diesen Schritt zum Sozialismus vollziehen zu können, braucht die Arbeiterklasse ein politisches Werkzeug, braucht sie einen Staat, in dem sie herrschende Klasse ist, und muß den Staat der bürgerlichen Klasse zerstören, mit dem diese ihr Eigentum schützt. In den fortgeschrittensten Kämpfen gegen die Stillegung von Werken ist auf Orts- und Regionalebene sichtbar, daß die Arbeiterklasse zu einer solchen Initiative die Fähigkeit hat und daß sie die Unterstützung aller anderen Volksklassen gewinnen kann, wenn sie entschieden auftritt. Der kleine Handwerker, der Händler, Teile des angestellten Leitungspersonals, die Lohnabhängigen im Staatsapparat, Schüler und Studenten schließen sich dem Kampf der Arbeiter gegen die Vernichtung von Produktivkräften an, insbesondere dort, wo sie erkennen, daß ohne diese Initiative der Arbeiterklasse die Verödung einer ganzen Region unaufhaltsam ist. (Alle Zahlen aus: Wirtschaft und Statistik, Nr. 2/1976)

Elementa und Prima Vera Werke, Hann. Münden

Auszahlung der Löhne erzwungen

Hann. Münden. Die mit allen Zügen eines betrügerischen Bankrotts von der Bank für Gemeinwirtschaft betriebene Pleite des Kreft-Möbelkonzerns hat in Hann. Münden zur Schließung zweier Werke, Elementa und Prima Vera, geführt. Im einen Werk arbeiteten zuletzt noch 75, im anderen 30 Arbeiter, denen bei ständig gedrücktem Lohn immer höhere Produktion abverlangt wurde. Als die Löhne nicht mehr ausgezahlt, dafür aber alles, was nicht niet- und nagelfest war, abtransportiert wurde, blockierten die Arbeiter von Prima Vera die Werkszufahrt (wir berichteten darüber in der letzten KVZ).

Am letzten Freitag wurden die ausstehenden Löhne für Februar von der Gewerkschaft bzw. von der Bank für Gemeinwirtschaft ausgezahlt. Ihr erstes Kampfziel haben die Arbeiter von Prima Vera und Elementa also erreicht. – Am Samstag machten sie, unterstützt von Arbeitern des größten Werks am Ort, Haendler und Natermann, eine Demonstration durch Hann. Münden. 60 Arbeiter marschierten durch die Stadt. Sie stießen auf viel Zustimmung.

auf viel Zustimmung.

Auf dem Marktplatz wurden dann eine Abschlußkundgebung und Informationsstände gemacht. Der Kundgebung hörten etwa 200 Leute zu. Es bildeten sich den ganzen Vormittag vor den Informationsständen Menschentrauben, die erregt debattierten. Die Kommunistische Gruppe Münden hatte zum Kampf der Kollegen und zu den Hintergründen der Pleite eine Broschüre herausgegeben, die wie warme Semmeln wegging. Ein Teil der Einkünfte aus dem Verkauf der Broschüre soll den Kollegen zugutekommen.

Diese Demonstration war die erste offene Manifestation der Arbeiterklasse in Hann. Münden gegen den verrottenden Kapitalismus. Eine Anklage. Diese Manifestation war aber auch noch sehr unter der Führung der Sozialdemokratie, die sich dabei freilich gegenseitig in die Quere kamen. Hieß es Tage vorher von der rechten SPD-Fraktion unter dem MdL und DGB-Sekretär Fiege, zur Demonstration würden Hunderte roter Studenten kommen, um das auszunutzen, so versuchte der linke Flügel die Demonstration für Wahlkampfzwecke zu nutzen. So stellte die SPD einen Lautsprecherwagen zur Verfügung mit entsprechender Unterhaltungsmusik. Wir, die wir als Unruhestifter von SPD und Zeitung bezeichnet wurden, organisierten die Unruhe der Arbeiter und sorgten für Ordnerbinden und das Material für Transparente.

Am Sonntag fand dann ein SPD-Frühschoppen mit den Arbeitern der beiden Werke und Bewohnern aus Volkmarshausen, dem Ort, der gleich neben diesen beiden Werken liegt, statt. Es kamen langweilige Reden über die Bezuschussung von Betrieben durch den Staat, die von den Größen der Sozialdemokraten gehalten wurden, und eine der üblichen Reden von dem MdL Fiege. Fiege versprach sich bei verschiedenen Kapitalisten umzuschauen, ob sie nicht in den Hallen der beiden Betriebe investieren wollten. Er versprach aber auch nur 15 bis 20 Arbeitsplätze, was für die anwesenden Kollegen ein schwacher Trost war (etwa ein Drittel des Saales war mit Kollegen beider Betriebe belegt). Danach sprach ein Genosse der Kommunistischen Gruppe Münden. Er stelle zunächst den ganzen Ablauf der Pleite

zunächst den ganzen Ablauf der Pleite

mit den damit verbundenen Kapitalschiebungen und der Funktion der Bank für Gemeinwirtschaft dar und gab eine Schilderung des Fabriklebens in beiden Werken. Außerdem wurde den Kollegen mitgeteilt, daß der Gaunerkonzern Kreft seine nicht zu Ende geführten Aufträge bei der Firma Phywe in Göttingen in Überstunden produzieren läßt.

Es geht den Kollegen jetzt um die Arbeitsplätze. Die Besetzung ist aufgegeben, der spontane Aufruhr vorerst ausgelaufen. Aber ein Teil der Kollegen will eine „Festschrift", wie sie sagen, also eine Dokumentation des Kampfes, herausgeben. Sie soll ein Lehrbuch für die Arbeiter der anderen Betriebe sein. Die wollen wir auch finanziell durch den Verkauf unserer Broschüre unterstützen.

Eins hat der Kampf bis jetzt gezeigt, und dies läßt sich am besten anhand von Worten der Kollegen selbst ausdrücken: „Auch wenn wir materiell dabei nicht viel rausholen und den Arbeitsplatz verlieren, so haben wir in dem Kampf viel gelernt für weitere Kämpfe." – (w., Kommunistische Gruppe Münden)

VFW-Fokker, Speyer

Massenkündigung zurückgenommen

Speyer. Während die Belegschaft von VFW erneut gegen die Stillegung des Werkes Speyer demonstrierte und einen Autokorso durch die Innenstadt durchführte, erklärte die Geschäftsleitung, daß sie die Ankündigung der Massenentlassung von 900 Arbeitern und Angestellten zurückzieht. Das ist ein erster großer Erfolg im Kampf der Belegschaft, der von Woche zu Woche breitere Unterstützung gewonnen hat. Ein Erfolg, der nicht nur gegen die Geschäftsleitung, sondern auch gegen die Bundesregierung erkämpft wurde, die im sogenannten Grüner-Plan praktisch die Stillegung gefordert hatte zwecks „Konzentration der Betriebsstätten". (Handelsblatt, 13. Januar) Gleichzeitig hat die Geschäftsleitung verlauten lassen, von den jetzt 1 350 Beschäftigten sollten nun doch „ungefähr 900" übrigbleiben. Die Belegschaft, das IG-Metall-Komitee und eine Bürgerinitiative haben erklärt, das ändere nichts an der Fortsetzung des Kampfes um jeden Arbeitsplatz. Für die Woche zwischen dem 5. und 9. April ist eine Großkundgebung angekündigt, die durch zahlreiche Versammlungen in den Stadtteilen von Speyer und in allen Orten des Umlandes vorbereitet wird. Die Ortsgruppe des KBW hat am 9. März eine Veranstaltung durchgeführt zum Thema „Faulender Kapitalismus – Aufblühender Sozialismus", zu der über 40 Besucher kamen. Im Bericht der Ortsgruppe heißt es: „Immer wieder kam während der Veranstaltung die Überzeugung durch, wie wichtig es ist, daß die Arbeiter – und nicht nur die von VFW – erkennen, unter welchen elenden Verhältnissen sie im Kapitalismus leben müssen und daß sie die Kommunistische Partei aufbauen und den Sozialismus erkämpfen müssen." – (Red.)



Über 3 500 Arbeiter demonstrierten durch Hamburg-Barmbek gegen die Stillegung von Heidenreich & Harbeck

Heidenreich & Harbeck, Hamburg

Arbeiter verschiedener Betriebe demonstrieren gegen Stillegung

Hamburg. Für Donnerstag letzter Woche hatten in Hamburg die Arbeiter der Barmbeker Metallbetriebe zu einer Demonstration gegen die Stillegung der Maschinenfabrik Heidenreich & Harbeck aufgerufen. Über 3 500 sind dem Aufruf gefolgt. Bereits am Montag hatten die Arbeiter von Heidenreich & Harbeck nach der außerordentlichen Betriebsversammlung eine spontane Demonstration durchgeführt, wobei sie für eine halbe Stunde – gegen den Willen der Sozialdemokraten – eine belebte Straßenkreuzung blockierten.

800 Arbeiter und Angestellte sollen entlassen werden, 100 vorläufig bleiben für Kundendienst und Ersatzteillager. So hat es der Gildemeister-Konzern beschlossen, der Heidenreich & Harbeck aufgekauft und seit Jahren systematisch heruntergewirtschaftet hat, um Kapazitäten im Maschinenbau zu vernichten. Von 41 Betrieben, die er mit Bankenhilfe aufgekauft hat, sind 26 bereits stillgelegt.

In Hamburg stößt er jetzt auf massiven Widerstand. Ein großer Teil der Arbeiter hat sein Leben lang bei H & H gearbeitet, ist über 50 Jahre alt und wird nur schwer wieder eine neue Arbeit finden, zumal in Hamburg die Arbeitslosigkeit unter den Metallern groß ist. Seit 1968 sind in der Hamburger Metallindustrie laut Statistischem Jahrbuch 15 000 Arbeitsplätze wegrationalisiert oder stillgelegt worden. Weitere Massenentlassungen stehen an.

So sind dem Aufruf der IG Metall zur Demonstration gegen die Stillegung von Heidenreich & Harbeck, der in der ganzen Stadt verteilt wurde, Arbeiter aus vielen Betrieben und auch aus anderen Bereichen gefolgt.

Die Sozialdemokraten aus der Gewerkschaftsführung haben auf der Schlußkundgebung diese Demonstration als großartigen Höhepunkt des Kampfes gegen die Stillegung von H & H gefeiert. Man hätte erreicht, was man erreichen wollte, daß nämlich die Stillegung des Betriebes nicht klammheimlich über die Bühne ging, sondern die Bevölkerung darauf aufmerksam gemacht und die Politiker wachgerüttelt wurden. Diese sollten sich jetzt für die Erhaltung der Arbeitsplätze einsetzen. Der 1. Bevollmächtigte der IG Metall kündigte an, daß er nächste Woche persönlich zu Kollegen Kanzler Schmidt fahre, um ihn zu bitten, für die Kollegen was zu unternehmen. Er wollte den Beifall der Kollegen für die Wirtschaftspolitik der Regierung und des Hamburger Senats einholen, was ihm aber nicht gelungen ist. Beifall gab es nur, wenn die Kapitalisten angegriffen wurden und wenn vom Kampf der Arbeiter gegen die Kapitalisten die Rede war.

Kein Beifall für sozialdemokratische Wirtschaftspolitik

Schon am Montag auf der Betriebsversammlung kam Wirtschaftssenator Kern, der von der Gewerkschaftsführung eingeladen war, kaum zu Wort. Trotzdem besaß er die Frechheit, sich an die Spitze des Demonstrationszuges zu stellen, vor den Fotografen der bürgerlichen Presse zu posieren und sich als Retter der Arbeiter vor der Willkür der Kapitalisten aufzuspielen. Dabei ist bekannt, daß der Hamburger Senat den Kapitalisten nicht genug Geld in den Rachen werfen kann. Reynolds hat Hunderte von Millionen bekommen. Vor einigen Wochen wurden den Hafenkapitalisten Millionen versprochen und dafür dem Volk weitere Sparmaßnahmen – vor allem an den Schulen – angekündigt. Das diene der Sicherheit der Arbeitsplätze, wenn die Kapitalisten wieder investieren. Gerade im Hafen sind aber durch die Investitionen der letzten Jahre nur Arbeitsplätze wegrationalisiert worden.

Plünderung des Volkes und Mästung der Kapitalisten, das ist nicht die Politik der Arbeiterklasse, da kann die Gewerkschaftsführung noch so viel erzählen von Unterstützung durch Senat und Bundesregierung. Die Arbeiter von H & H rebellieren dagegen, daß eine ganze Belegschaft auf die Straße geworfen werden soll, obwohl sie die Fähigkeit und langjährige Erfahrung hat, technisch hochwertige Maschinen zu produzieren, daß wertvolle Produktionsmittel vernichtet werden sollen, weil alles das nicht zählt, sondern weil nur zählt, wieviel Profit die Kapitalisten herausschlagen können. Würden die Fabriken den Arbeitern gehören, wäre dies unmöglich.

Möglich ist dies nur, weil die Fabriken und die Arbeitsmittel den Kapitalisten gehören und sie die Arbeitskraft kaufen, um sie an den Maschinen den Profit produzieren zu lassen.

Jeder Kampfschritt der Arbeiter von H & H ist gegen den Widerstand der Sozialdemokraten in der Gewerkschaft durchgesetzt worden. Die im Dezember bereits geplante Demonstration hatte der Ortsvorstand zunächst abgesetzt mit der Begründung, Demonstrationen seien ein unübliches Kampfmittel der Hamburger IG Metall, und überhaupt sei das unangebracht in der gegenwärtigen Lage, so als müsse man die Kapitalisten schonen in der Krise, wo sie die Ausbeutung der Arbeiter ins Ungeheure steigern.

Auf einer Saalveranstaltung wurden Kampfschritte abgelehnt mit der Begründung, da würde niemand mitmachen, welchen Zweck solle das auch haben.

Die Arbeiter von H & H wollen den Kampf fortsetzen und die breite Solidarität aus den Betrieben und die breite Unterstützung des Volkes hat sie bestärkt. Die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung will den Kampf fesseln, das hat sie auf der Kundgebung wieder bestätigt. Jeder Kampfschritt muß gegen sie durchgesetzt werden. Am 25. März will die Geschäftsleitung den genauen Plan für die Abwicklung der Stillegung vorlegen, da wird sich das wieder zeigen. Die Diskussion um die nötigen Kampfschritte geht weiter. Auf einem Transparent war zu lesen „Nicht verhandeln, sondern handeln: Streik". – (so., Hamburg)

Volkswagenwerke

Gegen den 5,4 % Abschluß gibt es großen Widerstand

Wolfsburg. Für die 95 000 Beschäftigten in den VW-Werken ist ein Tarifvertrag ausgehandelt worden, in dem wie in anderen Tarifbezirken der Lohn um 5,4 Prozent angehoben werden soll. Die 5,4 Prozent, das sind auf den derzeitigen Durchschnittslohn von 1 800 DM brutto etwa 97 DM, was für alle Lohngruppen unter 1 800 DM als einheitlicher Betrag gezahlt wird und 56 Pfennig die Stunde ausmacht. Die Lehrlingsvergütungen werden um 35 DM für das erste und zweite Lehrjahr und um 30 für das dritte und vierte Lehrjahr angehoben. Einen Tag Urlaub sollen die Kollegen unter 30 Jahre in diesem Jahr bekommen. Während die über 30 Jahre erst einen Tag mehr ab 1977 erhalten sollen.

Dieser Abschluß war Grundlage der Debatte auf einer Wohnbezirksmitgliederversammlung der IG Metall. Der Abschluß fand nicht die Zustimmung der anwesenden Mitglieder. Begrüßt wurde einzig die einheitliche Anhebung für die Lohngruppen unter 1 800 DM. Sofort nach Bekanntgabe des Abschlusses gab es heftige Angriffe: „Daß es kein Jubelabschluß ist, weiß ich selbst", zog sich Betriebsrat Ziegler, Mitglied der Tarifkommission, zurück. „Aber er entspricht der Landschaft." „Dieser Abschluß ist besser als zum Beispiel bei Teves (Tarifgebiet Niedersachsen), wo die 5,4 Prozent auf den Ecklohn 38 Pfennig betragen." Dagegen erhob sich Protest. „Daß wir mehr bekommen als bei Teves, ist den Abschlüssen bei der IG Metall aus früheren Zeiten zu verdanken und ist nicht auf dieses jetzt ausgehandelte Ergebnis zurückzuführen", erklärte ein Kollege. Als es im Verlauf der Diskussion überhaupt keine Zustimmung zu diesem Abschluß gab, die Diskussion immer heftiger wurde, lenkte der Betriebsrat Ziegler auf die Betriebszelle des KBW. „Die haben es leicht gehabt, von außen hohe Forderungen aufzustellen, die sie nicht durchzusetzen brauchen." Das fand keine Unterstützung. „Ich habe nicht für irgendeine hohe Forderung Unterschriften gesammelt, sondern für 140 DM", wurde der Angriff auf die KBW-Zelle unter Zustimmung der Kollegen zurückgewiesen.

Gegen die Einwände von verschiedenen Kollegen, daß die Belegschaft kampfbereit gewesen wäre, versuchte Ziegler sich aus der Schlinge zu ziehen und meinte, daß er auf der Tarifkommissionssitzung genau das Gegenteil gehört hätte. „Hannover wollte überhaupt nicht streiken und ihr wißt, wie stark Hannover ist." (In Hannover hatten dagegen am Freitag, 13. März, 1 000 bis 1 500 Zeitlöhner gestreikt, was dem Tarifkommissionsmitglied mit Sicherheit bekannnt sein mußte.

Dagegen stand, daß überall Bereitschaft zum Kampf gewesen ist, was Ziegler entgegengehalten wurde. In einem Gespräch an unserem Tisch erklärte eine Vertrauensfrau, daß man bei ihr die Arbeit niedergelegt hatte und mit fünfzig Kollegen zusammenstand. Der Abteilungsleiter konnte die Arbeiter mit den Worten verstreuen, sie wären die einzigen im Werk, die streikten, und sie sollten aufhören, dann würde ihnen auch nichts passieren. Die Gruppe löste sich auf. Kurze Zeit später rief man einige von ihnen ins Büro und bedankte sich bei ihnen, daß sie die Arbeit wieder aufgenommen hätten. Die Kollegin meinte: „Man hätte wirklich mehr tun können von seiten der Organisation." Das war jedem klar. Höhere Funktionäre und Ortsverwaltung der IG Metall hatten den Streik nicht gestützt, sondern sabotiert, indem sie nicht dazu beitrugen, ihn zu koordinieren. Hier ging der Einwand von Ziegler in Grinsen und Empörung unter, als er meinte, daß er unter einem koordinierten Streik keine spontane Arbeitsniederlegung verstehe. Als gegen Ende der Versammlung von uns erklärt wurde, daß alles, die 110 DM in Nordbaden-Nordwürttemberg wie auch die 56 Pfennig, einzig auf die Streiks zurückzuführen sind und daß man hätte mehr herausholen können, wenn die Streikbereitschaft der Kollegen ins Feld geführt worden wäre, gab es große Zustimmung. – (w., VW-Zelle Wolfsburg)

Vertrauensleutekörper VW Kassel lehnt 5,4-Prozent-Abschluß ab

Kassel. Im VW-Werk wurden am Montag in verschiedenen Abteilungen gegen den 5,4-Prozent-Abschluß Unterschriften gesammelt. Daraufhin wurde eine Vertrauensleute-Vollversammlung einberufen, die Mehrheit sprach sich gegen den Abschluß aus. Eine von den Vertrauensleuten beschlossene Unterschriftensammlung wurde im ganzen Werk durchgeführt. Die Kollegen sind mehrheitlich gegen den Abschluß.

Wolfsburg. In der Halle 10 bei VW wurden am Dienstag von den Vertrauensleuten Unterschriften gegen den Abschluß gesammelt.

Hannover, 22. März. Als der 2. Bevollmächtigte des Ortsvereins Hannover der IG Metall den Abschluß der vorgezogenen Vertrauenskörper-Schichtversammlung der Frühschicht den 5,4-Prozent-Abschluß bei VW anpries, er sei höher als in den Betrieben Niedersachsens, wurde ihm geantwortet: „Was du uns da erzählst, klingt wie das Rascheln eines Lorbeerkranzes. Aber ersten können wir uns dafür nichts kaufen und zweitenst versuchst du uns schon jahrelang gegeneinander auszuspielen. 5,4 Prozent müssen wir ablehnen." Am Freitag, 12. März, hatten 1 000 bis 1 500 Zeitlöhner gestreikt und gezeigt, daß die VW-Arbeiter streikbereit sind.

Beschlossen wurde: Es findet am Mittwoch eine weitere Sitzung statt, wie sie auch ordentlich vorgesehen ist. Die Vertrauensleute sollen in den Abteilungen feststellen, wie die Kollegen zu den 5,4 Prozent stehen. Wenn das Ergebnis abgelehnt wird, soll eine Urabstimmung durchgeführt werden.

John Deere Vertrauensleute lehnen Abschluß ab

Mannheim. Der Vertrauensleutekörper bei John Deere hat am 23. März ohne Gegenstimmen den 5,4-Prozent-Abschluß als unzureichend insbesondere für die unteren Lohngruppen abgelehnt. Die Tarifkommission wurde aufgefordert, die Streichung der unteren Lohngruppen 1 und 2 zu fordern zum nächstmöglichen Termin.

Schlichtung abgelehnt

Dortmund. Die Schlichtung abgelehnt haben die Betriebsratsvorsitzenden und die Vertrauensmänner der 100 Metallbetriebe aus Dortmund, Lünen und Castrop-Rauxel auf ihrer Versammlung am letzten Samstag. Sie forderten: Urabstimmung jetzt und Streik!

Den „Faktor Kapital" beseitigen!

Am Donnerstag letzter Woche wurde von den bürgerlichen Parteien mit großer Mehrheit im Bundestag ein Mitbestimmungsgesetz verabschiedet. In den Aufsichtsräten der Betriebe mit mehr als 2 000 Beschäftigten werden künftig die gleiche Anzahl von Vertretern des Kapitals und auf der anderen Seite der Arbeiter und Angestellten sitzen. Zu dieser Seite werden durch das Gesetz auch die leitenden Angestellten gerechnet, die ihre Vertreter gesondert wählen. Die Kapitalvertreter stellen über den Aufsichtsratsvorsitzenden die ausschlaggebende Stimme bei Stimmengleichheit.

„Das Mitbestimmungsgesetz sichert den Arbeitnehmern mehr Rechte", erklärte die SPD im Bundestag. Der Arbeitsminister Arendt meinte, nachdem jahrelang die Mitbestimmung als die entscheidende Reform angepriesen worden war: Die völlige Parität habe man nicht erreichen können, das Gesetz sei aber ein Fortschritt und immer noch besser, als wenn man gar nichts verabschiedet hätte.

Die Gewerkschaftsführung fordert, daß nach wie vor die Parität angestrebt werden müsse. Die Mitbestimmung sieht sie als das entscheidende Mittel an, die Interessen der Lohnabhängigen gegenüber dem Kapital zu vertreten. „Die Macht der Eigentümer von Produktionsmitteln beschränken!" Die Mitbestimmung als Heilmittel gegen die Übel der kapitalistischen Wirtschaft – so traten die sozialdemokratischen Führer in der Gewerkschaft auf, wenn immer die Empörung der Arbeiter über die Maßnahmen der Kapitalisten wuchs und sie sich zusammenschlossen gegen die Folgen der Krise. „Wenn wir die Mitbestimmung hätten, wäre das nicht passiert", war in Erwitte zu hören und auch in Kalletal. Überall dort wurde die Mitbestimmung von der Gewerkschaftsführung als Lösung gepriesen, wo die Kapitalinteressen und die Interessen der Arbeiter aufeinander stießen und ihre Unversöhnlichkeit hervortrat.

Wenn der „Faktor Kapital" und der „Faktor Arbeit" gleichberechtigt an den Entscheidungen im Betrieb beteiligt sind, dann wäre Schluß mit den „einseitigen Unternehmerentscheidungen". Was aber ist der „Faktor Kapital"? Die Kapitalisten behaupten, daß das Kapital arbeiten würde und sich vermehrt. Sollen sie doch einmal einen Tausendmarkschein aufs Fließband legen. Sie könnten lange darauf warten, daß das Kapital arbeitet und etwas produziert. Sie könnten dabei leicht verhungern. Nur dadurch, daß sich die in den Produktionsmitteln verkörperte tote, vergangene Arbeit, welche die Kapitalisten sich angeeignet haben, die lebendige Arbeit unterwirft und sie ausbeutet, kann sich das Kapital vermehren. Das Kapital ist nichts anderes als die Unterwerfung und Ausbeutung der lebendigen Arbeit, es ist ein gesellschaftliches Ausbeutungsverhältnis. Der Arbeiter ist im Kapitalismus gezwungen, seine Arbeitskraft an den Besitzer der Produktionsmittel zu verkaufen. Der Besitzer der Produktionsmittel eignet sich die Produkte der Arbeit an und damit mehr, als er für Produktionsmittel und Lohn verausgabt hat. Aneignung unbezahlter Arbeit, das ist das Geheimnis der Plusmacherei, dadurch lebt und existiert das Kapital und die Kapitalistenklasse. Die Existenz der Kapitalistenklasse hängt davon ab, daß sie dieses Ausbeutungsverhältnis aufrechterhält und sichert.

Was soll das für ein Miteinander der „Faktoren Kapital und Arbeit" sein, von dem die Sozialdemokraten reden, wenn das Kapital nur dadurch lebt, daß es die lebendige Arbeit sich unterwirft und aussaugt? Welches Interesse könnten die Arbeiter daran haben, sich mit ihrem Ausbeuter zusammenzusetzen und darüber mitzubestimmen, wie die Ausbeutung fortgesetzt wird? Die Arbeiterklasse hat alles Interesse daran, dieses Ausbeutungsverhältnis abzuschaffen, über den von ihr produzierten Reichtum selber zu bestimmen und die Gesellschaft im Interesse der Arbeiterklasse und des Volkes zu entwickeln. Den Weg zur sozialen Revolution zu gehen, davor soll die Mitbestimmung die Arbeiterklasse zurückhalten. „Klassenkampf schadet nur der Sache der Arbeitnehmer", beteuerte daher auch bei der Debatte über das Mitbestimmungsgesetz einer der Bundestagsabgeordneten. Er sprach aus, wogegen dieses Gesetz gerichtet ist. Die Arbeiterklasse kann die Arbeit nur befreien, wenn sie den „Faktor Kapital" beseitigt, die Verhältnisse stürzt, die die kapitalistische Ausbeutung sichern. – (g.b.)

Dritter Warnstreik bei AEG Kassel

Dritter Warnstreik bei AEG Kassel

Eine richtige Kettenaktion gemacht

Kassel. Am Donnerstag kurz nach neun wurde bekannt, daß erneut gestreikt werden soll und diesmal die Kühlschrankfabrik mit einbezogen werden soll. Dazu sollte sich nach 11 Uhr alles aus der Hochspannungsfabrik treffen. Als alle aus Bau 3 in Richtung Kühlschrankfabrik losgingen, war der Zug schon ziemlich groß, einige Hundert bestimmt. Es ging vom großen Seitengang her in die Kühlschrankfabrik. Vorne weg gingen Betriebsräte und Vertrauensleute. Am Eingang standen Meister, Abteilungsleiter usw. und guckten böse aus der Wäsche. In der Halle wurde gleich gerufen: „Licht aus! Maschinen aus!" Der Zug kam an den Stempeluhren vor dem Aufenthaltsraum vorbei und es stießen die ersten dazu, die ihre Maschinen verlassen hatten. Die Freude war groß, weil in der Kühlschrankfabrik das letzte Mal so Schwierigkeiten bestanden, den Streik zu organisieren. Aus den oberen Etagen kamen die Chefs hinzu und wollten die Kollegen wieder an die Arbeit schicken, hatten aber mit ihrem Gestänker keinen Erfolg. An den Transferstraßen und den Maschinen angekommen, wo die Kompressorteile bearbeitet werden, kamen von der einen und anderen Frau zaghafte Einwände, die Maschinen müßten den ganzen Tag laufen, was ja auch normalerweise so ist, um sie voll auszulasten. Schließlich wurde aber ohne großes Federlesen auch hier der Stoppknopf gedrückt.

Wo sich Kollegen angesichts der Chefs nicht recht trauten, wurden eben von den Kollegen aus der Hochspannungsfabrik nachgeholfen. Abteilungsleiter und Personalfipse stellten sich hinter einige Kolleginnen an den einzelnen Maschinen. Da wurde es halt so gemacht, daß sich einige ausländische Kolleginnen einhakten und die Kolleginnen mitnahmen. Die Ausländerinnen erklärten ihren Landsleuten die Lage. Die Aktion war eine richtige Kettenreaktion. Über die verdutzten und wütenden Gesichter der Chefs wurde lauthals gelacht, als der Zug alle mitzog. Sie waren zum ersten Mal mit ihrer Einschüchterungstaktik richtig abgeschifft. Das ganze Jahr über hatte es versteckte Wut über ihre Unverschämtheiten gegeben. Immer kurz vor Schichtende an den Stempeluhren herumschleichen, um Angst zu machen davor, sich rechtzeitig umzuziehen.

Es wurde lauthals über die Forderungen und den Kampf diskutiert. Von ruhiger Debatte, wie das Hessisch-Niedersächsische Blättchen meldete, um die Stärke der Arbeiter herunterzuspielen, war keine Spur. Die Festgeldforderungen waren in aller Munde und die Solidarität mit den ÖTV-Kollegen ungebrochen. Wo Streichung der unteren Lohngruppen ins Gespräch gebracht wurde, gab es allgemeine Zustimmung. Allgemein war die Forderung: sofortiger Abbruch der Verhandlungen, Urabstimmung und Streik! – (p., Kassel)

Dritter Warnstreik bei Rheinstahl

Kassel. Am 18. März streikten die Rheinstahlarbeiter zum dritten Mal eine halbe Stunde gegen die Provokationen der Metallkapitalisten. Der Fortschritt dieses Warnstreiks bestand darin, daß 600 Angestellte mitzogen, gegenüber 30 beim letzten Warnstreik am 9. März.

„Wir müssen raus und vors Gewerkschaftshaus ziehen" – das war die Meinung vieler Kollegen.

Im gewerkschaftlichen Arbeitskreis, der am selben Abend tagte, wurde eine Empfehlung an den Vertrauenskörper geleitet, bei weiteren Aktionen den Vorschlägen der Kollegen gerecht zu werden und „geeignetere Aktionen" einzuleiten. – (b., Betriebszelle Rheinstahl-Henschel)

Hessen

In **Hessen** wurden die Verhandlungen für gescheitert erklärt. Unter anderem war in **Wiesbaden** und in **Marburg** gestreikt worden. In Wiesbaden traten am Mittwoch, 17.3., bei Fritz-Werner-Industrieausrüstung 1000 von 1600 Beschäftigten in den zweiten Warnstreik innerhalb weniger Tage; am 18.3. 400 von 800 bei Rheinhütte, 900 Kollegen streikten bei Glyco eine halbe Stunde. 200 bis 400 Kollegen versammelten sich vor dem Sozialgebäude.

Nicht weiter verhandeln, sondern Urabstimmung!

Darmstadt. Am Donnerstag, 18. März, fand eine Funktionärskonferenz der IG Metall Verwaltungsstelle Darmstadt statt. Eingeladen waren Betriebsratsvorstände und Vertrauenskörperleitungen.

Der erste Bevollmächtigte der Verwaltungsstelle Mokrus berichtete vom Stand der Verhandlungen. Er berichtete, daß die Tarifkommission am Montag das Scheitern der Tarifverhandlungen erklärt hätte, da Gesamtmetall nur 4 Prozent auf den Tisch gelegt hätte. Inzwischen habe sich die Lage aber geändert. Der IG Metall sei zu Ohren gekommen, daß Gesamtmetall neue Verhandlungen auf Grundlage des Verhandlungsergebnisses von Nordwürttemberg-Nordbaden anbieten wolle. Morgen solle deshalb noch einmal die Große Tarifkommission zusammentreten.

Eine Resolution wurde eingebracht, nach der die Verhandlungen nur wieder aufgenommen werden sollen auf Grundlage der 8-Prozent-Forderung; andernfalls die Urabstimmung für Streik eingeleitet werden muß. Die Ortsverwaltung brachte dagegen eine Entschließung ein, die ungefähr folgendes beinhaltete: Die Tarifkommission wird aufgefordert, auf Grundlage des Ergebnisses von Nordwürttemberg/Nordbaden die Verhandlungen wieder aufzunehmen, und soll versuchen, ein höheres Ergebnis zu erzielen.

Diese Resolution wurde dann abgestimmt. 55 waren dafür und 33 dagegen.

Metallstreiks NRW

In **Nordrhein-Westfalen** streikten in zahlreichen Betrieben die Metaller gegen den Versuch der Kapitalisten, die Löhne herabzudrücken. Die folgende Zusammenstellung kann nur über einen Teil der Streiks berichten.

Aachen. Über 2000 streikten am 17.3. eine halbe Stunde, darunter 1000 bei der Waggonfabrik Talbot und 700 in der Maschinenfabrik Garbe, Lahmeyer und Co.; dort hatten schon am 12.3. 600 die Arbeit niedergelegt. Am 18.3.. streikten 250 Arbeiter in der Nadelfabrik Lammertz. In **Mühlheim** streikten am 16. und 17.3. 650 in mehreren Betrieben. In **Wiehl** streikten am 18.3. in der Achsenfabrik Kotz und Söhne 450 der 700 Beschäftigten für eine Stunde.

Emsdetten. Am 18. und 19. streikten hier insgesamt über 600 Kollegen. Bei der Firma Behälterbau Jansky waren es am Donnerstag 180 Kollegen, die für eine halbe Stunde in den Warnstreik traten. Am Freitag, 19.3., streikten diese weitere dreieinhalb Stunden. Grund dafür war, daß die mit dem Betriebsrat ausgehandelte Überstundenregelung von den Kapitalisten nicht eingehalten wurde. Daraufhin hatten die Arbeiter nur noch neun Stunden gearbeitet und 32 von ihnen erhielten eine Verwarnung. Sofort nachdem dies bekannt wurde, haben die Kollegen die Arbeit niedergelegt unter der Forderung: Zurücknahme der Verwarnungen! Am Montag wurde den ganzen Tag weitergestreikt. Am Dienstag wurden Verhandlungen zwischen IGM und Geschäftsleitung aufgenommen.

Herne. Am Freitag streikte bei Flottmann das ganze Werk, ebenfalls die Westdeutschen Getriebewerke. Am Dienstag, 23.3., streikte bei Klöckner Ferromatik das Werk Beien mit 450 Beschäftigten.

Krefeld. Am Mittwoch, 17.3., streikten in acht Betrieben die Metaller. Bei der Firma Taschner wurde drei Betriebsratsmitgliedern die fristlose Kündigung wegen „Beteiligung am Streik" ausgesprochen.

1 700 auf IG-Metall-Protestkundgebung

Augsburg. Am 22. März hat die IG Metall eine Protestkundgebung gegen Stillegungen und Abbau der Arbeitsplätze durchgeführt. Die Kundgebung war seit Dezember gefordert worden. Es sprachen Betriebsräte der betroffenen Betriebe und ein Vertreter der IG-Metall-Bezirksverwaltung München.

Die Kapitalisten knappsen an den Minuten

Der Fahrtenschreiber hält jede Sekunde fest

Salzgitter. Ich arbeite in einem kleinen Chemiebetrieb. In unserer Abteilung werden Kunststoffartikel hergestellt. Vor einiger Zeit tauchte neben der Stempeluhr ein Aushang auf, worin wir darauf „hingewiesen" wurden, daß wir die Pausen nicht eigenmächtig verlängern dürften, die Geschäftsleitung sich sonst „*weitere Maßnahmen vorbehalte*". Wie diese „weiteren Maßnahmen" aussehen, ist klar. Mit Kündigungen ist die Geschäftsleitung noch nie zimperlich gewesen. Als ich dort anfing zu arbeiten, sagte mir der Abteilungsleiter gleich: „*In unserem Betrieb herrscht Zucht und Ordnung. Da wird nicht gebummelt.*" Das durchzusetzen ist Aufgabe des Meisters, die der wahrlich meisterhaft erfüllt. Hat einer mal eine Arbeit, bei der man sich nicht so zu hetzen braucht wie sonst an den meisten Maschinen, so ist der Meister gleich da und dann bekommt man noch zusätzliche Arbeit. Herumsitzen oder sich mit Kollegen unterhalten ist schon gar nicht erlaubt, auch nicht eine einzige Minute. Dann gibt es gleich einen Anschiß. Arbeit findet sich immer – und wenn wir die ganze Halle blankputzen müssen.

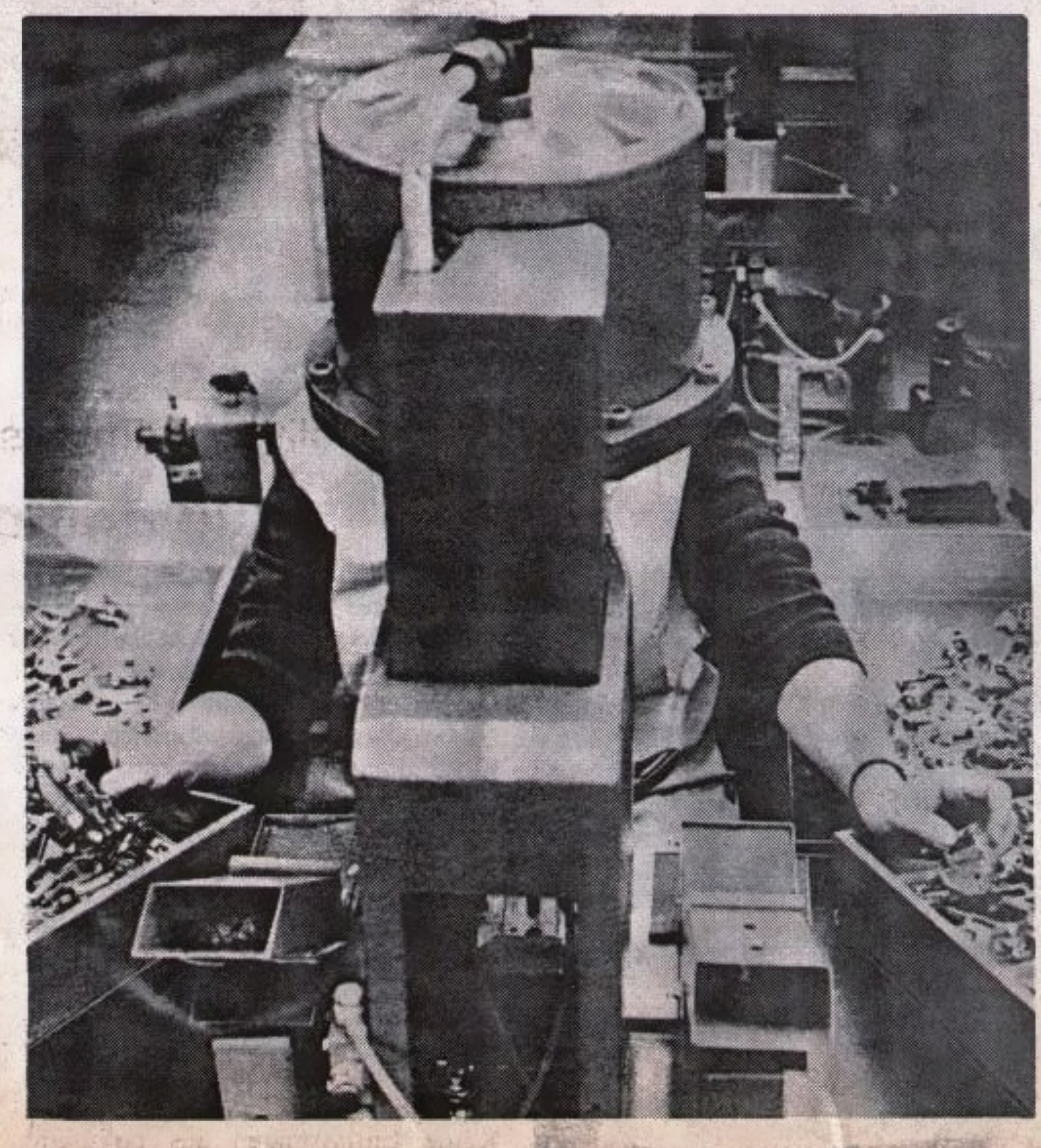
Und jetzt versuchen sie uns noch unsere 10-minütige Bedarfspause zu nehmen. „*Sie gehen schon wieder hinaus?*" oder „*Seit wann wird vor der (Frühstücks-)Pause schon eine Pause gemacht?*" heißt es dann. Doch da sind wir uns einig – die 10 Minuten lassen wir uns nicht nehmen. Schließlich können wir nicht auch noch auf Kommando pinkeln.

Die Arbeit an den meisten Maschinen ist eine einzige Hetze. Ein Teil der Maschinen läuft vollautomatisch, d.h. die fertigen Teile werden von der Maschine rausgeworfen. Wir müssen sie dann bearbeiten und meist auch verpacken. Läuft die Maschine halbautomatisch, z.B. wenn die Teile zu sperrig sind, dann müssen wir die Teile selbst herausnehmen und erst wenn wir die Maschine zufahren, läuft sie weiter. Daß das Herausnehmen der Teile schnell geht, dafür sorgt ein Fahrtenschreiber, der jede Sekunde, die die Maschine steht, festhält. So treiben sie uns an, immer schneller zu arbeiten. Gleichzeitig werden die Maschinen schneller gestellt, wo immer möglich. So wurde z.B. bei einem Produkt die Zeit (vom Zufahren der Maschine bis zum Öffnen der Form) auf 40 Sekunden heruntergesetzt. Die Folge: statt 650 Teilen mußten wir 750 bis 800 fahren in einer Schicht. In diesen 40 Sekunden muß das Teil bearbeitet und verpackt werden. Da bleibt nicht eine Sekunde Pause zum Luftholen. Und wer da nicht mitkommt, wird entlassen.

Seit einem halben Jahr müssen wir eine Woche im Monat Kurzarbeit machen und jetzt sollen wir auch noch einen Teil unseres Jahresurlaubes nehmen. Begründung: Es sei zu wenig Arbeit da!

Die Empörung darüber ist groß unter den Kollegen. Einerseits werden wir acht Stunden lang gehetzt und auf der anderen Seite Kurzarbeit und Zwangsurlaub. Der Widerstand gegen die Verschärfung der Arbeitshetze wächst und einige Kollegen beginnen schon, sich abzusprechen, wieviele Teile sie in einer Schicht fahren.

Dieser Widersinn – das ist die Logik des Kapitals. So verdichten die Kapitalisten den Arbeitstag, um den Arbeitern immer mehr unbezahlte Mehrarbeit abzupressen, um dann andererseits über das Kurzarbeitergeld die Arbeitslosenkassen zu plündern, denn ihr einziges Streben ist es, den Profit zu erhöhen. – (b)



Im Kapitalismus wird die Maschinerie mißbraucht, um den Arbeiter in den Teil einer Maschine zu verwandeln. (Karl Marx)

Die Arbeitsplätze werden wegrationalisiert

Die Wut der Drucker ist groß

Wiesbaden. In den Druckereien werden weiter Rationalisierungsinvestitionen vorgenommen. Es entstehen immer mehr Fotosatzzentren, die ganze Regionen versorgen können. Die kleinen Betriebe, um nicht bankrott zu gehen, gehen jetzt auch über zu Rationalisierungsinvestitionen, wenn auch nicht in so großem Umfang wie die großen Druckereien.

So auch bei den Druckwerkstätten Koehler & Hennemann in Wiesbaden, die im Durchschnitt 50 Kollegen beschäftigt. Die Handsetzerei wurde im Laufe der Jahre ständig verkleinert. Ganze Schubkarren voll Bleilettern wurden auf den Müll geworfen. In der Setzerei arbeiten jetzt noch 7 Kollegen. Früher waren hier so um die 20 Kollegen beschäftigt, dazu wurde noch Schicht gearbeitet. Einher mit der ständigen Verkleinerung der Setzerei ging die Ausweitung der Offsetkopie-Abteilung. Jetzt wird eine Fotosatzanlage gekauft, die, wenn sie richtig angelaufen ist, die restlichen Handsetzer vollends überflüssig macht. 2 Kollegen, die jetzt noch Maschinensetzer sind, werden dann in der Fotosatzabteilung arbeiten. Die restlichen 2 Maschinensetzer sind dann auch überflüssig.

Wie sieht es im Druckereisaal aus? Um die bestellte Vierfarbenoffsetmaschine überhaupt in den Druckereisaal zu bekommen, mußten gleich 4 Druckmaschinen (1 Flach- und 3 Buchdruckmaschinen) in Zahlung gegeben werden. Man sieht an der Zahl der Buchdruckmaschinen schon, wo das hinläuft. Abbau des für die Kapitalisten unrentablen Bleisatzes und Buchdruckes, dadurch Vernichtung von Arbeitsplätzen, Steigerung der Arbeitshetze für die in der Produktion verbleibenden Kollegen. Insgesamt wurden 3 Kollegen, die bisher im Hochdruck tätig waren, gekündigt.

Wo früher Frauen die Arbeit für einen Hungerlohn mit der Hand verrichteten (z.B. falzen, zusammentragen der einzelnen Druckbogen) und den ganzen Tag zu tun hatten, stehen heute Zusammentragmaschinen, Schnellhefter usw. und machen alles in einigen Minuten.

Laufend kriegen die Kollegen und Kolleginnen ihre Arbeitsplatz wegrationalisiert. Die Mehrarbeit, die dann verbleibt, müssen die restlichen Kollegen und Kolleginnen machen. Insgesamt wurden im letzten halben Jahr (!) 7 Arbeiter(innen) wegrationalisiert. Für einen Mittelbetrieb mit 50 Arbeitern(-innen) ist das eine ganz schöne Menge, wenn man bedenkt, daß die Arbeit dieselbe geblieben ist und sogar noch zugenommen hat. Wenn man dann noch bedenkt, daß die Produktivität je Arbeiterstunde in der Druckindustrie um 3,3 % zugenommen hat, dann kann man sich von der Knochenschinderei ein Bild machen. In Geld ausgedrückt: Im August 1975 betrug der Umsatz je Arbeiterstunde 44,85 DM, im August 1975 waren es 49,52 DM oder 10,4 % mehr (!).

Die technischen Neuerungen (Fotosatz, Offsetmaschinen usw.) werden nicht in den Dienst des Menschen gestellt, sondern sie werden im Kapitalismus der Logik des Profits folgend, gegen die Arbeiter eingesetzt. Die Arbeiter werden zu Anhängseln der Maschinen gemacht, die dann das letzte aus den Kollegen rausholen. Anders kann man sich die Umsatzsteigerungen je Arbeiterstunde gar nicht erklären. Daß die Kollegen angesichts solcher Bedingungen sehr viel Wut im Bauch haben, ist klar. Und diese Wut konzentriert sich natürlich vor allen Dingen auf die anstehende Lohnrunde. Sie steigerte sich noch, als die IG Druck und Papier die 9 %-Lohnforderung aufstellte. Die Kollegen wollten hier einheitlich gegen die Kapitalisten vorgehen. Deswegen wurde auch spontan eine Protestresolution gegen die Prozentforderung an den Hauptvorstand geschickt, wie in der KVZ Nr. 9/76 zu lesen war. Die Stimmung bei uns im Betrieb ist gut in bezug auf die anstehende Tarifrunde. Die Resignation, die einige Kollegen befallen hatte, daß ja doch nur 5 bis 6 % rauskommen, konnte mit der Diskussion um mindestens 140 DM gut aufgefangen werden.

Die Forderung von 9 % steht also. Wenn man sie umrechnet auf den Facharbeiterecklohn kommen 140 DM heraus. Das hieße für die unteren Lohngruppen einheitlich ebenfalls 140 DM. Darunter darf aber auch nichts herauskommen.

140 DM mindestens ist eine klare Forderung, die die Einheit der Kollegen herstellen kann und unter der man gegen die Druckkapitalisten antreten kann. Diese haben schon bei der 9 % Forderung aufgejault, sie wäre unrealistisch. Realistisch ist jedoch, daß man die 140 DM nicht ohne Streik durchsetzen kann. – (k)

Mindestens jedoch 140 DM

Wiesbaden. Auf der Betriebsversammlung der Wiesbadener Graphischen Betriebe am 18. März wurde der Vorschlag gemacht, eine Resolution zu verabschieden und die Große Tarifkommission aufzufordern: Die 9 Prozent, mindestens jedoch 140 DM Festgeld durchsetzen! Das wurde von der anwesenden Bezirksgewerkschaftsführung abgeblockt. Der Betriebsrat könne dafür eine Unterschriftensammlung durchführen. Bis Montag hatten 55 Kollegen unterschrieben. Die Unterschriftensammlung geht weiter.

AEG Oldenburg

Die Politik der DKP spaltet die Belegschaft

Oldenburg. Die Belegschaft der AEG Fabrik Oldenburg hat bis zum 1.3.76 mehr als 1 Jahr Kurzarbeit hinter sich. 168000 Kurzarbeitstage waren im letzten Jahr zu verzeichnen. Das bedeutet für jeden Kollegen 3 Monate Kurzarbeit in einem Jahr. Trotz der Kurzarbeit beantragte die Geschäftsleitung Anfang Februar für einzelne Montagebänder die Genehmigung von Überstunden. Begründet wurde dies mit Produktionsrückstand bedingt durch Maschinenausfall, später mit dem hohen Krankenstand von 13 % und zu guter letzt mit der erhöhten Nachfrage. Da die AEG Oldenburg ein reiner Zuliefererbetrieb von Kleinmotoren ist, sind andere Werke von der pünktlichen Auftragserledigung abhängig. Dieser Antrag auf Überstundengenehmigung wurde in der laufenden Metalltarifrunde gestellt. Man muß schon blind sein, um den Zusammenhang nicht zu sehen, daß die Kapitalisten ihre Streikvorbereitungen treffen. Die AEG Oldenburg hat einen Produktionsvorlauf von 8 Tagen, kommt es zu Auseinandersetzungen, also zu Arbeitsniederlegungen während der Tarifrunde, dann geht der Fabrik schon nach einer Woche die Luft aus. Dies wissen die Kapitalisten und dementsprechend versuchen sie, sich durch Überstunden das genügende Polster zu verschaffen. Obendrein wirkt diese Maßnahme spaltend auf die Belegschaft. Nicht der Kampf der Belegschaft, der Kampf der Metallarbeiter um mehr Lohn, sondern die Überstunden jedes einzelnen, dies soll die Perspektive für die Arbeiter sein.

Wie verhielt sich nun in dieser Situation die DKP? Im Betriebsrat stimmten ihre 2 Mitglieder dem Antrag der Geschäftsleitung zu. Ebenso beteiligte sie sich an den Manövern des Betriebsratsvorsitzenden, der eine Abstimmung zu dieser Frage dreimal wiederholen ließ, bis er die nötige Mehrheit für den Antrag der Geschäftsleitung zusammen hatte. Viele Kollegen waren empört über die Zustimmung zu den Überstunden. Die DKP reagierte mit einer Ausgabe ihrer Betriebszeitung „tele funke" auf diese Empörung. „DKP mit klarem Kurs, keine Überstunden für zusätzliche AEG Gewinne!" so lautete die Überschrift, nachdem die DKP-Betriebsräte den Überstunden zugestimmt hatte. **Zusätzliche** Gewinne, das war für sie der Angelpunkt. Die Arbeiterklasse soll also unterscheiden zwischen den normalen Gewinnen und den zusätzlichen Gewinnen. Als ob die Verlängerung des Arbeitstages nicht immer ein Mittel ist, höhere Profite zu schinden und als ob die Überstunden nicht zur Streikvorbereitung der Kapitalisten gehörten, um ihre Profite zu sichern. Die DKP entscheidet also, was normale und was zusätzliche Profite sind, stimmt den Überstunden zu und verhindert den Zusammenschluß gegen die Streikvorbereitungen und Spaltungsmaßnahmen der AEG-Herren.

Ebenso verhält sie sich in der laufenden Tarifrunde. Den Maßnahmen der Kapitalisten, die es erreicht haben, der Belegschaft trotz Kurzarbeit eine Steigerung der Arbeitsleistung von 6 % abzupressen, tritt sie entgegen mit dem Verkauf von Kartoffeln vor dem Tor. Aktion Preisstopp nennt sie das. Diese waren sogar noch 5 Pfennig teurer als die Kartoffeln auf dem Markt. Kollegen sagen dazu: „Kartoffelchaoten sind das." – (p., Oldenburg)

IG Chemie

Die Mischforderung verhindert die Einheit

Darmstadt. 5 Prozent und 50 DM hat die hessische Tarifkommission aufgestellt. Das wurde am letzten Dienstag in den Betrieben bekannt. Bei Röhm, wo die Forderung 150 DM aufgestellt wurde, nach ausführlicher Debatte über die Lage der Kollegen im Betrieb und die Entwicklung der Löhne, wurde die Forderung der bezirklichen Tarifkommission abgelehnt. Die „soziale Komponente" des Hauptvorstands und der Tarifkommission, die in der Aufstellung von Sockel und Prozent besteht, konnte keine Freunde finden. Ist es doch so, daß die aufgestellte Forderung für die Arbeiter in barem Geld von Lohngruppe 3 bis 7 ganze 115 bis 127 DM ausmacht, wobei der Arbeitgeberverband schon erklärt hat, daß er den Sockelbetrag nicht hinnehmen wird. Die Bestandteile dieser Forderung gegeneinander auszuspielen und insgesamt nach unten zu drücken, das wird den Kapitalisten leichter fallen, denn die Mischforderung entwickelt nicht die Einheit der Kollegen. Die „soziale Komponente" besteht darin, daß ein T 8-Angestellter bei dieser Forderung auf flotte 200 DM kommt. Bei einem Mindestgehalt von über 2 800 DM. Für die Angestellten, die im Schnitt bei 1 500 bis 1 800 DM liegen, macht diese Forderung in der Masse 130 DM aus. Es ist nicht erstaunlich, daß die Forderung so aufgefaßt wird: „Auf jeden Fall für uns zu wenig und für die weiter oben wieder mehr". Bei Röhm wurde diskutiert, daß die Forderung von 150 DM aufrechterhalten werden muß. – (m.,Zelle Röhm)

IG Chemie Stuttgart: 135 DM gefordert

Stuttgart. Die Vertrauensleutekonferenz der Verwaltungsstelle der IG Chemie hat am 7.3. beschlossen, für die kommende Tarifrunde eine einheitliche Forderung von 135 DM für alle zu stellen. Das entspricht dem Beschluß der Vertrauensleutekörper bei Kast & Ehinger und bei Siegle.

Den Konkurrenten einverleibt

Billiges Geld aus der Arbeitslosenkasse

Bekanntlich unterstehen die Versicherungsbeiträge der Lohnabhängigen der Zwangsverwaltung des bürgerlichen Staates. Das eröffnet natürlich den Kapitalisten die prächtigsten Möglichkeiten. Das zeigt z.B. der folgende Vorgang, über den uns ein Angestellter beim Arbeitsamt berichtet hat. Es geht dabei um sogenannte Eingliederungsbeihilfen, die als Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ausgegeben werden. Das sind Zuschüsse und Darlehen an den Kapitalisten „für die berufliche Eingliederung eines Arbeitssuchenden, dessen Unterbringung unter den üblichen Bedingungen des Arbeitsmarktes erschwert ist." Die Beihilfen betragen 60 bis 80 % des Tariflohnes für ein, ausnahmsweise bis zu 2 Jahren. Sie werden insbesondere bei älteren Arbeitern bewilligt, wenn ein „Dauerarbeitsplatz" angeboten wird. Dazu genügt es, daß der Kapitalist versichert, daß bei Einstellung ein Ende der Beschäftigung nicht abzusehen ist.

Wie das aussehen kann, zeigt folgender Vorgang. Im Herbst letzten Jahres stand die Textilfirma Melchior in Nürtingen bei Stuttgart (mit mehr als 600 Beschäftigten) vor dem Konkurs. Daraufhin fand ein Treffen zwischen Vertretern des Arbeitsamtes, der Bank für Gemeinwirtschaft und Vertretern der Firma Otto, die den Betrieb kaufen wollte, statt. Diese Firma machte für einen Kauf allerdings gleich zur Bedingung, daß mindestens 250 Beschäftigte auf die Straße gesetzt werden und für einen großen Teil der verbleibenden vom Arbeitsamt Eingliederungsbeihilfen gezahlt werden. Außerdem verlangte sie vom Land Baden-Württemberg billige Kredite zu 2 bis 3 % Zinsen.

Die Firma Otto stellte im nächsten Schritt einen Antrag auf Eingliederungsbeihilfen bei der Arbeitsverwaltung mit dem Hinweis, daß der Kauf nur stattfinden werde, wenn sich das Arbeitsamt entsprechend verhalte. Das örtliche Arbeitsamt empfahl daraufhin dem Landesarbeitsamt die Befürwortung dieses Antrages auf das wärmste. Anfang des Jahres ließ dann das Landesarbeitsamt in einem Brief die Firma Otto wissen, daß sie mit 1,25 Millionen an Eingliederungsbeihilfen rechnen könne, unter der Voraussetzung, daß auch das Land die angesprochenen Kredite zusage. Verbunden mit der Zusage, daß das zuständige Arbeitsamt bei der Abwicklung gerne zur Hand gehen werde.

Mit Landeskrediten und den Versichertengeldern ausgestattet, wurde der Betrieb des pleite gegangenen Konkurrenten einverleibt.

In dem Bericht heißt es weiter, auf solch leichtes Geld seien die Kapitalisten 1975 so erpicht gewesen, daß die Bundesanstalt in Nürnberg im August noch einen Nachtragshaushalt aufgestellt hat, weil der Posten Arbeitsförderung, sprich Kapitalistenmästung, schon überzogen war.

Der ÖTV-Schlichter:

Der „neutrale" Mann ist ein Profithai

Am letzten Montag hat die Gewerkschaft ÖTV zum letztmöglichen Termin die Schlichtung eingeleitet und den „neutralen"-Mann benannt, dessen Urteil die Situation erhellen und die Interessen ausgleichen soll. Es ist der Hamburger Senator a.D. Gerhard Neuenkirch. Er bekleidet folgende Ämter:

– im *Vorstand* der Gesellschaft für öffentliche Wirtschaft und Gemeinwirtschaft e.V. Berlin,
– der Hamburger Kaufmannsbank Nattebohm & Co. AG Hamburg,
– im *Aufsichtsrat* der N.V. Holandse Koopmannsbank Lippmann Rosenthal & Co. Amsterdam,
– Hessische Berg- und Hüttenwerke AG Wetzlar,
– Investitions- und Handelsbank AG Frankfurt,
– Papierwerke Waldhof Aschaffenburg AG München,
– Triumph International Holding München,
– Triumph International Ltd. Jerusalem,
– im *Verwaltungsrat* der IDICO Intercontinental Development & Investment Corporation S.A. Luxemburg,
– Banque de l'Union des Cooperateurs Luxembourgeois Luxemburg,
– ISL Industrial Service Co. Ltd. Tel Aviv,
– *Vorsitzender des Beirates* Otto Keesattel & Co. Bankgeschäft Düsseldorf,
– im *Beirat* der Union Treuhändel GmbH Frankfurt,
– Gewerbeträger GmbH Hamburg,
– Beratungsgesellschaft für Gewerbebau GmbH Hamburg,
– WIB Leasing GmbH Köln,
– Bank für Gemeinwirtschaft,
– Neue Heimat Städtebau.

Ein Student aus Hamburg hat's uns aus verschiedenen Nachschlagewerken zusammengestellt. Die Nachschlagewerke sind unterschiedlich alt, und man soll uns nicht erschlagen, wenn wir einige Posten vergessen haben oder der Gute den einen oder anderen nicht mehr bekleidet.

Jedenfalls, eine gelungene Verkörperung des „Allgemeinwohls" ...

Bevor der Kerl Senator in der Freien und Hansestadt Hamburg wurde, war er zu allem Überdruß auch noch Personalchef bei der Shell AG. Er ist ein Profithai.

Dieser Mann wird die nächsten Wochen aus den Fernsehapparaten herausölen, warum die Forderungen der Arbeiter und Angestellten überhöht sind und dem Allgemeinwohl schaden.

Diesen Mann hat die Gewerkschaft ÖTV zusammen mit der DAG als „unparteiischen Vorsitzenden" für die Schlichtungskommission benannt.

Wenn man den Müllfahrer Franz Maier aus München zum Vorsitzenden benannt hätte, ein Aufschrei der bürgerlichen Gesellschaft wäre sicher gewesen. Weil der Mann nicht „unparteiisch" ist.

In der Tat, den unparteiischen Schlichter, der Interessenausgleich betreibt und dabei das Allgemeinwohl im Auge hat, kann es in einer *Klassengesellschaft* nicht geben. Es gibt ihn allerhöchstens im Hirn von Sozialdemokraten, die von der Klassenversöhnung träumen. Der Sozialdemokratenengel, der von Fairness süße Lieder singt, er erweist sich als – Bankier, wenn er statt im Sozi-Herz in der Wirklichkeit auftritt.

Die ganze Schlichtung ist da, um den Interessen der Kapitalistenklasse ein Mäntelchen umzuhängen. Für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst ist es bloß gut, daß dieses Mäntelchen so fadenscheinig ist.



Etwa 80 Kollegen aus Heidelberger Forschungsbetrieben und der Universität demonstrierten am 16. März, einen Tag nach dem Scheitern der Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst, für die Durchsetzung der Festgeldforderung von 135 DM und gegen das Schlichtungsabkommen unter den Parolen: Festgeld macht die Einheit stark – 135 Mark! und: Weg mit dem Schlichtungsabkommen!

Keine politische Entlassung!

700 demonstrierten

Bremen. Etwa 700 Menschen, darunter aufgrund eines Beschlusses der Universitätsbelegschaft etwa 200 Universitätsbeschäftigte, haben am letzten Mittwochnachmittag in der Bremer Innenstadt dagegen demonstriert, daß das Universitäts-Personalratsmitglied Dieter Mützelburg entlassen werden soll, weil er für den Kommunismus eintritt.

Aufgerufen hatten dazu der Personalrat, die ÖTV-Vertrauensleute und der Allgemeine Studentenausschuß der Universität unter den Forderungen:

Rücknahme der Kündigung von Dieter Mützelburg!
Keine Entlassungen aus politischen Gründen!
Weg mit dem Radikalenerlaß!
Weg mit den Berufsverboten!
Gegen Angriffe auf die Personalvertretung!
Freie politische, gewerkschaftliche und wissenschaftliche Betätigung!
Weg mit dem besonderen Dienstrecht!

Der KBW hat die Forderungen der Universitätsbelegschaft ausdrücklich unterstützt.

Die Demonstration fand große Aufmerksamkeit und Unterstützung in der Innenstadt. Und auf der Kundgebung wurden verschiedene Solidaritätsadressen z.B. von Beschäftigten der Bremer Krankenhäuser verlesen. Der Senat war auf seine Weise aufmerksam, indem er die Demonstration mit großem Polizei- und Spitzelaufgebot begleiten ließ und das Bürgerschaftsgebäude abriegelte.

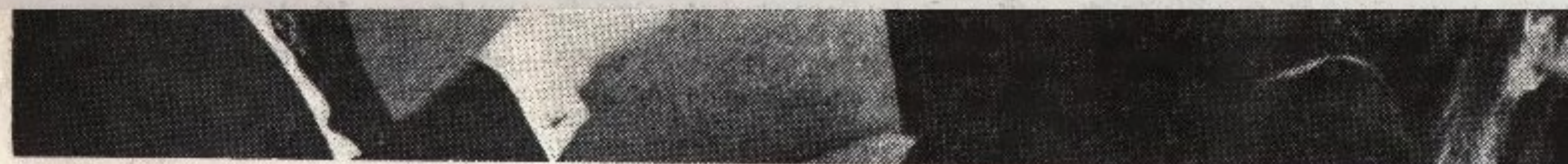
Der Wille zum Kampf gegen politische Disziplinierungen und Entrechtung im öffentlichen Dienst ist durch diese Demonstration gefestigt worden. Erster Ausdruck dafür ist die Wiederwahl des Kollegen Mützelburg zum Personalrat durch über 200 Kollegen der Universität. – (v., Bremen)

Als Innenminister Maihofer am 14.3. zur Einweihung des „liberalen Zentrums" in Bielefeld war, hielten ihm die ÖTV-Kollegen entgegen: Weg mit der 4 % Provokation! 135 DM mehr für alle!

HBV

Erfolgreiche Flugblattaktion vor Buchläden

Heidelberg. Eine erfolgreiche Flug- ... verschämtheit. Ich unterstütze euch



Als Innenminister Maihofer am 14.3. zur Einweihung des „liberalen Zentrums" in Bielefeld war, hielten ihm die ÖTV-Kollegen entgegen: Weg mit der 4 % Provokation! 135 DM mehr für alle!

HBV

Erfolgreiche Flugblattaktion vor Buchläden

Heidelberg. Eine erfolgreiche Flugblattaktion vor fünf Heidelberger Buchhandlungen führten Mitglieder der HBV, Fachgruppe Buchhandel und Verlage, durch, um damit deutlich zu machen, daß sie das zur Zeit vorliegende 5-Prozent-Angebot der Kapitalisten in keinem Fall akzeptieren werden. Aufgestellt worden war die Forderung nach 160 DM. Der Besitzer einer Buchhandlung drohte mit der Polizei und wollte Klage wegen Hausfriedensbruch erheben, als die Flugblätter an die Kollegen im Laden verteilt wurden. Die Forderung der Gewerkschaft fand Zustimmung unter den Kunden.

Dabei machten sie die Passanten auf ihre Forderungen aufmerksam.

Viele Passanten stellten sich auf die Seite der Kollegen. Ein Metallarbeiter sagte: „Die 5,4 Prozent, mit denen wir jetzt abgespeist werden, sind eine Unverschämtheit. Ich unterstütze euch voll! Kämpft ihr für die Durchsetzung eurer Forderung. Dabei habt ihr uns auf eurer Seite!"

Ein Kunde erklärte sich spontan bereit, einen Packen Flugblätter mit ins Geschäft zu nehmen und an die Kollegen drinnen weiter zu verteilen. Vor dem Geschäft verteilten die Gewerkschafter weiter.

Die Aktionen der HBV-Mitglieder hatten die Kapitalisten unter Druck gesetzt. Sie konnten das 5-Prozent-Angebot nicht aufrechterhalten.

Am 18. März fand die 2. Verhandlungsrunde zwischen den Kapitalisten und den Gewerkschaften HBV Baden-Württemberg und Bayern und der DAG im Bereich Buchhandel und Verlage statt. Das Angebot der Kapitalisten lautet folgendermaßen:

Einheitlicher Betrag von 80 DM monatlich auf alle Gruppen für die ersten drei Monate in diesem Jahr. Ab April 20 DM auf alle Gruppen plus 5 Prozent.

Dieses Angebot ist an die Bedingung geknüpft, daß die Laufzeit von Dezember auf April abgeändert wird. Das heißt im Klartext für dieses Jahr: fünfzehnmonatige Laufzeit.

Dieses Angebot hat die Mitgliederversammlung der HBV Buchhandel und Verlage Heidelberg am 23. März abgelehnt. Die zu Beginn aufgestellte Forderung von 160 DM, die auch von der Personalversammlung des Springer-Verlages Heidelberg unterstützt wurde, ist im Laufe der Verhandlungen von der Verhandlungskommission in die Forderung 7,9 Prozent, mindestens 135 DM geändert worden. Die Mitgliederversammlung stellte fest: Die Forderung nach einem einheitlichen Betrag ist richtig, die Prozente werden abgelehnt. Alles muß getan werden, damit die Mindestforderung von 135 DM für alle Gruppen durchgesetzt wird, keine Änderung der Laufzeiten.

Verschärfte Arbeitshetze im öffentlichen Dienst

Personalabbau bei der Stadtverwaltung

Oldenburg. Seit über einem Jahr sind den Ämter der Stadt Oldenburg eine Rationalisierungskommission. Sie untersucht Organistaion und Arbeitsablauf innerhalb der Verwaltung. Natürlich macht sie diese Untersuchung nicht, um die Arbeit der Kollegen zu erleichtern, ganz im Gegenteil. Stellen sollen gestrichen werden. Die Arbeit für die Kollegen, die bleiben, wird noch intensiviert.

Das zeigt deutlich die Rationalisierung im Reinigungsdienst: Die Büroräume werden nur noch jeden zweiten Tag geputzt. Neunzehn Arbeitsplätze wurden dadurch „eingespart". Die zusätzliche Arbeit wird durch die verbleibenden Kolleginnen gemacht. Den Dreck von zwei Tagen wegzuputzen, ist schließlich mehr Arbeit, als den von einem Tag.

Angefangen wurde auch bei der Müllabfuhr. Vier Arbeiter – eine Müllwagenmannschaft – wurde „durch Verbesserung des Arbeitsablaufes eingespart". Die verbleibenden Kollegen sehen das so: Die Arbeit der vier eingesparten Kollegen muß von ihnen zusätzlich verrichtet werden.

Trotz verlängerter Öffnungszeiten wurde im Hallenbad ein Schwimmeister wegrationalisiert. Weiterhin wurden die Stellen von 2 Masseusen, 3 Wärterinnen und einem Arbeiter gestrichen. Damit die dadurch notwendige Verschärfung der Arbeitshetze auch gut funktioniert, wurde ebenda der Oberinspektor zum Amtmann befördert. Insgesamt wurden bisher wegrationalisiert: 27 Stellen für Arbeiter, 12 für Angestellte und 8 für Beamte. Von letzteren gehören nur zwei zum höheren Dienst. Denn die Funktionen der Dienstaufsicht sind unentbehrlich zur Aufrechterhaltung und Verstärkung der Kontrolle und Schikane.

Die Aktionen weiterführen

Mannheim. In kurzer Zeit wurden an den Städtischen Kliniken über 500 Unterschriften gesammelt für die Durchsetzung der 135-DM-Forderung und für die Vorbereitung von Kampfmaßnahmen. Das wurde auf der ÖTV-Delegiertenversammlung am 19. März berichtet. Die Versammlung lehnte einmütig die Schlichtungsvereinbarung ab und der Hauptvorstand wurde aufgefordert, sie zu kündigen.

Dortmund. Die Personalversammlung für Gesamtschulen in Dortmund, Kamen, Bochum am 23. März mit 250 Teilnehmern beschloß bei einer Gegenstimme eine Solidaritätserklärung: „Wir begrüßen alle Aktivitäten der ÖTV-Kollegen zur Durchsetzung ihrer berechtigten Forderung nach 135 DM für alle."

Essen. In der Bundesbahn-Lehrwerkstatt Schederhofstraße unterschrieben fast alle Lehrlinge einen Brief, in dem der zuständige Kreisvorstand der Eisenbahnergwerkschaft GdED aufgefordert wird, die notwendigen Aktionen zur Durchsetzung der 135-DM-Forderung einzuleiten.

Dortmund. Am Donnerstag, 18. März, fand eine Protestversammlung der HBV mit mehreren hundert Teilnehmern statt. Zustandegekommen war die Versammlung durch eine Unterschriftensammlung der Gewerkschaft, bei der 7 000 unterschrieben. Die Protestversammlung richtete sich gegen die völlig unzureichenden Angebote der Kapitalisten. Eine Solidaritätserklärung wurde von dem ÖTV-Bereich Land Dortmund verlesen.

Essen. Die Landessprecherkonferenz der Lehramtsanwärter für Grund- und Hauptschulen in Nordrhein-Westfalen am 19. März in Essen begrüßt den Abbruch der Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst durch die ÖTV. Sie hält die 135-DM-Forderung nach wie vor für richtig und geeignet, die Beschäftigten im öffentlichen Dienst gegen einen Abbau ihrer materiellen Existenzgrundlage zusammenzuschließen. Sie begrüßt alle weiteren Kampfmaßnahmen der Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst zur Durchsetzung ihrer Forderung gegen den Staat. Sie fordert darüberhinaus die GEW auf, ihrerseits solche Maßnahmen und Kampfschritte mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterstützen.

Münster. Die Mitgliederversammlung des GEW-Stadtverbandes Münster verabschiedete am 16. März ohne Gegenstimmen bei einer Enthaltung (etwa 50 Anwesende) eine Resolution, in der sie sich solidarisch erklärte mit der Festgeldforderung der ÖTV, weil sie die unteren Lohngruppen vor einem Absinken ins Elend bewahrt und weil sich auf ihr die Angehörigen des öffentlichen Dienstes zusammenschließen können.

Göttingen. Die Vertrauensleuteversammlung der Universitätskliniken Göttingen beschloß am 19. März:

„Das provokative Angebot von 3,8 / 4,2 Prozent zwang die ÖTV dazu, die Verhandlungen für gescheitert zu erklären. Anstatt jetzt Kampfmaßnahmen einzuleiten, beantragte die ÖTV die Schlichtung, obwohl in den Verhandlungen deutlich geworden ist, daß der staatliche Dienstherr freiwillig, das heißt ohne Kampf, in dieser Lohnbewegung nicht von seinem Ziel des Lohnraubs abzubringen ist.

Wir, die Vertrauensleute der Universitätskliniken Göttingen, werden uns dafür einsetzen, daß während der Schlichtung keine Ruhe eintritt, sondern die selbständigen Aktionen zur Durchsetzung der 135 DM fortgesetzt werden.

Darüberhinaus fordern wir die Kündigung des Schlichtungsabkommens spätestens am 30. Juni 1976 zum 31. Dezember 1976."

Außerdem wurde der ÖTV-Kreisvorstand aufgefordert, noch während der Schlichtung eine Kundgebung und Demonstration am 1. April um 16.30 Uhr mit den anderen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes durchzuführen.

Vertrauensleutekörper der Howaldt Werft verlangt Ablösung des Schulleiters Kaschner

Kiel. In einer Resolution hat der Vertrauensleutekörper der Howaldt Deutsche Werft in Kiel die Ablösung des Schulleiters der Toni-Jensen-Realschule gefordert. Der Schulrektor Kaschner hatte eine Schülerin, die zu spät zu einer Probe des Schulchores gekommen war vor den versammelten Schülern abgekanzelt mit den Worten: von den „Kindern der dritten Schicht bei Howaldt" sei ja auch „keine Zuverlässigkeit zu erwarten". Nach Bekanntwerden dieser unerhörten Äußerung war die Empörung unter den Arbeitern auf der Werft groß. In ihrer Resolution schreiben die Vertrauensleute u.a.: „durch diese Verunglimpfung arbeitender Menschen ist dieser Mann sowohl als Pädagoge als auch als Schulleiter untragbar geworden."





Kassel. 2000 Menschen marschierten am Samstag, dem 20.3. duch die Kasseler Innenstadt zum SPD-Haus, um dort den hessischen Kultusminister Krollmann wegen der Schulpolitik der Landesregierung zu stellen. Aufgerufen hatten Elternvertreter von 30 Schulen, zahlreiche Schülervertretungen, der Stadtschülerrat und der AStA der Gesamthochschule. „Lehrer her, Schulräume her, sonst geben wir keine Ruhe mehr", war die beherrschende Losung. Krollmann (Bild rechts, zweiter von links) wurde mit einem Pfeifkonzert empfangen. Er mußte zugeben, daß die Verhältnisse an den Schulen schlecht sind. Seine Versuche, sich mit dem Hinweis auf die Pläne der Regierung und knappe Staatsfinanzen rauszuwinden, wurden mit dem Ruf „Krollmann heißt er, uns bescheißt er" quittiert.

Die Schule gehört unter die Kontrolle des Volkes

Interview mit Elternvertretern der Lersner-Schule Frankfurt

„... wenn er (Lippmann) dort (in einem Leserbrief) ausführt, daß alles, was mit der Schule zusammenhänge, ... wesentlich Sache des Volkes sein müsse, dann ist darin eine Kampfansage gegen das geltende Recht, welches er zu achten und zu verteidigen geschworen hat, zu sehen ...", schrieb die Landesanwaltschaft in einem Verfahren vor dem baden-württembergischen Verwaltungsgerichtshof, das vor kurzem die Entlassung eines Lehrers für rechtens befand. Daß diese „Kampfansage an das geltende Recht" unvermeidlich ist, wenn dem Recht auf Ausbildung für die Kinder aus der Arbeiterklasse und aus dem Volk Geltung verschafft werden soll, diese Erfahrung gewinnt in den Kämpfen gegen die Schulpolitik des bürgerlichen Staates immer mehr Verbreitung. Das folgende Interview mit Mitgliedern des Elternbeirats der Frankfurter Lersnerschule, Hans Peter Erhardt, Vorsitzender des Elternbeirats, und Susemarie Schwarz, Mitglied und Schriftführerin des Elternbeiratsvorstands, bestätigt dies.

Im letzten Jahr hatte sich an Ihrer Schule ein breiter Widerstand gegen die Schulpolitik des Staates entwickelt. Unter welchen Forderungen sind diese Kämpfe geführt worden?

Unmittelbarer Anlaß für den Widerstand der Eltern waren der untragbare Unterrichtsausfall und der ständige Lehrerwechsel; zugespitzt hat sich die Sache dann, als die fünften Klassen zusammengelegt wurden und damit ein vernünftiger Unterricht unmöglich wurde. Im Verlauf der Auseinandersetzung hat es dann natürlich massive Repressalien gegen Schüler, Eltern und Lehrer gegeben, z.B. Disziplinarverfahren gegen Lehrerinnen und Androhung von Gerichtsverfahren gegen Eltern.

Wir sind damals im wesentlichen eingetreten für das Recht unserer Kinder auf Ausbildung und das Recht der Selbstbestimmung der Eltern, Schüler und Lehrer in Schulangelegenheiten (z.B. Einstellung, Lehrerwechsel, Stundenausfall). Die einzelnen Forderungen waren zum Beispiel: Aufhebung der Zusammenlegung der fünften Klassen, ausreichender zusätzlicher Deutschunterricht für ausländische Kinder, besondere Betreuung von Legasthenikern und Kindern mit Lernschwierigkeiten, voller Unterricht, kleine Klassen. Im Verlauf der Auseinandersetzungen kamen dann Forderungen gegen die Repressalien, denen die Kinder aktiver Eltern ausgesetzt waren, und für die Zurücknahme der Disziplinarverfahren gegen die Eltern hinzu.

Hat sich jetzt, nach einem Jahr Kampf, an der Schule etwas geändert?

In einigen Punkten haben wir Erfolg gehabt, vor allem, was die materiellen Bedingungen an der Schule betrifft. Grundlegend ist die Situation aber nach wie vor die gleiche. So haben einzelne Klassen z.B. im Verlauf von zweieinhalb Jahren den achten Englischlehrer und den sechsten Rechenlehrer. Das ist die Regel, nicht der Ausnahmefall; eine sechste Klasse hat in eineinhalb Jahren den fünften Englischlehrer und den vierten Klassenlehrer. Fast alle Klassen wechseln den Lehrer wie das Hemd.

Lehrer wie das Hemd.

Obwohl der Ausländeranteil etwa 35 Prozent beträgt, gab es bis vor kurzem keine gesonderten Ausländerförderkurse; erst kürzlich hat es der Elternbeirat erreicht, daß bei besonderen Schwierigkeiten einige Stunden zusätzlich Deutsch gegeben werden. Die zusammengelegten fünften Klassen – jetzt sechste – sind nach wie vor zusammengelegt. Trotz im Stundenplan schon vorprogrammierten Unterrichtsausfalls sind noch Planstellen offen, und weiterer Unterricht fällt aus; und zwar so viel, daß teilweise Beschäftigungstherapie, nicht aber regulärer Unterricht möglich ist. Neuerdings werden die größten Lücken durch Lehraufträge gestopft. Ein Lehrbeauftragter kann aber bei der nächsten Gelegenheit wieder gefeuert werden, das bedeutet mehr Stundenausfall, neuen Lehrerwechsel; Referendare können sowieso nicht gut ausgebildet werden, und die Kampfkraft des Lehrerkollegiums wird durch die Lehraufträge geschwächt. Trotz sogenannter Lehrmittelfreiheit muß man pro Kind und Monat etwa 30 Mark plus Fahrkosten rechnen, da nur die Unterrichtsbücher von der Schule gestellt werden.

An der Günthersburg-Schule, die organisatorisch Teil der Lersner-Schule ist, sind die materiellen Bedingungen elend. Überall besteht Unfallgefahr – fehlende Handläufe an den Treppen, ausgetretene Stufen, unabgedeckte Kleiderhaken. An Wänden und Decken sind riesige Wasserflekken, der Verputz fällt überall herunter, in den Wänden befinden sich faustgroße Löcher. Kinder haben sich des öfteren an den offenliegenden Dampfheizungsrohren verbrannt, sie können sich einen Schlag holen an elektrischen Installationen, die vor dem letzten Weltkrieg angebracht wurden und nicht den VDE-Vorschriften entsprechen. In einer Klasse ist kürzlich eine Wandtafel heruntergefallen und hat ein Kind zu Boden geschlagen.

Der Hauptgrund dafür, daß unsere Forderungen im letzten Jahr nicht vollständig durchgesetzt werden konnten, war, daß ein Teil der Eltern vor allem wegen der Repression und Einschüchterung seiner Kinder resignierte und aus dem aktiven Widerstand herausfiel. Dennoch war das keinesfalls eine Niederlage; wir haben einiges erreicht,

Niederlage; wir haben einiges erreicht,

so zum Beispiel, daß in diesem Schuljahr wegen des großen Widerstands im letzten Jahr keine Klassen zusammengelegt wurden, obwohl das geplant war. Wichtiger ist noch, daß die Mitglieder der damaligen Initiative in den Vorstand des Elternbeirates gewählt wurden und vollständig das Vertrauen der Eltern genießen.

Um den Kampf geschlossen fortführen zu können, brauchen wir vor allem das Recht der Selbstbestimmung über die schulischen Angelegenheiten. Nichts darf über die Köpfe der Eltern hinweg diktiert werden. Weder Rektor noch Schulrat noch Regierungspräsidium haben wir nötig. Der ganze Schulaufsichtsbereich ist überflüssig. Den Willen der Eltern, der Schüler und Lehrer ausführen können nur ihre Vertretungsorgane wie Elternrat, Personalrat und Schülervertretung, und das mit imperativem Mandat – d.h. die Richtlinien müssen von der Mehrheit der Eltern, Lehrer und Schüler festgelegt werden. Das ist die einzig mögliche Verwirklichung von Demokratie in der Schule und der Kampf dafür bedeutet die Aktivierung aller Kräfte. In der Konsequenz zielt das ab auf die Errichtung der Kontrolle des Volkes über sein Erziehungswesen.

Gegenwärtig steigt die Jugendarbeitslosigkeit ständig, Lehrstellen sind für eine immer größere Anzahl von Jugendlichen nicht mehr zu kriegen. Wie wirkt sich eine solche Perspektive auf die Hauptschüler aus?

Schulen wie unsere haben die Funktion, eine Minimalqualifizierung der Ware Arbeitskraft zu erzielen. Mit einer Ausbildung wie bei uns werden die Kinder später Hilfsarbeiter, Arbeitslose oder – infolgedessen – Kriminelle. Nach der Grundschule werden die Kinder sortiert: wenige „Gute" aufs Gymnasium, die Mittleren auf die Realschule und die große Masse von „Dummen" auf die Hauptschule. An den Hauptschulen dann verschärft die völlig ungenügende Ausbildung mit Unterrichtsausfall, Lehrerwechsel usw. die Lage. Unsere Schulabgänger sind kaum in der Lage, deutsche Sätze fehlerlos niederzuschreiben oder rechnerische Probleme zu lösen. Dies verhindert von vornherein, daß sie eine Lehrstelle und damit eine qualifiziertere

stelle und damit eine qualifiziertere

Ausbildung erhalten – selbst wenn dort eine gute Facharbeiterausbildung gegeben würde. Die Fähigkeiten unserer Kinder verrotten, die Konkurrenz unter ihnen verschärft sich, sie werden bestenfalls Hilfsarbeiter.

Im Bewußtsein der Kinder drückt sich diese elende Perspektive auch aus. Beispiel: Kinder unserer Schule lösten immer wieder Bombendrohungen aus, wodurch die Schule geräumt werden mußte (der Rektor antwortete mit Schulverweis). Oder: Schüler der fünften Klassen stürmten als Rollkommando eine Kindertagesstätte und terrorisierten Kinder und Leiterin. Oder: Schüler der neunten Klasse nahmen ihren Klassenraum auseinander, zertrümmerten das Mobiliar, zerstörten die Schulbücher und schlugen faustgroße Löcher in die Wände (der Rektor will für den entstandenen Schaden die Aufsicht, einen jungen Referendar, regreßpflichtig machen). Oder schließlich: Während des sich häufenden Unterrichtsausfalls gehen die Schüler in Kaufhäuser und stehlen, was ihnen unter die Finger kommt.

Die dumpfe und zunächst ziellose Wut unserer Kinder, die sich in solchen Aktionen Luft macht, muß gegen die sie bedrückende Schulmisere und die dafür Verantwortlichen gerichtet werden und in Aktionen mit klarer politischer Stoßrichtung umgewandelt werden. Das wird nur möglich sein, wenn man gegen die Klassenschule insgesamt und gegen die Spaltung der Schüler angeht und für ein vereinheitlichtes Schulwesen eintritt, das eine Ausbildung gewährleistet, die ihre Fähigkeiten entwickelt, ihnen die Einsicht in die gesellschaftlichen Zusammenhänge verschafft und sie nicht zu dumpfen Arbeitstieren degradiert.

Wie werden Sie den Kampf in der nächsten Zeit weiterführen?

An der Schule selbst sind unsere wichtigsten Forderungen für die nächste Zeit: vollständige Renovierung der Günthersburg-Schule und Herstellung menschenwürdiger Verhältnisse; genügend Planstellen für vollständigen Unterricht; Stützkurse für Legastheniker, Ausländer und lernbehinderte Kinder. Zusätzliche Einstellung von Lehrbeauftragten für Zusatz- und Nachholkurse.

Nachholkurse.

Wir haben aber auch im bisherigen Kampf die Erkenntnis gewonnen, daß die Lersner-Schule kein Ausnahmefall, sondern typisch für die Schulverhältnisse in Hessen ist, und daß die Schulfragen sowieso nicht Fragen sind, die allein die „Betroffenen", also Eltern, Lehrer und Schüler, angehen, sondern das ganze Volk. Wir haben uns deshalb über die Schule hinaus in einer Initiative im Stadtteil organisiert, um zu gemeinsamen und schließlich auf Stadt und Land übergreifenden Aktionen zu kommen, deren Richtung und Ziel ich vorhin schon genannt habe. Einen wichtigen Faktor in unserer Arbeit werden die Gewerkschaften bilden, vor allem GEW, ÖTV und DGB. Da die Schulfrage eine Frage ist, die das ganze Volk angeht, soll sie über die Initiative in die Betriebe und Büros getragen werden. Entscheidend wird es sein, die einzelnen Aktionen, die jetzt an vielen Schulen stattfinden, zum gemeinsamen und einheitlichen Kampf zusammenzufassen.

Suspendierung wegen Singens der „Internationale" wird nicht hingenommen

Eppelheim. Gegen die Suspendierung der Lehrerin Ursel Daum haben Eltern ihrer Klasse (17 von 29) in einem offenen Brief an das baden-württembergische Kultusministerium, Protest eingelegt. In dem Brief heißt es u.a.: „Frau Daum wird vorgeworfen, sie sei Kommunistin und halte sich nicht an die politische Treuepflicht eines Beamten. Es wird ihr vorgeworfen, daß sie auf einer CDU-Veranstaltung, auf der Kultusminister Hahn sich den Fragen der Heidelberger Bevölkerung stellen mußte, zusammen mit etwa 400 Menschen die ‚Internationale' mit erhobener Faust gesungen hat. (Aus der Suspendierungsverfügung: ‚Erschwerend kommt hinzu, daß die Beschuldigte dieses Verhalten in Gegenwart ihres obersten Vorgesetzten, des Kultusministers, an den Tag legte.')

Wenn Frau Daum die Ungerechtigkeit dieses Schulsystems anprangert, so beruht dies auf ihrer langjährigen Praxis und ist ihr gutes Recht. Wir brauchen keine Lehrer, die vor ihren Vorgesetzten buckeln und uns Eltern verschweigen, was in der Schule geschieht.

Wir lehnen es ab, daß Lehrer aufgrund ihrer politischen Einstellung vom Oberschulamt diszipliniert bzw. wie im Falle von Frau Daum des Dienstes enthoben werden. Wir, Eltern der Klasse 4 c, fordern die sofortige Aufhebung der Suspendierung der Lehrerin Daum. Wir schätzen Frau Daum als eine gute Lehrerin, die sich intensiv und gewissenhaft um unsere Kinder kümmert."

Als auf einer Wahlveranstaltung des KBW in Eppelheim über die Suspendierung diskutiert wurde, wurde die Lehrerin von einer Mutter kritisiert. „Sie wollten es allen recht machen. Jetzt sehen Sie, daß das falsch war. Diejenigen, die um Sie herumgeschwänzelt sind, unterstützen Sie nicht. Nur die Arbeiter stehen auf Ihrer Seite."

Schulstreik wegen Unterrichtsausfall von 50 Prozent

Wilhelmshaven. An der Wiesenhof-Schule (Grundschule) haben die Eltern der Kinder aus den Klassen 1 d und 1 e einen eintägigen Schulstreik durchgeführt. Sie waren nicht länger bereit, einen Unterrichtsausfall von rund 50 Prozent hinzunehmen bzw. es bei Resolutionen zu lassen, die in den Papierkörben der Schulbehörde landeten.

Schüler besetzten das Regierungspräsidium

Hannover. Mehrere Stunden besetzten Schüler der Gesamtschule Roderbruch das Regierungspräsidium und verlangten die sofortige Einstellung eines Musiklehrers. Seit Wochen haben 50 Schüler keinen Musiklehrer, obwohl sie darauf für ihre Abiturprüfung angewiesen sind. Als das Regierungspräsidium ein Ultimatum der Schüler verstreichen ließ und behauptete, arbeitslose Musiklehrer seien nicht bekannt, beschlossen sechs Kurse, das Regierungspräsidium zu besetzen, „weil diese Herren eine andere Sprache nicht verstehen". Trotz Verbots wurde am anderen Tag eine Vollversammlung durchgeführt und vor den Klassenräumen Streikposten aufgestellt, um die Fortführung des Unterrichts zu verhindern. Nur drei Schüler blieben zurück, als die rund 180 Schüler zum Regierungspräsidium aufbrachen. Im ersten Stock wichen die Schüler drei Stunden nicht von der Stelle. Als schließlich Polizei, darunter mehrere Zivilpolizisten, anrückte, zogen sich die Schüler vor der Polizeigewalt zurück.

Demonstrationen für selbstverwaltete Jugendzentren

Osnabrück. 300 Jugendliche demonstrierten am 20.3. für ein unabhängiges Jugendzentrum. Nach zweijährigem Kampf hatte die Stadt vor wenigen Wochen in einem Vertrag ein selbstverwaltetes Haus zusichern müssen. Kurz darauf hatte sie die Zusicherung wieder zurückgezogen. Dagegen rief eine Aktionseinheit aus 22 Organisationen und Vertretungskörperschaften, von der Katholischen Jugend bis zu den Kommunisten, auf. Auf der Demonstration marschierte die Klöckner-Jugend mit einem Transparent vorneweg. Auf der Kundgebung sagte der Sprecher des Bundes der katholischen Jugend, die Jugendarbeitslosigkeit, das neue Jugendarbeitsschutzgesetz und der wachsende Druck auf die Jugend zwinge die Jugend zum Kämpfen. Der Vertreter des KBW griff das Finanzkapital als Verantwortlichen für die elende Lage der Jugend an und rief die Jugend auf, sich gegen den Imperialismus und für den Sozialismus zusammenzuschließen.

Neu-Isenburg. 200 Jugendliche demonstrierten am 12. März in Neu-Isenburg gegen die Versuche der Stadt, den selbstverwalteten Jugendclub Club Voltaire zu zerschlagen.



Oldenburg. Weithin leuchtet die Forderung des Volkes.

„Seelische Unreife"

Indikation „Seelische Unreife" gemäß § 218 schrieb in Hannover eine Ärztin in ein Gutachten für eine junge Arbeiterin. Wir haben in der KVZ Nr. 10 darüber berichtet, daß Mitglieder des Komitees gegen den § 218 die schwangere Frau zur Beratungsstelle und zu den behördlich ermächtigten Gutachtern begleitet hatten. Sie hatte dort erklärt: Die Möglichkeit, das Kind vernünftig aufzuziehen, besteht nicht. Ich bin arbeitslos, wegrationalisiert. Mein Freund ist Lehrling, kriegt 300 DM. Die Zwei-Zimmer-Wohnung ist winzig. Es gibt keinen anderen Ausweg als eine Abtreibung. Sie hat auf ihrem Recht auf eine Abtreibung bestanden.

Die Gutachter haben eine legale Abtreibung eingeräumt. Weil Druck gemacht worden ist. Nichtsdestoweniger stellt dieses Gutachten eine einzige Demütigung und Erniedrigung dar. Das Kind dürfe abgetrieben werden, weil die Mutter „seelisch unreif" sei. Nicht die sozialen Verhältnisse sind „unzumutbar", um ein Kind unter menschenwürdigen Umständen aufzuziehen, die Frau ist „unzumutbar", für die Aufzucht eines Kindes zu blöd, minderwertig, eben „seelisch unreif".

Kein Zweifel: Der § 218 ist sinnentsprechend zur Anwendung gebracht worden. Zwar wird ausnahmsweise einer Abtreibung mit dem Segen des Gesetzes zugestimmt, aber nur indem ausdrücklich jedes Recht auf eine Abtreibung verweigert wird. Das Gesetz räumt ihr kein Recht ein, wegen der schlechten Verhältnisse, in denen sie leben muß, den aufgezwungenen Ausweg zu gehen. Wenn ihr Kind nicht aufgezogen wird, dann trage einzig und allein sie die Schuld. Denn es mangele ihr an der nötigen „seelischen Reife".

Das Gesetz bestraft sie in diesem Falle nicht mit Gefängnis, sondern durch Demütigung und durch Anhängen von Schuldgefühlen. Der Gedanke, etwas anderes als sie selbst sei schuld an ihrer Notlage, der soll ihr ausgetrieben werden.

Der Fall zeigt gut, das Gesetz verfährt nach dem Prinzip: Die Ausnahmen sollen die Regel bestätigen. Der § 218 stellt die Abtreibung unter Strafe, wer abtreibt ist für das Gesetz ein Verbrecher. Ein Recht auf Abreibung gibt es nicht. Gesellschaftliche Verhältnisse, die zu Abtreibungen zwingen, kennt das Gesetz nicht. Aber die Tatsache, daß die übergroße Mehrzahl der Abtreibungen aus sozialer Not vorgenommen werden, läßt sich nicht gänzlich beiseiteschieben. Das Gesetz, das alte und das neue, legt deshalb Ausnahmen fest, eng umgrenzte „Indikationen". Wo das Elend zu krass ist, läßt das Gesetz die Frau durch einen Arzt für „krank" oder „seelisch unreif" erklären. Sie hat das Recht auf § 51. Dazu muß sie sich vorher auf die Knie drücken lassen und ihr „Geständnis" ablegen, wie die Funcke das ausdrückte.

Es verhält sich hier nicht anders als überall da, wo jemand von der staatlichen Fürsorge abhängig gemacht worden ist. Es wird von ihm abverlangt, daß er sich selbst für schuldig erklärt und mit Vorhaltungen ohrfeigen läßt. Kein Wunder, daß mancher Rentner lieber verhungert ist, als sich von einem Sozialamt schikanieren und erniedrigen zu lassen. Von einem Staat, der mit seiner Armee und Polizei, mit seinen Richtern und Gefängnissen das gesellschaftliche Elend gewaltsam aufrechterhält, damit das Kapital seinen Profit macht.

Den Zwang der sozialen Verhältnisse in eine Frage der persönlichen Schuld zu verwandeln, das ist für den bürgerlichen Staat allerdings eine Lebensnotwendigkeit. Würde er zugeben, daß es die gesellschaftlichen Verhältnisse sind, die immer wieder zu Abtreibungen zwingen, er würde zugeben, daß diese herrschenden Verhältnisse radikal verändert werden müssen. Das wäre für die herrschende Klasse tödlich. Das fürchtet sie.

Die Indikation „seelische Unreife" verrät über den § 218 noch etwas anderes. Es wird daran deutlich, für die Mitglieder der besitzenden Klassen ist auf jeden Fall gesorgt. Sofern nötig, ist der legale Weg zu einer Abtreibung kein Problem. Die feine Dame hat schließlich eine feinausgebildete Seele mit all ihren Empfindlichkeiten. Und es gibt genügend Spezialisten, die sich mit diesen Leiden auskennen.

Hamburg. Das Komitee gegen den § 218 Barmbek hat den Arbeitern von Heidenreich & Harbeck, die gegen die Stillegung des Werks kämpfen, eine Solidaritätserklärung zugesandt.

Hausdurchsuchung in mehreren Städten

In verschiedenen Städten fanden in den letzten Tagen Hausdurchsuchungen bei KBW-Mitgliedern durch die Polizei statt. Am Vormittag des 22.3. drangen ohne richterliche Anordnung in Kaiserslautern 6 Zivilpolizisten in die Wohnung des KBW-Ortssekretärs ein und nahmen ihn und einen weiteren Genossen mit auf die Wache, wo sie erkennungsdienstlich behandelt wurden. Fotos und Fingerabdrücke wurden von ihnen gemacht. Die Begründung war, daß sie verdächtig sind, in der Stadt Parolen gegen den § 218 an öffentliche Einrichtungen angebracht zu haben. Nach der erkennungsdienstlichen Behandlung wurden die Genossen wieder freigelassen. In Karlsruhe wurde beim KBW-Landtagskandidaten Rolf Letzig vor Tagen eine Hausdurchsuchung durchgeführt, mit richterlichem Durchsuchungsbefehl. Ebenfalls wegen Parolen, die an öffentlichen Gebäuden angebracht wurden. Die Wohnung ist durchsucht worden und jedes einzelne Zimmer wurde fotografiert.

Eine Notiz in der „Stuttgarter Zeitung" vom 22. März

„Tip" zur Abtreibung bestraft

zz. PFULLENDORF, Kreis Sigmaringen. Weil ihre 23jährige Kollegin nach einem Monat Schwangerschaft völlig verzweifelt einen Weg zur Abtreibung suchte, gab ihr eine 21jährige Bedienung aus Pfullendorf „einen Tip". Die 21jährige kannte einen deutschen Arzt, „der mit Spritzen und Tabletten helfen kann". Die Freundin befolgte den Rat, die Abtreibung kam heraus, und es folgte eine Verurteilung vor Gericht. Doch auch die 21jährige stand jetzt vor dem Richter. Wegen Beihilfe zum Schwangerschaftsabbruch wurde sie zu einer Geldstrafe von 400 Mark verurteilt. Ihr konnte nachgewiesen werden, was die 21jährige freiwillig einräumte: Sie hatte die Anschrift des Arztes genannt. Daß sie dafür freilich mit einer angesichts ihrer derzeitigen Arbeitslosigkeit hohen Geldstraße büßen muß, konnte die verurteilte Frau nicht verstehen.

Bremen

1 500 demonstrierten gegen die Erhöhung der Sozialmieten

Bremen. Vergangenen Freitag haben acht Bremer Mieterinitiativen aus mehreren Stadtteilen eine Demonstration gegen die Erhöhung der Sozialmieten für 40 000 Wohnungen durchgeführt. Die Mieten dieser Wohnungen sollen ab 1. April um 30 bis 50 DM teurer werden.

Beschlossen worden war diese Erhöhung vor einem Dreivierteljahr durch den Bremer Senat. Im Auftrag des Finanzkapitals hat er durch eine Zinserhöhung die staatlichen Wohnungsbaukredite für die von 1948 bis 1962 gebauten Sozialwohnungen verteuert. 12 Millionen pro Jahr sollen so über die erhöhten Mieten abgepreßt werden. Den Weg für dieses erneute Räuberstück hatte das Parlament in Bonn mit einer Änderung des Wohnbindungsgesetzes freigemacht, die im letzten Jahr beschlossen worden ist.

An der Demonstration beteiligten sich 1 500 Menschen, darunter viele ältere Arbeiter, die oft mit ihrer ganzen Familie gekommen waren, und viele Rentner. Viele, die sich an der Demonstration nicht hatten beteiligen können, erwarteten den Demonstrationszug auf dem Kundgebungsplatz.

Schon in den Wochen vorher hatten die Bremer Tageszeitungen, der Rundfunk und das Fernsehen laufend über die Proteste gegen die Mieterhöhungen und über die Vorbereitung der Demonstration berichten müssen. Der Widerstand gegen diesen neuen unverschämten Raubzug des Senats war unüberhörbar gewesen und hatte überall Unterstützung gefunden.

Die Demonstration war eine klare Kampfansage an den Senat. Daß Bittschriften an den Senat nichts nützen, darüber hatten die Betroffenen in den vorausgegangenen Monaten genügend eigene Erfahrungen machen können. Daß bei den bürgerlichen Gerichten nur die Interessen des Senats und seiner Auftraggeber gut aufgehoben sind, war praktisch erwiesen. Die von der DKP und ihren Rechtsgelehrten von der Bremer Universität angestrengten Musterprozesse waren verloren worden.

Daß von den bürgerlichen Parteien nichts zu erwarten war, hatten deren Politiker auf zahlreichen Mieterversammlungen zu erkennen gegeben. Sie hatten dort die Mieterhöhungen und das gesamte Ausplünderungsprogramm des Senats, einschließlich der angekündigten Fahrpreiserhöhungen, ausdrücklich verteidigt.

Auf Initiative des KBW entstanden Mieterräte und Mieterinitiativen, die bald untereinander Verbindung aufnahmen und die Zusammenarbeit organisierten. Als dann vor zwei Wochen das Schreiben mit der Ankündigung der Mieterhöhung in die Wohnungen flatterte, war klar: Der Senat bleibt hart. Es gibt nicht ohne Kampf. Noch mehr hat es den Zorn und die Kampfentschlossenheit gesteigert, als am Abend vor der Demonstration der Bremer Bausenator Seifritz in der Nordschau erklärte: „Es gibt keine Rücknahme der Erhöhung! Die Mieterinitiativen verfolgen bornierte engstirnige Interessen!"

„Keine Erhöhung der Sozialmieten! Keinen Pfennig mehr als bisher!" setzten die Demonstranten mit Transparenten und Sprechchören dem entgegen. Die vom KBW vorgeschlagene Losung: „Weg mit den Mieterhöhungen! Mietboykott!", die den nächsten Kampfschritt angibt, wurde bald im ganzen Demonstrationszug gerufen. Ebenso wurden die Forderungen gegen die Fahrpreiserhöhungen und gegen die ganze Ausplünderung durch den Staat immer wieder gerufen. So wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Tributzahlungen an den parasitären Staatsapparat abgelehnt und das ganze Ausplünderungsprogramm nicht hingenommen wird.

Hatte es noch vor der Demonstration Versuche vor allem von seiten der DKP gegeben, die roten Fahnen und die Ziele der Arbeiterklasse in dieser Demonstration zu unterdrücken, so hat die Mehrheit der Demonstranten unterstützt, daß die Fahne der Arbeiterbewegung mitgeführt und daß der Sozialismus in dieser Bewegung vertreten wird. Es ist nicht gelungen, die Bewegung gegen die Mieterhöhungen einzuschnüren auf eine besondere „Mieterbewegung", sie von den Interessen der Arbeiterklasse zu trennen und den Widerspruch zur bürgerlichen Staatsmacht abzustumpfen. Das gelang um so weniger, als der Senat ein großes Polizeiaufgebot anmarschieren und von den Balkonen des Bremer Rathauses seine Spitzel die Kundgebung fotografieren ließ. Unter den Demonstranten, von denen viele überhaupt zum ersten Mal demonstrierten und die sich zum ersten Mal so dem staatlichen Gewaltapparat gegenübersahen, hat dies große Empörung ausgelöst.

Auf der Kundgebung wurde in den Reden das Wohnungselend und die gesamte Lage der arbeitenden Massen angeprangert. Grußadressen eines Betriebsrats von Klöckner, des Ausbildungspersonalrats des Zentralkrankenhauses und von 6 Studiengangsausschüssen an der Universität wurden verlesen. Geschlossen wurde die Kundgebung damit, daß dem Senat ein Mietboykott angedroht wurde, falls die Erhöhungen nicht zurückgenommen werden. Dafür ist der Boden gut, das hat die Demonstration gezeigt.

Der KBW hat dazu vorgeschlagen, im Mai für einen Monat die Mietzahlung geschlossen zu verweigern, um dem Senat so einen wirksamen Schlag zu versetzen und die Gegnerschaft zu der Ausplünderungspolitik des Senats deutlich zum Ausdruck zu bringen. – (m., Bremen)

Sozialwohnungen

„Nach Einordnung in die Preisgruppen des Mietwohnbestandes gehören die neuesten öffentlich geförderten Wohnungen zu der Gruppe der teuersten Mietwohnungen, die mit Mieten von 5,– DM pro qm und mehr höchstens 15 % des Gesamtbestandes umfaßt." (Aus dem Jahresbericht 1975 der „Neuen Heimat")

Bei den Mietern von Sozialwohnungen beträgt die durchschnittliche Mietbelastung 16 % des Haushaltsnettoeinkommens (Kaltmiete). Bei Einkommen unter 1 000 DM liegt die Belastung bei 24 % (dabei ist das Wohngeld noch außer Acht gelassen!).

Daß dabei die Familien mit mehreren Kindern nicht „überdurchschnittlich" belastet sind, liegt einzig daran, daß sie auf engstem Raum zusammengepfercht sind.

Im sozialen Wohnungsbau betrug die Durchschnittswohnfläche pro Person 23,2 qm, also für die Mehrheit weniger. Nach der Wohnungsstichprobe von 1972 sind zwei Drittel aller Sozialwohnungen nur zwischen 40 und 80 qm groß.

Überhaupt haben von den Familien mit zwei und mehr Kindern zwischen 15 und 18 Jahren über die Hälfte nicht für jeden ein Zimmer.

Für über 200 000 Kinder gibt es kein eigenes Bett, sagt die Statistik. Dabei sind in der Untersuchung aber vier Millionen Familien, die in Unterkünften oder mit anderen Familien zusammenleben, nicht berücksichtigt.

Seit der letzten Wohngeldanhebung im Januar sind die Sozialmieten um etwa 15 % gestiegen, doppelt so schnell wie die sonstigen Mieten. Der deutsche Mieterbund schätzt, daß von den 1,65 Millionen Haushalten, die auf Wohngeld angewiesen sind, über die Hälfte mit ihrer Miete inzwischen über den geförderten Höchstbeträgen liegt, also praktisch jetzt schon die Haushalte voll selbst tragen.

Jahresumsatz der „Neuen Heimat" 1974: 5 Milliarden DM.

Vorstandsvorsitzender Vietor: 400 000 DM pro Jahr.



Bremen. Abmarsch der Demonstration am Hauptbahnhof.

Blockadeaktion gegen Fahrpreiserhöhungen in Offenbach

Offenbach. Gegen Fahrpreiserhöhungen zwischen 30 und 100 Prozent hatte der KBW am 18. März zu Protestaktionen aufgerufen. Auf der Frankfurter Straße wurde die Straßenbahn blockiert. Bis zum Ladenschluß wurde die Blockade immer wieder tatkräftig von bis zu 200 Passanten unterstützt, obwohl die Polizei mehrfach mit Gewalt die Schienen vorübergehend räumte. In der Stadtverordnetenversammlung, die am selben Tag über die Erhöhung beschließen sollte, wurde die Entscheidung erst einmal aufgeschoben. Die Stadtverordneten hatten sich hinter Polizei verschanzt und bei der Ankunft der Demonstranten die Eingangstür schließen lassen.

Resolution zur Tarifrunde im öffentlichen Dienst

Darmstadt. Die Vollversammlung der Fachhochschule Darmstadt vom 18.3. erklärt sich solidarisch mit dem Kampf der Beschäftigten im öffentlichen Dienst für eine einheitliche Lohnerhöhung von 135 DM mehr für alle. Diese Forderung ist die richtige Antwort auf die Pläne der Regierung, den Lohnabbau zu betreiben und überall auf Kosten des Volkes zu sparen. Die Durchsetzung dieser Forderung verhindert, daß die unteren Lohngruppen ins Elend gestoßen und als Manövriermasse in der Hand der Regierung gegenüber allen Beschäftigten eingesetzt werden kann. Auch wir Studenten müssen gegenwärtig verhindern, daß gerade diejenigen, die keine reichen Eltern haben, durch die Verschärfung der Prüfungsbedingungen vom Abschluß der Ausbildung ausgeschlossen und auf die Straße geworfen werden. Wir haben daher allen Grund, mit den Kollegen im öffentlichen Dienst solidarisch zu sein. (Einstimmig angenommen, mit fünf Enthaltungen)

Streikurabstimmung

Mainz. In der ersten Vorlesungswoche des neuen Semesters fand an der Fachhochschule Mainz I eine Vollversammlung mit über 200 Studenten statt. Ende des letzten Semesters hatte das Kultusministerium den AStA der Fachhochschule für nichtexistent erklärt und die studentischen Gelder (bei heute 27 000 Mark) beschlagnahmt. Als Vorwand hatte das Kultusministerium angegeben, die von den Studenten verabschiedete Satzung und Wahlordnung sei von ihm nicht genehmigt worden. Nach der AStA-Amtsenthebung erklärte das Kultusministerium offen, ihm passe das politische und imperative Mandat nicht. Gegen diesen Angriff des Kultusministeriums hatte sich an der FHS eine „Aktionsgruppe zur Verteidigung studentischer Rechte" gebildet, mit dem Ziel, diesen Angriff des Kultusministeriums zurückzuschlagen. Auf der jetzigen Vollversammlung sprachen sich die Studenten geschlossen für Aktionen zur Erhaltung des AStA und gegen das Kultusministerium aus. Mehrheitlich wurde beschlossen, eine Urabstimmung über einen Streik durchzuführen, während es Differenzen in der Frage gab, ob der Streik auf eine Woche befristet sein soll oder unbefristet durchgeführt werden soll. Die Befürworter des befristeten Streiks sehen nicht, daß wir für unsere gerechten Forderungen solange aktiv kämpfen müssen, bis sie erfüllt sind. Diese Forderungen sind: Sofortige Anerkennung des AStA mit politischem und imperativem Mandat! Sofortige Herausgabe der studentischen Gelder! Zur Duchführung des Streiks hat sich die Aktionsgruppe jetzt an die Ausarbeitung eines Streikprogramms gemacht. – (r., Mainz)

gabe der studentischen Gelder! Zur Duchführung des Streiks hat sich die Aktionsgruppe jetzt an die Ausarbeitung eines Streikprogramms gemacht. – (r., Mainz)

Erfolgreicher Vorlesungsboykott

Darmstadt. Nach einem einwöchigen Boykott der Vorlesungen vom 15. bis 19.3. am Fachbereich Chemie der Fachhochschule Darmstadt, an dem sich die weit überwiegende Mehrheit aller Studenten beteiligte, wurde eine drastische Verschärfung der Prüfungsbedingungen durch Fachbereich und Hochschulleitung wieder zurückgenommen. Bisher konnten wir, um in einem Fach erfolgreich abzuschließen, viermal die Prüfung machen, und mit Genehmigung des Prüfungsamtes hatten wir zwei weitere Anläufe zur Verfügung. Ab diesem Semester sollten wir nur noch zwei Anläufe haben und einen dritten mit Genehmigung durch das Prüfungsamt. Und das bei zirka zehn Klausuren pro Semester mit Durchfallquoten um die 40 Prozent pro Klausur. Diese Neuregelung hätte bedeutet, daß rund die Hälfte von uns während des Studiums auf die Straße gesetzt worden wäre. Durch den Vorlesungsboykott konnten wir aber diese Maßnahme zurückschlagen. – (m., Darm-

Ein „Fälscher" und notorischer Querulant

Bremen. Seit Dienstag letzter Woche läuft in Bremen ein Prozeß gegen vier ehemalige Studentenvertreter, gegen die der Kunstprofessor Duwe Anklage wegen „schwerer Beleidigung" gestellt hat. Um seine Vorstellungen über das Kunststudium durchzusetzen, hat er das Protokoll einer Arbeitsgruppe, in der er mit seiner Meinung nicht durchgedrungen war, gefälscht. Von den Studenten war er deshalb völlig zu Recht in einem Info als „Fälscher" und „notorischer Querulant" angegriffen worden, was ihn aus seiner Ehre brachte. Zum ersten Prozeßtag erschienen 150 Studenten. Das Gericht schränkte daraufhin die Öffentlichkeit auf gut 30 Personen ein, nachdem zuvor die vor dem Gerichtssaal stehenden Studenten von einem „Mobilen Einsatzkommando" überfallen worden waren. Drei Studenten wurden dabei willkürlich verhaftet. Aber auch am zweiten Prozeßtag, zu welchem das Gerichtsgebäude von der Polizei gleich militärisch besetzt worden war, versammelten sich viele Studenten vor dem Gericht, während wiederum nur 30 eingelassen wurden. Dem Duwe samt Richter und Staatsanwalt hat dies aber nichts genutzt, denn unter tatkräftiger Mithilfe der anwesenden Öffentlichkeit konnte Punkt für Punkt nachgewiesen werden, daß Duwe ein „Fälscher" und „notorischer Querulant" ist. Auche ine Ordnungsstrafe gegen einen anwesenden Studenten von 200 Mark half da nichts. Vor dem Gericht wurden daraufhin 210 Mark gesammelt.



Aachen. Durch einen Bewirtschaftungsstopp der Studentenwohnheime will die Landesregierung jetzt den seit vier Jahren laufenden Mietstreik der Studenten zerschlagen. Außerdem hat sie die Zuschüsse für das Studentenwerk e.V., zu dessen Vermögen die Wohnheime gehören, gestrichen. Am 18.3. verfügte darauf ein Gericht die Eröffnung des Konkursverfahrens über das Vermögen des Studentenwerkes e.V. Aber auch durch diese Maßnahme konnte das Ministerium den Mietstreik nicht zerschlagen. Für Donnerstag nächster Woche haben die Aachener Studenten eine Demonstration beschlossen: „Der Mietstreik geht trotzdem weiter"

Fachhochschule für Technik Mannheim:

„Das war ein guter Anfang"

Mannheim. Nach dem Mensaboykott, den wir an der Fachhochschule für Technik gleich zu Anfang des neuen Semesters durchführten, sagen bei uns alle, das war ein guter Anfang.

Im Januar, mitten in den Prüfungen zweifelten bei uns viele daran, ob wir es schaffen würden, die Einheit der Studenten gegen die staatliche Ausplünderungspolitik zustande zu bringen. Weil die meisten doch nur ans Büffeln denken würden.

Es war vollkommen klar, daß wir wegen der Preiserhöhungen allein die Studenten nicht geschlossen auf die Barrikade bringen würden. Doch weil die meisten von uns merken, daß trotz büffeln, wegen der Studienverschärfung und der Verschlechterung der finanziellen Verhältnisse immer mehr das Studium abbrechen müssen, wächst die Bereitschaft, sich gegen solche Preiserhöhungen zur Wehr zu setzen.

Seit die Studentenwerke gegen den Widerstand der Studenten aus selbstverwalteten Einrichtungen zu staatlichen Ämtern gemacht wurden, geht das so: Höhere Preise in Cafeteria und Mensa, höhere Mieten in den Studentenwohnheimen, 15 DM Studentenwerksgebühren, mit denen wir die Verwaltungskosten dieses Amtes bezahlen sollen und dann Erhöhung nach Erhöhung.

Immer mehr Studenten merken deshalb auch, daß es eine Frage von Besitz und Reichtum der Eltern ist, unter welchen Umständen und mit welchem Erfolg man sein Studium beenden kann, oder ob man es überhaupt beenden kann, weil man nachts als Taxifahrer oder morgens als Zeitungsverkäufer arbeiten muß.

Auf der Vollversammlung, die wir gleich nach dem Mensaboykott durchführten, und auf der ca. 100 Studenten da waren, haben wir deshalb auch beschlossen, einen Boykott der Studentenwerksgebühren zu initiieren. Das Mensapreisboykottkomitee, worin sich etwa 20 Studenten zusammengetan haben, hat deshalb folgende Erklärung geschrieben, für die wir alle Semester gewinnen wollen, über die wir in den Semestern diskutieren und dann dort abstimmen.

„Wir, die Gegner der Mensapreiserhöhung, stellen fest. 1. Daß die Erhöhung der Mensa- und Cafeteriapreise trotz unseres dreitägigen Mensaboykotts nicht zurückgenommen wurde. 2. Daß die anstehenden 15 Mark Studentenwerksgebühren einen weiteren Angriff auf die finanzielle Lage der Studenten bedeutet. 3. Daß, seitdem die Studentenwerke nicht mehr in studentischer Hand sind, diese zunehmend vom Staat gegen uns benutzt werden, was sich zeigt in Mieterhöhungen der Studentenwohnheime, in Mensapreiserhöhungen, in Gebührenerhöhungen und in der Vergabe der Ausbildungsförderung, die von einem Recht auf Ausbildungsförderung einen Bittstellungsgang durch einen Wald von Paragrafen und Vorschriften macht. Daraus folgt für uns, daß unser Widerstand mit dem Mensaboykott noch nicht abgeschlossen sein kann, daß Aktionen wie der Boykott der Studentenwerksgebühren durch alle Studenten ein geeignetes Mittel ist, den Preissteigerungen und Gebührenerhöhungen des Studentenwerks, die wir nicht bezahlen können, entgegenzutreten, daß das Studentenwerk nur im Dienst der Studenten stehen kann, wenn es von uns selbstverwaltet und durch den Staat finanziert wird. Das heißt aktuell für uns, daß wir, die Studenten der Fachhochschule für Technik, die von uns abverlangten 15 Mark Studentenwerksgebühren nicht bezahlen werden.

Mit dieser Unterschriftensammlung wollen wir in dieser Woche beginnen, so daß die Front steht, bevor die Zahlscheine uns ins Haus flattern. Das ist eine gute Voraussetzung, denn das Studentenwerk wird es sicher nicht versäumen, uns mit dem Ausschluß aus dem Studium zu drohen, wenn wir nicht zahlen. Doch wir sind zuversichtlich, denn der Mensaboykott hat gezeigt, daß es möglich ist, die Einheit der Studenten zu erreichen. Gleichzeitig sind wir der Meinung, daß es notwendig ist, daß wir uns mit den Studenten an den anderen Hochschulen zusammenschließen. Deshalb haben wir durch einen Beschluß auf der Vollversammlung unseren AStA beauftragt, sich auf der Mitgliederversammlung der VDS, die nächste Woche stattfindet, für einen einheitlichen Streik einzusetzen. – (m., Mannheim)

Studentenparlament der Pädagogischen Hochschule Kiel:

das so: Höhere Preise in Cafeteria und „Wir, die Gegner der Mensapreiser-

Studentenparlament der Pädagogischen Hochschule Kiel:

Kampfprogramm für die Rechte der Studenten vorgelegt

Kiel. Am vergangenen Montag hat die Mehrheit des Studentenparlaments der Pädagogischen Hochschule einen Vorschlag für ein Kampfprogramm der VDS und die nächsten Schritte im Kampf für seine Durchsetzung an die Mitgliederversammlung der VDS verabschiedet und den Allgemeinen Studentenausschuß beauftragt, dafür auf der in der kommenden Woche stattfindenden VDS-MV einzutreten. Der Beschluß des Studentenparlaments begründet die Notwendigkeit, einheitliche Forderungen der Studentenschaften zu erheben, die den Zusammenschluß der Studentenbewegung gegen die Politik der herrschenden Klasse und ihres Staatsapparates im Kampf für die Rechte der Studenten ermöglichen, und schlägt vor:

„Angesichts dieser Lage ist die bundesweite und bundeseinheitliche Aktion aller Studenten Westdeutschlands und Westberlins für ihre Rechte dringlicher als je zuvor. Diese Aktion wird nur dann eine Kraft entwickeln können und Wirkung haben, wenn sie getragen ist durch eine möglichst große Klarheit und Einheit unter den Studenten über die Forderungen, die in dieser Lage zu erheben sind. Die Studentenschaft fordert:

– Uneingeschränkte Meinungsfreiheit, uneingeschränktes Recht auf Versammlung, Streik und Organisation an der Hochschule! Weg mit dem Ordnungsrecht!

– Recht auf Bildung von Vertretungskörperschaften mit Politischem Mandat, Satzungs- und Finanzhoheit! Anerkennung der Organe der Studentenschaft als Vertreter der Studenten!

– Gesetzliche Anerkennung des Einspruchsrechts der Studentenvertretungen gegen Maßnahmen, die Studien- und Prüfungsbedingungen betreffen! Keine Erhebung von Lehr- und Lernmittelgebühren!

– Kostendeckende Ausbildungsförderung durch Anhebung der Elternfreibetragssätze und der Förderungssätze! Weg mit der Darlehensregelung! 1 500 DM, mindestens 1 200 DM Elternfreibetrag und 600 DM Ausbildungsförderungssatz! Kontrolle der Studentenvertretungen über die Mittelvergabe!

– Selbstverwaltung aller studentischen Sozialeinrichtungen und Finanzierung durch den Staat!

– Übernahme aller Referendarsanwärter in den öffentlichen Dienst! Einstellung aller Lehrer! Arbeitslosengeld für alle Hochschulabgänger, die keine Arbeit finden!

– Aufhebung aller gesetzlichen Bestimmungen, die die freie wissenschaftliche Betätigung an der Hochschule einschränken! Weg mit dem Ministerpräsidentenerlaß und den politischen Entrechtungsmaßnahmen im öffentlichen Dienst – sofortige Einstellung aller Überprüfungen und Anhörungen!

Für diese Forderungen bzw. Teile von ihnen ist an vielen westdeutschen und Westberliner Hochschulen während der VDS-Aktionstage durch Urabstimmungen, Demonstrationen, Streiks und andere Kampfmaßnahmen eingetreten worden.

Angesichts der Lage der Studenten und der Pläne der Regierungen kommt es darauf an, dieses Kampfprogramm bundesweit und mit geeigneten Kampfmaßnahmen zu erheben. Deshalb schlagen wir eine bundeseinheitliche Urabstimmung für diese Forderungen vor, auf deren Grundlage dann ein bundesweiter Streik organisiert werden kann. Das Studentenparlament beauftragt den AStA der Pädagogischen Hochschule, auf der VDS-MV für diese Forderungen und den Vorschlag zur Aktion einzutreten."

Das Studentenparlament der Pädagogischen Hochschule Kiel beschloß bei zwei Gegenstimmen des weiteren eine Resolution zur Unterstützung des Lohnkampfes der Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Darin heißt es: „Wir begrüßen insbesondere die Maßnahmen (z.B. Kundgebung der Postler in Kiel) der Kollegen und Belegschaften im öffentlichen Dienst, die dazu geeignet sind, die 135-DM-Forderung gegenüber dem öffentlichen Dienstherrn durchzusetzen."

Weiterhin beschloß das Studentenparlament eine Resolution gegen die Maulkorbparagraphen 88 a/130 a und fordert: Weg mit den Maulkorbgesetzten, dem 88 a und dem 130 a! Weg mit dem Radikalenerlaß! Weg mit dem KPD-Verbot! Zum Schluß der Resolution heißt es: „Das Studentenparlament der Pädagogischen Hochschule Kiel verpflichtet sich, auch im nächsten Semester zum Kampf gegen die Maulkorbgesetze an der Pädagogischen Hochschule beizutragen."

Vor der Mitgliederversammlung der VDS:

Ungewohnte Offenheit

Vor der Mitgliederversammlung der VDS:

Ungewohnte Offenheit der DKP-Studenten

Wer eine Lumperei auf dem Herzen hat, wird sie geheimhalten solange als möglich. Gegenwärtig wird an den Hochschulen die für die kommende Woche einberufene Mitgliederversammlung der Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS) vorbereitet. In diesem einheitlichen Dachverband für die Studentenschaften aller Hochschulen sind gegenwärtig ungefähr 180 Studentenschaften zusammengeschlossen, die mehr als 600 000 Studenten vertreten.

Aus Kiel haben wir jetzt ein Dokument erhalten, das in ungewohnter Offenheit die Hoffnungen, die von den DKP-Studenten in diesen Kongreß gesetzt werden, zeigt. Die DKP-Studenten traten in einem Antrag im Studentenparlament der dortigen Pädagogischen Hochschule dafür ein, zu beschließen: „Wir sprechen uns dafür aus, daß die Arbeit der VDS auf der Grundlage einer Politik, wie sie *im Aufruf zur Aktion im letzten Wintersemester zum Ausdruck kam*, und bei *Beibehaltung der gegenwärtigen Vorstandszusammensetzung* (die dem Kräfteverhältnis an den Hochschulen entspricht) auch nach der VDS-MV fortgesetzt wird. Wir werden *Änderungsanträge zur Hauptresolution*, die *im Sinne dieser Politik gestellt* werden, zustimmen. Wir werden *Aktionen* unterstützen, die *in diesem Sinne* auf der MV diskutiert werden."

„In diesem Sinne". Vertreter von ungefähr 180 Studentenschaften in Westdeutschland und Westberlin sollen in Köln zusammenströmen, um den DKP-Studenten zu bestätigen, daß Aktionen der Studenten den Sinn haben, die gegenwärtige Vorstandsbesetzung beizubehalten. Es ist gewiß nichts Ehrenrühriges, um Funktionen in den Vertretungskörperschaften zu kämpfen. Trotzdem ist die Klebrigkeit, mit der die Revisionisten an solchen Funktionen hängen, ekelhaft.

Denn welchen Inhalt muß eine Politik haben, die sich bloß noch auf den Proporz berufen kann? Es geht um die Abstumpfung der Widersprüche an der Hochschule. „In diesem Sinne" haben die DKP-Studenten gemeinsam mit den Sozialdemokraten im vergangenen Semester im Vorstand der VDS einen Putsch in Szene gesetzt, um den Studentenverband in ein Instrument der Versöhnung zwischen den Kämpfen der Studentenbewegung und der Reaktion des bürgerlichen Staates zu verwandeln. Bewerkstelligt wurde dieser Putsch mit dem Aufruf des VDS-Vorstandes zu Aktionen im Wintersemester. Darin wird die von der Gründungsversammlung beschlossene Linie des Kampfes für die Rechte unf Forderungen der Studenten gegen den bürgerlichen Staat durch die von der Gründungsversammlung ausdrücklich abgelehnte Propaganda der „Mitbestimmung an der Hochschule" ersetzt, die ein Mittel ist, um die Studentenbewegung zu entwaffnen und vom Kampf abzuhalten.

„Im Sinne dieser Politik" soll die Hauptresolution revidiert werden, das ist das Anliegen der DKP-Studenten. Da ist es nicht erstaunlich, daß sie unter Berufung auf den Proporz auftreten und sich nicht trauen, diese Politik mit Namen zu nennen. Sie widerspricht der Erfahrung der Studentenbewegung. Außerdem müßte man sich offen auf den Putsch im Vorstand berufen, mit dem diese Politik eingeleitet wurde. Die DKP-Revisionisten setzen darauf, daß die Studenten von dem Intrigenspiel, das sie regelmäßig vor, während und vor allem nach Kongressen in Szene setzen, so angewidert sind, daß man ihm nicht auf die Schliche geht. Und worauf anderes können Versprechen zu Aktionen „in diesem Sinne" denn hinauslaufen als auf Bittgänge an die Regierung und Bittstellerei gegenüber den Kultus- und Hochschulbehörden? Das können die Revisionisten aber nicht offen zugeben.

Mit diesem Versuch, ihre Vorstandsposten zu erhalten, die Propaganda der „Mitbestimmung" durch den Verband abzusichern, und mit dem Versprechen von Aktionen „in diesem Sinne" sind die DKP-Studenten im Studentenparlament an der Kieler Pädagogischen Hochschule nicht durchgekommen, wie der nebenstehende Bericht über die Studentenparlamentssitzung zeigt. Das ist gut.

Kantinenboykott erfolgreich begonnen

Koblenz. Seit Dienstag letzter Woche boykottieren die Soldaten der Pionierkaserne in Koblenz die Kantine. Vier Tage dauert der Boykott nun erfolgreich an. Die Pionierkaserne ist mit die kleinste Kaserne in Koblenz. Es gibt nur eine Kantine und der Pächter nutzt diese Situation brutal aus, denn morgens oder mittags bleibt keine andere Wahl, als bei ihm zu kaufen. so hat er seit Beginn des Jahres einige Preise erhöht, besonders an den meistgekauften Waren. Die sogenannte Kantinenreform haben wir nur vom Papier her erfahren, der Geldbeutel ist am Ende immer genauso leer wie früher.

Das Grundwarensortiment hat keine Ware verbilligt, ganz im Gegenteil: Es enthält nur niedere Qualität, die keiner kaufen kann.

In der NATO-Pause sieht das so aus: Laut Grundwarensortiment soll kosten:

Milch	0,60 DM
(Kakao ist nicht enthalten)	
Brötchen mit 40 g Hartwurst	0,40 DM
Brötchen mit 10 g Margarine	0,45 DM
Brötchen mit 10 g Butter	0,50 DM

Was wir in der NATO-Pause zahlen ist:

Milch und Kakao	0,70 DM
Wurstbrötchen	0,70 DM
Käsebrötchen	0,70 DM
Kuchen	0,70 DM

Weiter macht der Kantinenpächter den großen Reibach und verdient sich an uns dick und fett. Er kann das, weil er eine Monopolstellung hat, weil wir in Kasernen leben, dem Kasernenzwang unterliegen, und dort an jedem Widerstand gehindert werden.

Die Vorbereitung des Boykotts: eine Soldatenversammlung

Die erste Auseinandersetzung um die Kantine ergab sich, als ein Soldat aus der Panzerpionierkompanie 140 (PzPi 140) unserem Kantinenpächter Frank einen Wucherorden überreichen wollte. Dieser beschimpfte uns nur, wir seien vom Verein der „Roten Dachse" und er erteilte dem Soldaten Kantinenverbot. Die Empörung über dieses Verhalten war groß und wir verließen geschlossen die Kantine, an diesem Abend verdiente er nichts mehr.

Daraufhin riefen das Soldaten- und Reservistenkomitee und die Aktion demokratischer Soldaten, die Soldatengruppe der DKP, zu einem gemeinsamen Treffen auf, um einen Boykott der Kantine zu besprechen. Über 30 Soldaten aus 4 verschiedenen Kompanien (7 Kompanien gibt es in der Pionierkaserne) stimmten einstimmig für den Boykott der Kantine und beschlossen die Gründung eines Kantinenkomitees. In diesem Komitee sind je 2 Soldaten aus der PzPi 140 und der 2./3. und 5. Kompanie des schweren Pionierbataillons 850 vertreten, jeweils der Vertrauensmann oder ein stellvertretender Vertrauensmann. Das Komitee hat die Aufgabe, den Boykott vorzubereiten, ihn zu leiten, die Auseinandersetzungen mit Frank und dem Bataillon zu führen, Kontakt mit den anderen Kompanien aufzunehmen.

Auf dem Treffen berichtete ein Soldat von einer Abstimmung in der PzPi 140, wo sich von 80 Soldaten 78 für einen Boykott und zwei dagegen aussprachen.

Ein Aufruf zum Kantinenboykott wurde beschlossen unter den Forderungen: Kantinenpreise zum Einkaufspreis! Weg mit dem Kantinenpächter Frank!

Die DKP, die den Druck übernehmen sollte, sabotierte die Aktion der Soldaten, druckte den Aufruf nicht ab mit der lächerlichen Begründung, es sei kein Impressum vorhanden gewesen. Daraufhin erst rückte der Soldat von der Aktion demokratischer Soldaten damit raus, daß die Forderungen nicht richtig seien, sie würden zu weit greifen und wären jetzt nicht durchsetzbar. Die DKP sabotierte dadurch die beginnende Bewegung der Soldaten in der Pionierkaserne und nutzte ihre technischen Möglichkeiten aus, um die Bewegung auf ihre Linie zu bringen. Vorgeschlagen wurden nun die Forderungen: Einschneidende Preissenkungen! Mitspracherecht der Soldaten bei der Preisgestaltung!

Diesen Forderungen trat das Soldaten- und Reservistenkomitee entschieden entgegen, da sie den selbständigen Kampf der Soldaten kanalisieren und weiterhin die Ausplünderung durch einen Kantinenpächter aufrecht erhalten. Die Schwäche in dieser Auseinandersetzung war, daß es nicht gelang, die Soldaten breit in die Auseinandersetzung mit einzubeziehen.

Geeinigt hat man sich dann auf die Forderungen: Einschneidende Preissenkungen! Kontrolle der Vertrauensleute über die Kantine! und als weitergehende Forderung, die laut Aktion demokratischer Soldaten vielleicht später mal durchgesetzt werden kann: Weg mit dem privaten Kantinenpächter, Regelung durch Zivilangestellte, die von der Bundeswehr bezahlt werden!

Das schändliche Verhalten der DKP und der Aktion demokratischer Soldaten, die so versucht hatten, die Bewegung voll auf ihre reformistische Mühle zu lenken, führte zu einer Hinauszögerung des Boykotts, das bei vielen Soldaten zuerst Verwirrung schuf. Wichtigste Voraussetzung für den Boykott war die Selbstorganisierung von Getränken und Essen. Einige Kompanien versorgten sich selbst fast ganz, indem stuben- oder zugweise eingekauft wurde, in anderen Kompanien waren auf jeden Fall Ansätze dazu vorhanden.

Erster Tag des Boykotts: Boykott-Posten vor der Kantine

In der NATO-Pause und der Mittagspause waren nie mehr als 20 bis 25 Soldaten in der Kantine. Wir sind ca. 700 Soldaten im Bataillon und früher mußte man immer eine Viertelstunde anstehen bis man etwas bekam, heute hatte man drei Bedienungen für sich allein.

Während der gesamten Öffnungszeit standen Posten vor dem Kantineneingang, die mit den Soldaten diskutierten, manchmal standen über 10 Soldaten vor dem Eingang als Posten.

Am Abend gehen noch weniger Soldaten in die Kantine. Gegen 18 Uhr erschien dann plötzlich Oberstleutnant Michel, Kommandeur des 5. sPiBtl 850 und Kasernenkommandant, vor dem Kantineneingang. Er ließ sich Meldung machen, was hier vorginge, dann befahl er sofort zwei Soldaten, zurück in die Kompanie zu gehen. Die anderen Soldaten versuchte er durch Lügen zu beeinflussen. Die Jusos, Judo und alle noch weiter links stehenden Organisationen wollten die Vertrauensmänner abschaffen und Soldatenräte aufbauen. Da ihnen dies nicht gelänge, versuchten sie es über solche Kantinenkomitees. Die Soldaten sollten sich von denen nicht ausnutzen lassen! Doch keiner der Soldaten sprach darauf an, so befahl er auch sie alle zurück in die Kompanien.

Doch der Boykott hatte begonnen.

Zweiter Tag: Der Boykott steht!

Heute waren noch weniger Soldaten in der Kantine und wieder standen Posten vor dem Eingang, obwohl Oberstleutnant Michel dies zu einer politischen Veranstaltung erklärt hatte und das sei ja auf Kasernengelände verboten.

Frank, der nicht gedacht hatte, daß der Boykott wirklich zustande kommt, reagierte mit Bestechungen und Spaltungsversuchen. So schloß er den Zigarettenautomaten vor der Kantine, und man konnte nur noch innen welche bekommen, er wollte verschiedenen Soldaten Freigetränke ausgeben, doch die lehnten ab. Auf seine Tricks fiel kaum einer rein, auch nicht als die Bedienungen sich an einen Tisch setzten, Zigarillos rauchten und Sekt tranken. Ganz im Gegenteil, häufig kamen Soldaten, brachten leere Flaschen, holten ihr Pfand dafür und gingen wieder, oder gingen hinein, um Geld zu wechseln.

Die Selbstorganisierung nahm sprunghaft zu. Der San-Bereich versorgt sich selbst, abends grinsen sich die Soldaten zu, wenn sie kästeweise getränkeschleppend in die Kaserne kommen. Die Ausbildungskompanie, die es am schwersten hat, zeigte ihre Unterstützung, in dem Soldaten sagten: Zu dem gehen wir nicht mehr, wir trinken halt Leitungswasser. Doch auch hier entwickeln sich Formen der Selbstorganisierung. Am Abend saßen fast 10 Soldaten auf den Treppen zur Kantine und tranken eigene Getränke, und Frank schloß seinen Laden schon um 20 Uhr. Sonst wird die Kantine erst um 22 Uhr dicht gemacht

Dritter Tag: Ein Kasernenbefehl erscheint ...

Die Front der Soldaten steht weiter, die Soldaten, die in die Kantine gehen, konnte man an den Fingern abzählen.

Oberstleutnant Michel stellt sich nun voll auf die Seite von Frank. Er gibt die Namen der Posten an die Kompanien weiter. Einem der Soldaten wird verboten, ab sofort noch einmal NATO-Pause zu machen. Es erscheint ein Kasernenbefehl, der aussagt: Das Herumstehen, Herumsitzen und Herumlungern im Wirtschaftsgebäude zum Kantineneingang und vor dem Wirtschaftsgebäude ist verboten.

Überall stieß der Befehl auf Empörung und gleichzeitig auf Gelächter, denn er bewies nur wie Michel in der Enge ist. Einmal stehen nun die Posten eben an den Zufahrtswegen zur Kantine und zum anderen sind kaum mehr Posten notwendig, da der Boykott sich bei den meisten Soldaten verankert hat.

Vierter Tag: Abstimmungssieg in einer Kompanie

In der 2. Kompanie des sPiBtl 850 wird eine Abstimmung durchgeführt, von den 80 Soldaten sind 75 für den Boykott und 5 enthalten sich. Das ist nach der PzPiKp 140 die zweite Kompanie, die die Aktion voll unterstützt.

Eine Schwäche im Boykott trat ein bei der Mittagspause, wo ca. 30 Soldaten in der Kantine waren. Grund dafür ist das schlechte Mittagessen an diesem Tag und daß kurz zuvor Wehrsoldzahlung war.

Doch der Boykott wurde dadurch nicht gebrochen, sondern er wird weitergehen und verstärkt müssen wieder die Posten in Aktion treten. Wenn das Bataillon schon lange darauf wartet, den Posten Anzeigen wegen Zusammenrottung und Meuterei anzuhängen, wird es die ganze Kaserne anzeigen müssen. Das Kantinenkomitee, das sich jeden Tag getroffen hatte, um die weiteren Schritte zu besprechen, beschloß die Herausgabe eines neuen Aufrufs, um den Boykott nach dem Wochenende weiterzuführen. Die Voraussetzungen sind dazu da. – (Ein Soldat des sPiBtl 850)



Bundeswehr-Soldaten in Nordnorwegen

Norwegen: Proteste gegen Anwesenheit deutscher und britischer Truppen

17000 Soldaten aus 7 NATO-Ländern nehmen zur Zeit an einem Manöver in Nord-Norwegen teil. Das Manöver, „Atlas Express", ist das größte seit 1954. Es soll dazu dienen, Norwegen als Kriegsschauplatz zu testen angesichts der massiven sozialimperialistischen Militärmacht auf der Halbinsel Kola.

Das Manöver soll Solidarität der NATO-Länder demonstrieren. Aber das hat schon in den ersten Tagen nicht ganz geklappt. Denn die Solidarität, die die Generäle befehlen, ist offensichtlich eine andere als die, die die Soldaten wollen. So protestierten norwegische Soldaten dagegen, daß zum erstenmal seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges wieder deutsches Militär auf norwegischem Boden stand, eine Sanitätskompanie von 200 Mann. Vor allem aber wurde scharf gegen die Anwesenheit von britischen Einheiten protestiert. In vielen Kasernen Nord-Norwegens wurden Beschlüsse zur Unterstützung des Kampfes der isländischen Fischer gefaßt und Transparente aus den Fenstern gehängt mit Parolen wie: „Solidarität mit Island! Englische Truppen raus aus Norwegen!" – (r., Kiel)

BGS-Offiziere provozieren ÖTV-Delegation

In der März-Ausgabe des ÖTV-Magazins ist der Bericht einer ÖTV-Delegation abgedruckt über ihren Besuch bei der Grenzschutzschule Lübeck. In dieser Schule wird besonders der Offiziersnachwuchs des BGS ausgebildet und weitergebildet. Der ÖTV-Delegation wurde dort ein Ausschnitt aus dem Ausbildungsprogramm für die angehenden Offiziere gezeigt. In dem Bericht der Delegation heißt es: „Die jungen Grenzschützer müssen sich bei diesem Besuch der Delegation der Gewerkschaft ÖTV mit einem heiklen Problem befassen: Fahrzeugmarsch einer Einheit in ein Streikgebiet." Die ÖTV-Delegation vermerkt dazu, daß über diesen Auftrag von den Offiziersanwärtern keinerlei Fragen gestellt wurden. Das jedoch ist weniger verwunderlich, denn wer als zukünftiger BGS-Offizier etwa Zweifel darüber äußert, ob es richtig ist, auf den Einsatz gegen streikende Arbeiter oder gegen die Volksmassen überhaupt vorbereitet zu werden, wird kein Offizier. Die widerspruchslose Durchführung der Übung drückt nur die vollkommene Söldnermentalität dieser Bürgerkriegsarmee aus. Um so erstaunlicher ist, daß kein einziges Mitglied der ÖTV-Delegation den Charakter der Übung aufgedeckt und gegen diese Offiziersprovokation Front gemacht hat, denn deutlich wird daran, daß der BGS eine Bürgerkriegsarmee ist.

Ausgangsverbot und Geldstrafe

Schwanewede/Bremen. Gegen einen Soldaten von der 3. Batterie des Panzerartilleriebataillons 325 in Schwanewede wurden 16 Tage verschärftes Ausgangsverbot verhängt, weil er am 21.2. in Bremen „an einer Demonstration des KBW gegen den § 218 in Uniform" teilgenommen hat. Mit der gleichen Begründung wurde ein Soldat der Fla-Staffel MFG 3/Nordholz mit einer Disziplinarstrafe von 100 DM bestraft. An der Demonstration in Bremen, die vom Komitee gegen den § 218 veranstaltet und von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und politischen Organisationen, darunter vom KBW, unterstützt wurde, haben 1200 Menschen teilgenommen, darunter mehrere Soldaten in Uniform.

Eine halbe Stunde im Leben eines Gefreiten

Delmenhorst, 12. März, Caspari-Kaserne:

16.50 Uhr, 10 Minuten vor Dienstschluß, ich betrete das Zugführerbüro und begrüße die Anwesenden mit einem „Guten Abend". Der Zugführer Stobbe, Leutnant seines Zeichens – jung und schneidig frisch vom Offiziers-Lehrgang – fordert mich auf, meine „Reservistenkordel" abzunehmen. Die Soldaten tragen eine solche Kordel zum Zeichen, daß sie noch weniger als 90 Tage beim Bund zu verbringen haben. Auf die wiederholte Frage, warum und seit wann es verboten ist, diese Kordeln zu tragen, bekomme ich nur zu hören, ich soll sie abnehmen, mehr nicht. Ich beuge mich.

Jetzt fordert er mich auf, vor die Tür zu gehen, anzuklopfen, wieder hereinzukommen und eine vorschriftsmäßige Meldung (Männchen bauen) zu machen. Die Entgegnung, daß ich beim Betreten seines Büros beide Hände voll hatte, also gar keine Meldung machen konnte, beeindruckt ihn nur insoweit, daß er wütend auf seinem Befehl besteht. Du Schnösel, denke ich, baue mit einem Lächeln auf den Lippen mein Männchen und melde, daß ich jetzt da bin (melde mich zurück). Jetzt fragt er mich, ob ich das zum Lachen finde. Die Antwort, daß ihn das gar nichts angeht, oder ob er mir befehlen will, wie ich meine Gesichtszüge zu richten habe, läßt ihn sprachlos im Dreieck springen – der Herr Leutnant verbietet mir, noch ein Wort zu sagen!

Kaum verlasse ich das Büro, drückt mir ein Stabsunteroffizier die Schlüssel für unsere KFZ-Halle in die Hand und sagt, ich solle meinen LKW vom Abstell-Platz in die Halle fahren. Auf die Frage, warum? – wo doch die meisten LKWs auf dem Platz stehen, kommt nur die Antwort, ich soll es eben tun. Der Leutnant kommt dazu und fordert mich lautstark auf, sofort den Befehl des Stabsunteroffiziers auszuführen, und daß mich die Gründe gar nichts angehen. Die Entgegnung, ob er einem Menschen das Recht absprechen wolle, die Frage „Warum?" zu stellen, beantwortet er mit „Verschwinden Sie!" Gänzlich zum Kochen kam der feine Herr, als ich es mir verbat, von ihm mit solchen Redewendungen wie „Verschwinden Sie" angesprochen zu werden.

Kaum hatte ich meinen LKW bestiegen und war auf die Straße gefahren, kam der Leutnant im Privatwagen angerauscht, stoppte mich und fragte, woher ich die Berechtigung zum Fahren hätte. Ich entgegnete, daß das ihn nichts angeht, da ich nur mit einem Fahrer fahren würde, und ich muß doch wissen, daß dies bei der Bundeswehr verboten ist. Durch die Erklärung, daß mir niemand zugeteilt worden ist, ließ er sich zu der Redewendung hinreißen, dann hätten sie doch fragen können, worauf meine Antwort war: „Das Fragen haben Sie mir doch verboten, Herr Leutnant!"

Dieser schneidige Leutnant Stobbe bringt mehr als deutlich die Geisteshaltung der ganzen Kaste von Offizieren zum Ausdruck, die ganze Arroganz, mit denen sie auf die Mannschaften herabblicken und die ganze kleinliche Gehässigkeit, mit denen sie versuchen, die Mannschaften zu Marionetten zu machen.

Wenn ich mir solche Leute wie den Earl of Dünsen* (Leutnant Stobbe wird seit der letzten und seiner ersten Übung von den Kameraden wegen seiner Bornierheit so genannt) ansehe, kann ich mir es gut vorstellen, wenn mein Vater mir erzählt, daß in den Schützengräben des II. Weltkrieges so mancher Offizier nicht durch eine Kugel von vorn, sondern von hinten gestorben ist. – (Gefreiter S., Soldaten- und Reservistenkomitee Delmenhorst, 4. Nachschubbataillon, Sonderwaffen 120)

* Dünsen ist der Name des Standortübungsplatzes.

Spanien:

Manöver der Regierung gegen Koalitionsfreiheit

Vitoria kann sich täglich wiederereignen, schreiben Korrespondenten aus Spanien. Die Streikbewegung ist keineswegs vorbei, wenngleich man auf Grund der bürgerlichen Presse diesen Eindruck bekommen muß. Über die Streiks, die nach wie vor stattfinden, über die Kämpfe der Studenten gegen das erneute Regiment der Polizeiknüppel an den Universitäten berichtet derzeit die bürgerliche Presse nicht.

Tatsächlich befindet sich das spanische Regime in einer tiefen Krise, die durch die Ereignisse von Vitoria besonders deutlich wurde und sich weiter darin zeigt, daß in spanischen Zeitungen der Rücktrit der Regierung Arias gefordert wird. Die Wochenzeitung „Guadiana", die in aller Deutlichkeit diese Forderung nach den Ereignissen von Vitoria erhob, wurde von der Zensur kassiert. Journalisten haben daraufhin in Barcelona ihre erste Demonstration durchgeführt. Sie forderten „Pressefreiheit" und „Amnestie".

Um aus der Sackgasse herauszukommen, bereitet die Regierung vorsichtig eine Öffnung vor. An die Spitze der beiden wichtigsten Militärregionen hat sie zwei für liberal geltende Militärgouverneure plaziert.

Sodann sind nach tagelangen Beratungen mit dem König Juan Carlos Gesetzesänderungen im Strafrecht beschlossen worden, wonach in Zukunft solche Parteien zugelassen werden können, die sich nicht auf die faschistische Bewegung, die FFalange, beziehen. Ausgeschlossen bleibt aber auf jeden Fall die Zulassung der Revisionisten von der Kommunistischen Partei Spaniens (PCE) und der revolutionären Organisationen. Zweck der Maßnahme ist, den Christdemokraten und den Sozialdemokraten eine legale Existenz zu verschaffen für eine Regierungsbeteiligung der einen oder anderen Partei in der Zukunft.

Die Parteien haben darauf unterschiedlich reagiert. Die von den Revisionisten geführt „Demokratische Junta" und die von den Sozialdemokraten (PSOE) geführte „Plattform der demokratischen Veränderung" wollen eine gemeinsame Organisation schaffen. Zugleich wird aber gemeldet, daß die Christdemokraten, die Mitglied der „Junta" sind, sich zu spalten drohen.

Ob diese Öffnung aber überhaupt gelingt, ist keineswegs sicher. Denn die Gesetzesänderungen müssen von dem Ständeparlament, den Cortes, genehmigt werden. Dort aber steht die Mehrheit jeder Öffnung feindlich gegenüber. Der Chef der Falange-Partei, Giron, der zugleich Mitglied der Cortes und des Kronrats ist, erklärte am 19. März: Seine Freunde würden es nicht tolerieren, „wenn das von Franco ererbte autoritäre System verschwindet". „Mit gutem Willen" stehe er der Reform der Regierung gegenüber, „solange sie nicht die Grundlagen des Regimes angreift." Damit die Grundlagen des Regimes tatsächlich gesichert bleiben, hat die Regierung eine zweite Gesetzesänderung vorgenommen und an den Universitäten eine Reihe von Zugeständnissen rückgängig gemacht. Die Gesetzesänderung besteht darin, daß dem Strafrecht ein Artikel hinzugefügt wurde, der harte Strafen vorsieht gegen jeden, „der als Streikposten versucht, die freie Ausübung des Rechts auf Arbeit zu verhindern."

Auf derselben Linie liegt eine Anweisung an die Rektoren der Universitäten, nur noch solche Versammlungen der Studenten und Dozenten zuzulassen, auf denen sichergestellt ist, daß Fragen des Unterrichts und der Ausbildung zur Diskussion stehen und keine politischen Themen. Die Universitäten von Saragossa und Barcelona sind geschlossen worden. In Madrid sind die Studenten mehrfach von der Polizei aus den Räumen getrieben worden. Die Rektoren haben jede Ungesetzlichkeit an die Regierung zu melden. Der Hochschulminister will weder „physische Gewalt noch moralische Gewalt" dulden.

Inzwischen sind zwei der gewählten Vertreter der Arbeiter von Vitoria des Aufstands angeklagt worden. Ihnen drohen Strafen zwischen 6 und 12 Jahren Gefängnis. Im Baskenland hat die angekündigte Bestrafung ebensowenig Eindruck auf die streikenden Arbeiter gemacht wie die angekündigte Erhöhung des Mindestlohns, Die Kampfaktionen dauern an. Die Belegschaften des französischen Reifenkonzerns Michelin in Valladolid und Aranda-del-Dauro streiken jetzt über 40 Tage. In Italien und Frankreich haben sämtliche Michelin-Werke einen Solidaritätsstreik mit ihren spanischen Kollegen durchgeführt. In Barcelona sind 30000 Textil- und Metallarbeiter in den Streik getreten. Die 17000 Arbeiter des britisch-italienischen Reifenkonzerns Pirelli setzten ihre Kampfaktionen fort.

rungsbeteiligung der einen oder anderen Partei in der Zukunft.

Die Parteien haben darauf unterschiedlich reagiert. Die von den Revisionisten geführt „Demokratische Junta" und die von den Sozialdemokraten (PSOE) geführte „Plattform der demokratischen Veränderung" wollen eine gemeinsame Organisation schaffen. Zugleich wird aber gemeldet, daß die Christdemokraten, die Mitglied der „Junta" sind, sich zu spalten drohen.

Ob diese Öffnung aber überhaupt gelingt, ist keineswegs sicher. Denn die Gesetzesänderungen müssen von dem Ständeparlament, den Cortes, geneh-

ren Gefängnis. Im Baskenland hat die angekündigte Bestrafung ebensowenig Eindruck auf die streikenden Arbeiter gemacht wie die angekündigte Erhöhung des Mindestlohns, Die Kampfaktionen dauern an. Die Belegschaften des französischen Reifenkonzerns Michelin in Valladolid und Aranda-del-Dauro streiken jetzt über 40 Tage. In Italien und Frankreich haben sämtliche Michelin-Werke einen Solidaritätsstreik mit ihren spanischen Kollegen durchgeführt. In Barcelona sind 30000 Textil- und Metallarbeiter in den Streik getreten. Die 17000 Arbeiter des britisch-italienischen Reifenkonzerns Pirelli setzten ihre Kampfaktionen fort.

Frankreich:

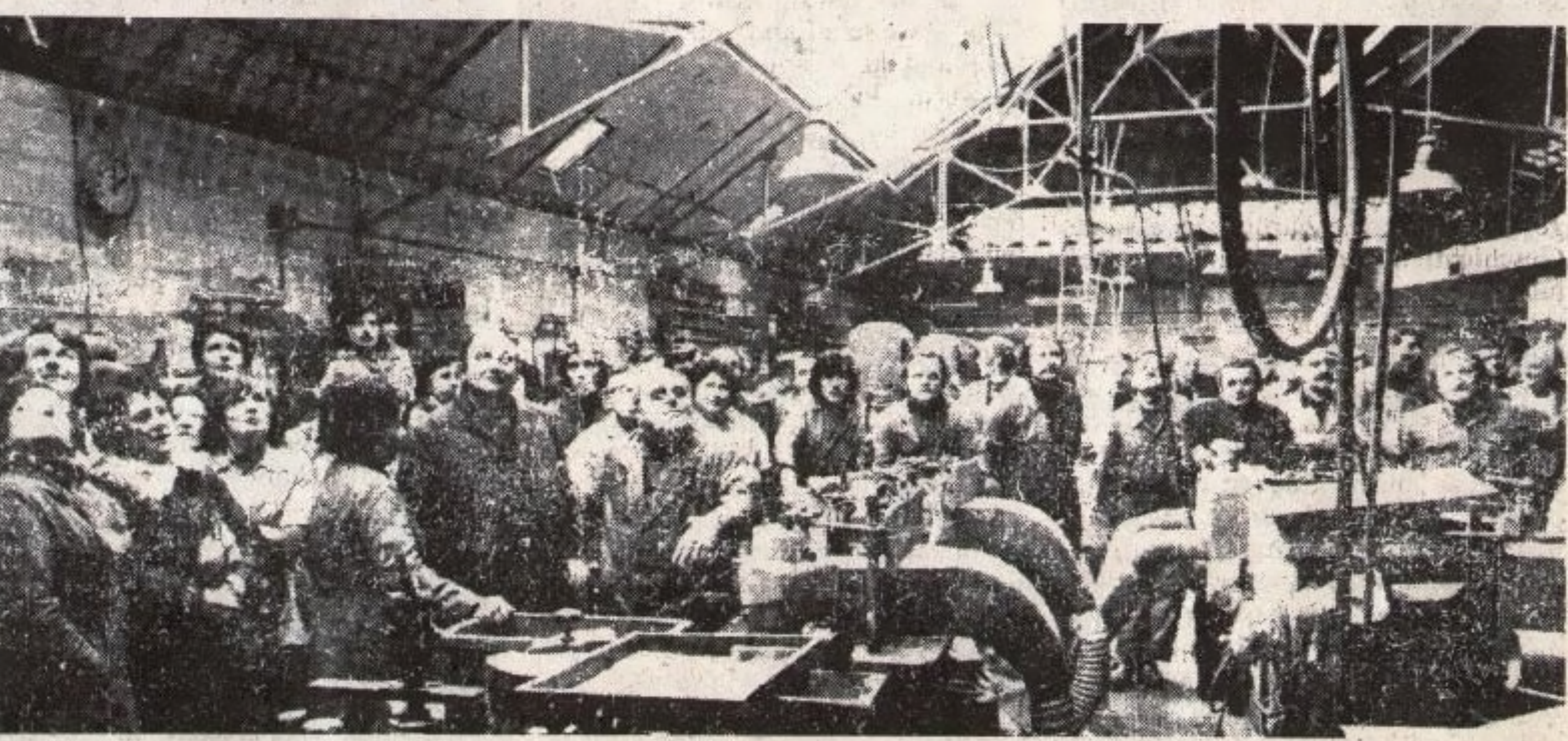
Streiks und Betriebsbesetzungen

In der vergangenen Woche haben die Gewerkschaften FO, FEN und CGC den von der Regierung angebotenen Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst angenommen. Die Annahme des Tarifvertrages, der bei einer jährlichen Inflationsrate von derzeit 14 % Gehaltserhöhungen für die Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes und der staatlichen Versorgungsbetriebe von 8,5 % vorsieht, geschah unmittelbar nach Beendigung eines Streiks der Eisenbahner, die gegen diesen Tarifvertrag sind. Unter den Arbeitern und Angestellten des öffentlichen Dienstes ist damit eine Spaltung eingetreten, die es der Regierung erleichtert, auf die Forderung nach einheitlicher Erhöhung der Löhne und Gehälter um 300 Francs im Monat nicht weiter einzugehen. Diese Forderung wurde von den Gewerkschaften CGT und CFDT vertreten. Am 9. März hatten in ganz Frankreich über Hunderttausend dafür gestreikt und demonstriert.

Streiks und Demonstrationen der Metallarbeiter fanden in den vergangenen Wochen in allen größeren Städten Frankreichs statt. Es geht den Arbeitern um die Erreichung eines neuen Rahmentarifvertrags sowie um neue Betriebsvereinbarungen. Dabei stehen die Metallarbeiter zugleich in einem harten Abwehrkampf gegen Betriebsschließungen, Kurzarbeit und Entlassungen.

Die Beschäftigten des Kranbauwerks Griffet in Marseille zum Beispiel „feierten" den Jahrestag ihrer Betriebsbesetzung, indem sie auf einer Hauptstraße in Marseille einen großen Kran aufstellten mit Spruchbändern gegen die Schließung des Betriebs. Unterschriften wurden gesammelt. Die 4000 Mann Belegschaft des Autozulieferbetriebs Ducellier im Departement Auvergne streikt seit Mitte Februar für einen Mindestlohn von 2000 Francs. In Nantes demonstrierten 2500 Metallarbeiter, um den Kampf des Wärmespeicherwerks Sannier-Duval für einen neuen Betriebstarifvertrag zu unterstützen. Weitere Aktionen wurden aus zahlreichen anderen Städten gemeldet.

Die Aktionen der Arbeiter, Angestellten, Schüler und Studenten sowie der Bauern im Süden des Landes (vgl. KVZ Nr. 11) verschärfen die politische Krise in Frankreich, die besonders daran deutlich wurde, daß die herrschende Regierungskoalition unter Präsident Giscard d'Estaing und Regierungschef Chirac bei den Lokalwahlen keine Mehrheit bekommen hat. – (nach französischen Zeitungen)



Frankreich: Besetzung einer Schuhfabrik durch die Belegschaft im Kampf gegen Stillegung.

Großbritannien: Rücktritt des Premierministers: Reaktion auf die Krise

Am 16. März ist für viele überraschend der englische Premierminister Harold Wilson zurückgetreten, was – nach eigenen Aussagen – bereits seit Dezember feststand. Egal ob richtig oder nicht – fest steht, daß sein Rücktritt Ausdruck der politischen und ökonomischen Krise Großbritanniens ist.

Vorletzte Woche erlitt die Labour Party im Parlament eine entscheidende Niederlage in ihrer Wirtschaftspolitik.

bei seinen Kollegen in Westdeutschland gefunden.

Im Volk regt sich – wenn auch sehr zersplittert und ziellos – der Widerstand: Vor zwei Wochen gingen in London in der größten Studentendemonstration nach dem Krieg mehr als 20000 Studenten auf die Straße, Lehrer in verschiedenen Teilen wollen Überstunden verweigern, die durch die wachsende Lehrerarbeitslosigkeit

tungen traditioneller Labour Wähler.

Und die zukünftigen Aufgaben drohen diese Krise noch zu verschärfen: Letzte Woche hat das nationale und internationale Finanzkapital die Labour Regierung eindringlich darauf aufmerksam gemacht, daß die Löhne der Arbeiter zu hoch sind, daß selbst die seit letztem Septemer verabschiedete „6 Pfund Politik", die Lohnerhöhungen mit Zustimmung der Gewerkschaftsführung von höchstens 6 Pfund

Großbritannien:

Rücktritt des Premierministers: Reaktion auf die Krise

Am 16. März ist für viele überraschend der englische Premierminister Harold Wilson zurückgetreten, was – nach eigenen Aussagen – bereits seit Dezember feststand. Egal ob richtig oder nicht – fest steht, daß sein Rücktritt Ausdruck der politischen und ökonomischen Krise Großbritanniens ist.

Vorletzte Woche erlitt die Labour Party im Parlament eine entscheidende Niederlage in ihrer Wirtschaftspolitik. Die Mitglieder der „Tribune Group", einer reformistischen etwa 35 Mann starken Gruppe von Parlamentsabgeordneten in der Labour Party, verweigerten ihre Unterstützung für den Feldzug gegen das englische Volk. Nach einem Vorschlag des Schatzkanzlers von Mitte Februar sollen die Staatsausgaben in den nächsten Jahren um etwa 10 Mrd. DM gekürzt werden bei gleichzeitiger Steuererhöhung. „Alle Briten", so der Premier, sollen davon betroffen sein, vor allem das Erziehungswesen soll am meisten zu leiden haben. Dagegen soll die „Industrie" angekurbelt werden, d.h. die Kapitalisten sollen von den Streichungen profitieren, „um neue Arbeitsplätze zu schaffen". Healey, der Finanzminister, hat – wie er einmal bewundernd feststellte – die Grundzüge dieser Politik bei seinen Kollegen in Westdeutschland gefunden.

Im Volk regt sich – wenn auch sehr zersplittert und ziellos – der Widerstand: Vor zwei Wochen gingen in London in der größten Studentendemonstration nach dem Krieg mehr als 20000 Studenten auf die Straße, Lehrer in verschiedenen Teilen wollen Überstunden verweigern, die durch die wachsende Lehrerarbeitslosigkeit „notwendig" sind. Eltern haben sich gegen die Verschlechterung der Ausbildungssituation gewehrt und Streiks in den verschiedensten Branchen gegen Stillegungen und Arbeitslosigkeit sind an der Tagesordnung. Wie das Fernsehen am 21.3. zeigte, stehen Zehntausende von Arbeitern im Kampf. In den Industriezentren und besonders in London haben mehrere große Demonstrationen der Arbeiter stattgefunden.

Der Partei droht damit eine Spaltung, wie die wütenden Reaktionen der Parteispitze gegen die „Tribune Group" beweisen. Doch damit nicht genug: Bei zwei Nachwahlen am folgenden Tag verlor die Labour Party erheblich an Stimmen, verursacht durch einen hohen Prozentsatz von Enthaltungen traditioneller Labour Wähler.

Und die zukünftigen Aufgaben drohen diese Krise noch zu verschärfen: Letzte Woche hat das nationale und internationale Finanzkapital die Labour Regierung eindringlich darauf aufmerksam gemacht, daß die Löhne der Arbeiter zu hoch sind, daß selbst die seit letztem Septemer verabschiedete „6 Pfund Politik", die Lohnerhöhungen mit Zustimmung der Gewerkschaftsführung von höchstens 6 Pfund pro Woche zulassen, zu hoch ist. 5 bis 6 **Prozent**, also die Rückkehr zu Prozentforderungen, werden empfohlen, was bei einer Inflationsrate von gegenwärtig etwa 24 % lächerlich ist.

Damit sind auch die „Aufgaben" genannt, die der zukünftigen Labour Regierung bevorstehen: Der Widerstand im Volk, vor allem in der Arbeiterklasse, muß unterdrückt werden, um die Interessen des in- und ausländischen Kapitals erfüllen zu können. Dazu ist eine Ausrichtung der Labour Party notwendig, denn wie auch aus der erwähnten Fernsehsendung hervorging, kann nach Auffassung der britischen Kapitalisten nur die Labour Party die Arbeiterklasse und die Volksmassen in Schach halten. – (B., England, mit wenigen redaktionellen Ergänzungen)

Sowjetunion schaltet sich in alle Kapitalgeschäfte ein

Ein wesentliches Kennzeichen des Imperialismus ist der Kapitalexport. Seit etwa 1960 hat die Sowjetunion etwa 40 Konzerne außerhalb der RGW-Staaten aufgebaut, vor allem auf dem Gebiet des Bank-, Finanz-, Versicherungs- und Schiffahrtwesens sowie in der Holzwirtschaft. Die Gesellschaften sind mehrheitlich in sowjetischem Besitz und entsprechend hält die Sowjetunion die Mehrheit im Aufsichtsrat. Das geht aus einem Bericht hervor, der kürzlich in der Schweizerischen Handelszeitung erschienen ist.

Die Gesellschaft Nafta-B in Belgien verkauft Erdöl in ganz Europa. „Ferchimex" wurde 1972 in Belgien gegründet und verkauft chemische Produkte und Kunstdünger. Die „Scaldia-Wolga" importiert Einzelteile sowjetischer PKWs, baut sie zusammen und liefert vor allem nach Belgien und in die Schweiz. In den Niederlanden wurde 1972 die „Elorg" gegründet, um Computer zu verkaufen.

Die „Moscow Norodny Bank" in London ist auf den europäischen Devisen- und Finanzmärkten sowohl als Kreditnehmer als auch als Kreditgeber tätig. So bietet sie „Finanzierungsmöglichkeiten" für Exporte westlicher imperialistischer Länder an die Dritte Welt. Um noch besser in die internationalen Finanzgeschäfte einsteigen zu können, hat sie zwei Tochtergesellschaften gegründet, die „Mosnar Investment Holding Company Ltd." und die „Mosnar Securities Ltd.". Sie hat Zweigstellen in Beirut und Singapur und hat 1971 ihre Tätigkeit auf Asien ausgedehnt. Über die letztere Zweigstelle sucht sie vor allem Firmen in Hongkong, die sich in Zahlungsschwierigkeiten befinden, um sie unter Kontrolle zu bringen. Dazu gewährte sie der „Hongkong Asia Lands and Properties Ltd." und der „Mosbert Holding Ltd." größere Kredite. Weitere Banken sind die „Banque Comerciale pour l'Europe du Nord" in Paris, die „Russo-Iran" in Teheran, die „Wozchod Handelsbank" in Zürich, die „Ost-West-Handelsbank" in Frankfurt, die „Donaubank AG" in Wien, die „East-West United Bank S.A." in Luxemburg. Die ersten beiden wurden ausgebaut, die anderen wurden 1966 bzw. 1974 gegründet.

In Tokio, Vancouver, Antwerpen, Rotterdam, London und Singapur hat die UdSSR Schiffahrtsgesellschaften mit ausländischer Kapitalbeteiligung gegründet.

Mehr als 20 Gesellschaften hat die Sowjetunion in der Dritten Welt errichtet, um billige Rohstoffe und Arbeitskräfte zu bekommen. Die Profite werden wieder in dem Land investiert, um den Einfluß zu stärken.

In Afrika und in Singapur bestehen mehrere Fischereigesellschaften, „die ohne Rücksicht auf die Erhaltung des Fischbestandes in den betroffenen Gewässern einen ausschließlich auf Profit ausgerichteten Raubfang betreiben". Bekannt ist zum Beispiel, daß die Sozialimperialisten unter Ausnutzung der südafrikanischen Kolonialherrschaft sich in den Gewässern des Benguela-Stroms vor Namibia mit ihrer Fangflotte herumtreiben.

Am 1. April wird die „Wesotra-Spedition und Transport GmbH" in Köln mit 0,75 Millionen DM Stammkapital ihre Tätigkeit aufnehmen. Außer drei westdeutschen Firmen ist die „V/O Sojuzvneshtrans, Moskau" beteiligt. (Quellen: Handelsblatt 10.2. und Frankfurter Allgemeine, 9.3.76)

Gesundheitsstation für Vietnam gespendet

Anfang April wird eine auf Initiative mehrerer Solidaritätsorganisationen in der BRD zusammengestellte Gesundheitsstation nach Vietnam verschifft werden können. Sie soll dort rechtzeitig als ein Solidaritätsbeitrag der Bevölkerung unseres Landes zur staatlichen Wiedervereinigung Vietnams und für den Aufbau des Sozialismus im ganzen Land eintreffen. Mit der bisher erfolgten Zusammenstellung aller wichtigen und unabdingbaren Materialien für den betriebsfertigen Aufbau dieser Station ist der erste große Schritt zur Realisierung dieses Projekts gemacht. Die Indochina-Komitees in der BRD haben sich durch die selbständige Erstellung des Labors der Station, die auf Grund einer Absprache zwischen der Provisorischen Revolutionären Regierung Südvietnams und dem Initiativkomitee für deutsch-vietnamesische Kulturbeziehungen aus Köln in Angriff genommen wurde, an den bisherigen Bemühungen beteiligt, und werden an diesem Teil selbständig weiterarbeiten.

Die Indochina-Komitees haben sich in der Mobilisierung für die Erstellung des Labors zuallererst nur auf die eigenen Kräfte und Mittel gestützt. Aufbauend auf unserer politischen Aufklärungsarbeit (die noch sehr viel stärker hätte sein können und müssen) haben wir den ersten großen Schritt erfolgreich machen können. Über 10000 DM wurden an Geldspenden gesammelt, Sachspenden im Wert von mehreren Zehntausend DM kamen zusammen (darunter ein wertvolles EEG/EKG-Gerät), eine ganze Reihe von Ärzten, Laboranten und Medizinstudenten konnte für die direkte Mitarbeit gewonnen werden. Anfang März konnte so das weitgehend komplette Labor dem Initiativkomitee Köln zur Transportverpackung übergeben werden.

Benötigt werden jetzt noch ca. 5000 DM für die Verpackungs- und Transportkosten, sowie für einige Zusatzgeräte zum Ausbau des Labors, die im Oktober nachgeschickt werden können.

Spenden können überwiesen werden auf das Konto: H. Leberl, 1302450 Bezirkssparkasse Heidelberg.

Wer weitere Informationen erhalten will oder z.B. Geräte zum Ausbau des Labors oder auch der Station insgesamt zur Verfügung stellen kann, kann sich an folgende Adresse wenden:

H. Frohoff
Marktplatz 3
6900 Heidelberg
Telefon (06221) 27717
– (M.L., Indochinakomitee Heidelberg)

Zimbabwe: Kolonialmacht Großbritannien wird zur Rettung der weißen Siedlerherrschaft wieder ausgegraben

Die Verfassungsgespräche zwischen dem rhodesischen Ministerpräsidenten Smith und dem auf einen Kompromiß mit dem Siedlerregime zielenden Joshua Nkomo sind am Freitag von beiden Seiten für endgültig gescheitert erklärt worden. Der Abbruch der Verhandlungen ist zugleich der Auftakt für direkte Einmischung verschiedener imperialistischer Mächte. Den westlichen Imperialisten ist offensichtlich seit längerer Zeit klar geworden, daß ihr Vorposten im südlichen Afrika nicht von dem weißen Siedlerregime aus eigener Kraft gehalten werden kann. Ian Smith, der mit der Unabhängigkeitserklärung der britischen Kolonie Rhodesien dem Versuch des britischen Imperialismus entgegengetreten war, die koloniale Herrschaft über das Volk von Zimbabwe in eine indirekte neokoloniale Herrschaft umzuwandeln, sieht sich nun gezwungen, sich an die britische Regierung zu wenden, sie solle ihre „koloniale Verantwortung" wieder wahrnehmen. Daß sie diese nicht wahrgenommen habe, war die Begründung für die Unabhängigkeitserklärung durch das weiße Siedlerregime gewesen. Aber ein Zurück gibt es in der Geschichte nur in den Wunschvorstellungen der herrschenden Klassen, wenn ihr Niedergang und schließlicher Untergang unabwendbar geworden ist. Die britischen Imperialisten mögen die Hoffnung hegen, sie könnten doch noch mit Hilfe des von der Befreiungsbewegung abgesprungnen ehemaligen ANC-Präsidenten Joshua Nkomo eine neokoloniale Herrschaft über Zimbabwe durchsetzen, die zwar den Afrikanern politische Rechte gibt, sie aber wirtschaftlich völlig vom Imperialismus abhängig hält. Die weißen Siedler mögen hoffen, daß der britische Imperialismus doch noch ein Einsehen bekommt, daß jedes Fußbreit Nachgeben den Anfang vom Ende jeglicher imperialistischer Herrschaft über das Volk von Zimbabwe bedeutet, daß also die Aufrechterhaltung des Sklavenhalterregimes der weißen Siedler die einzige Garantie der imperialistischen Ausbeuterherrschaft bedeutet.

In der Tat gibt es dieses Zurück in der Geschichte nicht. Das Volk von Zimbabwe hat seine Befreiungsorganisation ZANU mit seiner Befreiungsarmee ZANLA, und die Erfolge des Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe sind es, die die Imperialisten und ihr Siedlerregime derzeit so in Bedrängnis bringen, daß sie immer aussichtsloser manövrieren müssen. Das Volk von Zimbabwe wird keine Lösung mehr hinnehmen, die darin besteht, daß die Hälfte des rhodesischen Parlaments mit afrikanischen Parlamentariern besetzt wird, oder auch die Mehrheit, und zugleich das Land besetzt bleibt von den weißen Siedlern und die ausländischen Monopole die Reichtümer des Landes plündern und die Afrikaner als ihre Lohnsklaven halten. Der Kampf geht um die Befreiung des Landes, darum, daß das Volk von Zimbabwe sein Land in Besitz nehmen kann und die Ausbeuter aus dem Land verweist. Die Verhandlungsposition von Nkomo, der zuletzt die Mehrheitsregierung forderte, lief genau darauf hinaus, eine afrikanische Mehrheit an der rhodesischen Staatsmacht zu erhalten, das heißt eine Minderheit der Afrikaner an der imperialistischen Herrschaft zu beteiligen. Diese Position ist gescheitert, und damit zunächst auch die neokolonialen Träume der Imperialisten. Diese haben aber noch keineswegs aufgegeben und versuchen, den in die Enge getriebenen Ministerpräsidenten Smith zu Zugeständnissen zu zwingen. Der britische Außenminister Callaghan hat vor dem britischen Unterhaus einen Zweistufenplan verkündet. Großbritannien sei bereit, sich an Verhandlungen zu beteiligen, wenn folgende Vorbedingungen von der Regierung Smith anerkannt würden: Anerkennung der Mehrheitsherrschaft, Wahlen für den Übergang zu dieser Herrschaft in spätestens zwei Jahren, keine Unabhängigkeit vor der Mehrheitsherrschaft und ein rasches Verhandlungstempo. Nach Einigung über diese Vorbedingungen können die Verhandlungen über die Verfassung eines unabhängigen Rhodesien beginnen. Dabei setzt die britische Regierung auf Nkomo als afrikanischen Vertreter in den vorgeschlagenen Verhandlungen.

Die britische Regierung tritt hierbei mit dem Anspruch der – obwohl abgehalfterten – alten Kolonialmacht auf, die Unabhängigkeit zu gewähren und ihre Bedingungen mit zu entscheiden. Hinter ihr stehen alle imperialistischen Mächte, die den Besitzstand ihrer Ausbeuterherrschaft in Rhodesien zu verteidigen haben und ihren Brückenkopf in Afrika erhalten wollen. Und wo sie hoffen, schachern zu können, tritt auch die sozialimperialistische Supermacht auf den Plan, um mitzumischen. Am Montag erschien der sowjetische Außenminister Gromyko zu Gesprächen mit der britischen Regierung. Über ihren Inhalt war nur soviel bekannt, daß dabei die Rhodesienfrage im Mittelpunkt stand. (Süddeutsche Zeitung, 23.23.) Sie will bei der neokolonialen Lösung mit von der Partie sein und sich Einfluß sichern. Haben sich die Völker befreit, so versucht diese Supermacht, die Befreiungsbewegungen zu entzweien, um Einfluß zu gewinnen. Ist die Befreiung noch nicht erkämpft, versucht sie, die vollständige Befreiung zu verhindern und bei neokolonialen Lösungen mitzumischen und hält sich dabei direkt an die Macht, die weiterhin mit dem Anspruch der Kolonialmacht auftritt. Als Vorleistung hat die Sowjetunion anzubieten, daß sie selbst dem südafrikanischen Rassistenregime kürzlich Garantien zugesichert hat. Die Presse berichtete, daß die Regierung Vorster einen Beschluß gefaßt hat, ihre Truppen aus dem südlichen Grenzgebiet Angolas abzuziehen, nachdem ihr von einer „dritten Macht" Zusicherungen gemacht worden seien, daß die fertigen und im Bau befindlichen Kraftwerksanlagen am Cunene-Fluß, 25 km innerhalb Angolas, weder angegriffen noch behindert werden. (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.3.)

Solidaritätsveranstaltungen mit Zimbabwe



Bremen. Etwa 700 Menschen waren am Montagabend zu einer Veranstaltung des KBW in die Bremer Universität gekommen, um den Genossen Rex Chiwara von der ZANU zu hören und ihre Verbundenheit mit der Befreiung Zimbabwes auszudrücken. In seiner Rede berichtete Genosse Chiwara von der ausgezeichneten Lage im Befreiungkampf. Er sagte etwa: Als ich vor 18 Monaten zum ersten Mal in Bremen war, war das Smith-Rgime noch relativ stabil, jetzt ist das Smith-Regime am Ende. Der endgültige Sieg im Befreiungskampf ist jetzt greifbar nahe. Und das ist nicht der Erfolg von Verhandlungen, sondern basiert auf dem Volkskrieg unter Führung der ZANU. Mit großer Begeisterung haben die Versammelten aufgenommen, als der Genosse Chiwara anschaulich darstellte, wie aus dem weißen Herrn Smith jetzt ein Smithy geworden sei, der sich jetzt vor den Volksmassen verkriechen müsse. Zu den Plänen der Imperialisten, das Smith-Regime abtreten zu lassen und dafür die einstigen britischen Kolonialherren erneut die Macht übernehmen zu lassen, erklärte er, wir halten am Kampf für unsere Ziele fest, gleich gegen welche Macht. Großbritannien kennt unsere Position. Zum Schluß erklärte Genosse Chiwara noch einmal die Bedeutung der dringend gebrauchten materiellen Hilfe. Inzwischen seien über 25000 Kämpfer in den Camps der ZANLA, um

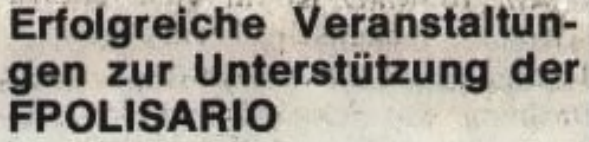
ten am Kampf für unsere Ziele fest, gleich gegen welche Macht. Großbritannien kennt unsere Position. Zum Schluß erklärte Genosse Chiwara noch einmal die Bedeutung der dringend gebrauchten materiellen Hilfe. Inzwischen seien über 25000 Kämpfer in den Camps der ZANLA, um

sich für den Kampf vorzubereiten. Außer dem unbesiegbaren Kampfeswillen hätten sie nichts und brauchten deshalb jede Unterstützung. In der anschließenden Spendensammlung kamen über 5000 DM zusammen, dazu nochmals 2000 DM vom KBW. Zahlreiche Sachspenden wie Schreibmaschinen wurden abgegeben. Über 20 Teilnehmer haben ihre Armbanduhren spontan bereitgestellt. Ein Mitglied des Afrika-Komitees, zugleich Jugendvertreter auf der Klöckner-Hütte, berichtete zum Schluß über die Erfahrungen und Fortschritte der Kleidersammlung zusammen mit der Zelle des KBW, wo inzwischen schon wieder fast soviel Kleider wie bei der ersten Schiffsladung zusammengekommen sind. Er erzählte, daß ein Rentner bei der Haussammlung sein ganzes Portemonnaie geleert habe.

Konstanz. 65 Teilnehmer, 540 DM, zwei Uhren, Kleidersammlung aufgerufen.

Stuttgart. Am Mittwoch, dem 17. März, sprach auf einer Veranstaltung der Ortsgruppe Stuttgart des KBW der Genosse R. Chiwara, Vertreter der ZANU für Westeuropa, über den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe gegen das rhodesische Siedlerregime. Der Genosse Chiwara wurde von den etwa 200 Teilnehmern begeistert empfangen. Er machte klar, daß das Volk von Zimbabwe am bewaffneten Kampf festhalten wird, bis das Siedlerregime zerschlagen sein wird. Nach dem Verlesen einer Grußbotschaft des Genossen Dietrich Hildebrandt, der derzeit in Haft gehalten wird, weil er konsequent den Kampf der Völker der Dritten Welt unterstützt, grüßte Genosse Chiwara Dietrich Hildebrandt herzlich und meinte, Genosse Hildebrandt wird frei sein und dann ein befreites Zimbabwe sehen. Diese Veranstaltung, die erste mit einem Vertreter der ZANU in Stuttgart, war ein großer Erfolg für die Solidaritätsbewegung und die Ortsgruppe in Stuttgart, was sich auch in den fast 1500 DM zeigte, die auf der Veranstaltung gespendet wurden. Außerdem gab es noch Sachspenden wie einen Radiorecorder, Tonbandgeräte, einen Fotoapparat, Armbanduhren. Weiter wurde zu einer Kleidersammlung aufgerufen.

gart, was sich auch in den fast 1500 DM zeigte, die auf der Veranstaltung gespendet wurden. Außerdem gab es noch Sachspenden wie einen Radiorecorder, Tonbandgeräte, einen Fotoapparat, Armbanduhren. Weiter wurde zu einer Kleidersammlung aufgerufen.



Erfolgreiche Veranstaltungen zur Unterstützung der FPOLISARIO

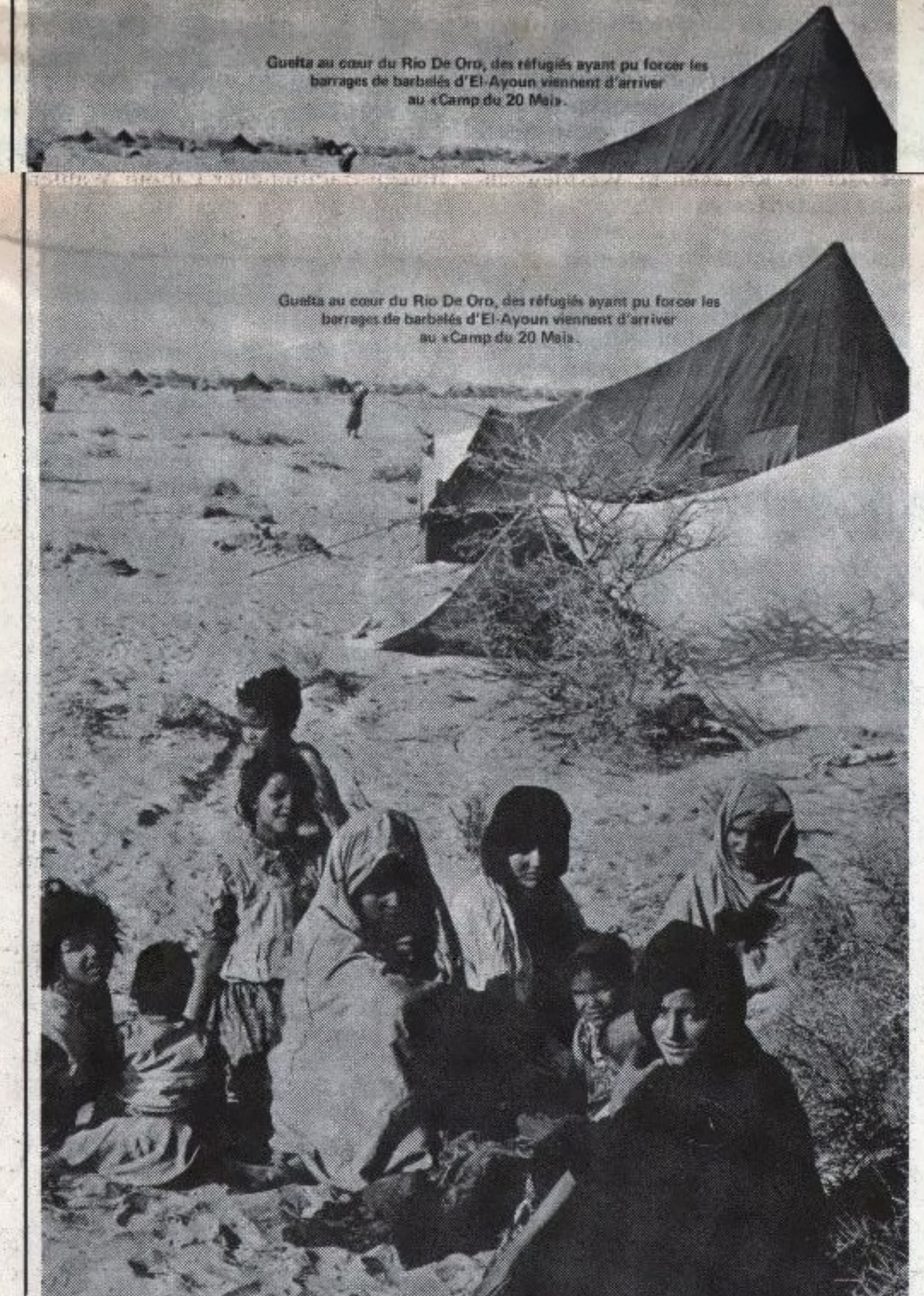
Freiburg/Aachen. Auf der ersten Station der vom KBW organisierten Rundreise eines Vertreters der FPOLISARIO in Freiburg am 22. März

Erfolgreiche Veranstaltungen zur Unterstützung der FPOLISARIO

Freiburg/Aachen. Auf der ersten Station der vom KBW organisierten Rundreise eines Vertreters der FPOLISARIO in Freiburg am 22. März

konnte der Vertreter der FPOLISARIO nicht erscheinen, weil ihm die Behörden das Einreisevisum verweigerten. Die 600 Besucher der Veranstaltung mußten sein Referat über Tonband hören. Die Spendensammlung im Saal erbrachte 1 006 DM. Unterstützt wurde die Veranstaltung von vielen Organisationen, darunter die Gruppe Roter Morgen, die Gruppe Rote Fahne, die FIS, die indochinesischen Studenten, die Deutsch-Spanische Freundschaftsgesellschaft und das Palästina-Komitee.

Am 23. März in Aachen konnte der Vertreter der FPOLISARIO einreisen und vor gut 200 Veranstaltungsbesuchern sprechen. Er berichtete über den Verlauf der gegenwärtigen Kämpfe und über die Erfolge des saharauischen Volkes im Kampf um nationalen Unabhängigkeit. Gründliche Information in der Stadt, vor Betrieben und an der Hochschule hatte sich u.a. darin niedergeschlagen, daß 2 800 DM für den Kampf des Volkes von West-Sahara zur Verfügung gestellt werden konnten. Auch hier wurde die Solidarität mit dem saharauischen Volk vom Nahost-Komitee, den Sympathisanten der FDLP, dem Afghanischen Studentenverein, der Liga gegen den Imperialismus, der Gruppe Roter Morgen und der Schülermitverwaltung des Kouven-Gymnasiums zum Ausdruck gebracht.



Guelta, im Herzen von Rio de Oro. Flüchtlinge erreichen das „Lager des 20. Mai", nachdem sie die Minensperren von El Aiun überwunden haben.

Erfolg im Zusammenschluß der arabischen Staaten gegen fremde Einmischung in der Region!

„Radio Aden hat heute mitgeteilt, daß die Volksrepublik Yemen (der Südjemen, Red.) und das Königreich Saudiarabien in einem gemeinsamen Kommuniqué beschlossen haben, normale Beziehungen herzustellen auf der Grundlage arabischer Brüderlichkeit, guter Nachbarschaft und dem gleichen Schicksal und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen." Diese Entscheidung hat zum Ziel, zur Sicherheit und Stabilität auf der arabischen Halbinsel beizutragen, der fremden Intervention ein Ende zu bereiten und die Interessen der arabischen Nation zu sichern, heißt es in dem Kommuniqué. In einer Erklärung begrüßte die „Arabische Republik Yemen" (der Nordjemen, Red.) die Übereinkunft der beiden Bruderländer." (Aden, 10.3., nach Hsinhua)

Südafrika versucht, Afrikaner in den Krieg zu schicken

Um die afrikanische Bevölkerung besser unterdrücken und kontrollieren zu können, hält das südafrikanische Rassistenregime sie in der Südafrikanischen Republik (SAR) und Namibia in sogenannten „Heimatländern" (Reservaten), in denen sie eigens dafür herangezogene Kollaborateure als gefügige Verwaltung einsetzt. Pastor Cornelius Ndjoba, „Chefminister" der Heimatland-Verwaltung von Ovamboland (in Namibia), teilte kürzlich mit, daß er eine Armee von 1000 Mann aufstellen wolle, um gegen die Guerilla der SWAPO zu kämpfen. 79 derartige Marionetten-Soldaten hätten bereits mit den südafrikanischen Soldaten am Einfall in Angola teilgenommen. – (Agence France Presse, 9.3.)

Krankenwagen für Flüchtlingslager

Göttingen. Seit einem halben Jahr sammelt das Nahostkomitee Göttingen für einen Krankenwagen, der für die Lagerambulanz des palästinensischen Flüchtlingslagers Bourg-Al-Baraque in der Nähe von Beirut bestimmt ist.

Aus der Notwendigkeit, einen hochwertigen Krankenwagen schnell beschaffen zu müssen, entstand eine besonders anschauliche Form der Solidarität mit dem palästinensischen Volk:

Der Wagen wurde für zirka 11500 DM auf Kredit vom Deutschen Roten Kreuz gekauft. Er stand seither auf vielen Göttinger Plätzen, bei Veranstaltungen und Versammlungen. In aktuellen Stelltafeln, Aufrufen und mit Büchertischen hat das Nahostkomitee die Ziele des palästinensischen Volkes propagiert und der Göttinger Bevölkerung erklärt, daß jede Spende für den Krankenwagen ein Schritt zur Unterstützung dieses gerechten Kampfes für Selbstbestimmung und nationale Unabhängigkeit ist.

Am vergangenen Sonnabend wurde der Krankenwagen unter großer Teilnahme der Passanten und vieler Spender auf dem Göttinger Markt verabschiedet. Auf einer Solidaritätsfeier mit den Völkern des Nahen und Mittleren Ostens, die am gleichen Abend anläßlich des persischen Neujahrsfestes gemeinsam mit dem Iranischen Studentenverein veranstaltet wurde, konnte der Abschluß der Sammlung bekanntgegeben werden.

Immer wieder wurde dem Nahostkomitee in Gesprächen bestätigt: „Wir unterstützen eure Sammlung, weil wir nicht nur für eine gerechte Sache eintreten können, sondern auch sehen, wofür wir spenden und wissen, daß wenn eure Delegation den Wagen im Libanon übergibt, sie mit neuem Material und Vorschlägen des palästinensischen Volkes zu seiner Unterstützung zurückkehren wird." – (Nahostkomitee Göttingen)



Göttingen: Krankenwagen für das palästinensische Flüchtlingslager Bourg-al-Baraque in der Nähe von Beirut.

TASS-Erklärung zur Kündigung des Freundschaftsabkommens mit der Sowjetunion:

Ein Dokument der Geschichtsfälschung und der Drohung

Am 15. März 1976 hat die ägyptische Volksversammlung die Aufkündigung des Freundschaftsvertrages mit der sozialimperialistischen Supermacht Sowjetunion beschlossen. Die Freundschaft dieser Supermacht hatte dem ägyptischen Volk nur Nachteile, der Supermacht nur Vorteile gebracht. Die Regierung der Supermacht hat durch ihre Nachrichtenagnetur TASS jetzt eine Erklärung veröffentlicht, in der die Geschichte ihrer imperialistischen Politik vertuscht und Ägypten, ein Land der Dritten Welt, eingeschüchtert werden soll.

In der TASS-Erklärung heißt es: „TASS ist bevollmächtigt zu erklären, daß die ganze Verantwortung für die Folgen sowohl der Politik insgesamt als auch für die Aufkündung des Vertrages über Freundschaft und Zusammenarbeit bei der ägyptischen Seite liegt." (UZ, 17.3.) Das ist eine unverhüllte imperialistische Sprache und eine klare Drohung. Offen droht diese Supermacht dem souveränen ägyptischen Staat „Folgen" seiner Politik an. Was kann besser zeigen, daß es der Sowjetunion nicht um Beziehungen zweier Staaten auf der Grundlage der gegenseitigen Respektierung der Souveränität, der gegenseitigen Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Nutzens geht? Unfreiwillig enthüllt diese Erklärung die imperialistischen Prinzipien der Sowjetunion, nach denen die Souveränität eines Landes der Dritten Welt nicht respektiert wird, sondern ihr gedroht wird, die Gleichberechtigung mit Füßen getreten wird und der einseitige Nutzen für selbstverständlich erachtet wird.

Um ihre Niederlage im Kampf um die Beherrschung Ägyptens zu vertuschen, muß die TASS-Erklärung die Geschichte fälschen. Da heißt es: Die sowjetische Militärhilfe während des Oktoberkrieges 1973 habe „eine entscheidende Rolle bei der Stärkung der ägyptischen Militärkraft gespielt" (UZ). So versucht die Sowjetunion nachträglich, die Erfolge des Kampfes der arabischen Völker gegen den Besatzerstaat Israel ihrer „Militärhilfe" in die Schuhe zu schieben. Doch selbst die Tatsachen über diese Militärhilfe sprechen eine andere Sprache. Im Februar 1973 hatte Präsident Sadat bei einem Besuch in Moskau die Lieferung von Angriffswaffen erbeten. Breschnew und Kossygin lehnten ab. Kaum war der Oktoberkrieg ausgebrochen, tauchte der russische Botschafter in Ägypten bei Präsident Sadat auf und behauptete, Präsident Assad von Syrien verlange einen sofortigen Waffenstillstand. Das war nichts anderes als eine Lüge im Versuch der Sowjetunion, den Krieg sofort wieder zu beenden und durch Intrigen zwischen Ägypten und Syrien einen Keil zu treiben. Während des Oktoberkrieges hat sich die Sowjetunion geweigert, die Waffenverluste der ägyptischen Armee auszugleichen. Stattdessen hat sie ein enges Zusammenspiel mit der anderen Supermacht eingeleitet, wozu beide den UNO-Sicherheitsrat als Tribüne und Mittel benutzten, um den Oktoberkrieg zu beenden, die Situation im Nahen Osten unter ihre Kontrolle zu bekommen und Israel zu retten. Am 22. Oktober 1973 legten die beiden Supermächte gemeinsam dem Sicherheitsrat völlig überraschend einen Resolutionsentwurf vor, in dem die „Feuereinstellung an Ort und Stelle" festgelegt wurde und erzwangen durch einen Putsch seine Verabschiedung. In einer Situation, als die Armeen und Völker Syriens, Ägyptens und Palästinas dem Besatzerstaat schwere Schläge versetzten, wurde dieser Resolutionsentwurf über sofortige Feuereinstellung verabschiedet. Die Supermacht behauptet selbstverständlich, dieser Schritt habe dem Frieden und den Völkern gedient. Gut, schauen wir uns die Resolution an. Diese Resolution, die dem Frieden und den Völkern dienen soll, ist dadurch gekennzeichnet, daß die zionistische Aggression mit keinem Wort erwähnt wird. Mit keinem Wort verlangt die Resolution den bedingungslosen und vollständigen Abzug der Zionisten von den besetzten arabischen Gebieten. Kein Wort enthält diese Resolution über die Wiederherstellung der legitimen nationalen Rechte des palästinensischen Volkes. Und ist es nicht der Erwähnung wert, daß die Sowjetunion seit 1967 über 30000 Menschen nach Israel auswandern ließ, um dem Zionistenstaat Nachschub an Kämpfern zu verschaffen, daß diese Auswanderung selbstverständlich während des Krieges nicht gestoppt wurde?

Beide Supermächte wollten nicht nur den Oktoberkrieg rasch beenden, sie wollten ihre Kontrolle über die Region verstärken. Breschnew hat in einer diplomatischen Note an Nixon vorgeschlagen, daß beide Supermächte gemeinsam Truppen in den Nahen Osten entsenden. Gemeinsam gegen die Völker sich zum Oberherrn der Region aufzuspielen und für sich selber Vorteile zu erhaschen, das war die Politik der Sowjetunion. Breschnew sinngemäß in einer weiteren Geheimbotschaft an Nixon: „Wir empfehlen dringend, daß wir beide Streitkräfte zur Überwachung der Feuereinstellung entsenden, falls Sie das nicht wollen, müssen wir es eventuell allein tun." Im UNO-Sicherheitsrat balgten sich die Vertreter der beiden Supermächte vom 24.10. bis 2.11.73 über das Zustandekommen einer „UNO-Notstandstruppe" und deren Zusammensetzung. Schon ihr Name ist bezeichnend. Welcher Notstand herrschte im Nahen Osten? Ausschließlich der Notstand des israelischen Besatzerstaates, der durch den gerechten Kampf der arabischen Völker für ihre nationale Befreiung bedroht wurde. Es bestand ein Notstand für die Kontrolle der beiden Supermächte über diese Region, die sie unbedingt wieder zurückerobern wollten.

Im vergeblichen Versuch, sich zu rechtfertigen, geht die TASS-Erklärung weit in die Geschichte der ägyptisch-sowjetischen Beziehungen zurück. Sie geht offensichtlich dabei von der Annahme aus, daß niemand Geschichte studiert. Behauptet wird: „Die Wurzeln dieser Freundschaft, die ein Vermächtnis des ägyptischen Nationalhelden Nasser ist, kann man nicht ausreißen. Die Sowjetunion war und ist der treue und prinzipielle Freund der Völker, die für Freiheit und Unabhängigkeit kämpfen."

Im Kampf um Einfluß gegen den US-Imperialismus bot sich die Sowjetunion der ägyptischen Regierung an, den Assuan-Staudamm zu bauen. Dieser Bau wurde von ihr benutzt, um die Kreditschlinge um den Hals der ägyptischen Regierung zu legen, Tausende von Beratern zu entsenden, um Fuß im Land zu fassen. Bald gab es Kritik am Vorgehen der Sowjetunion. Sofort reagierte Chruschtschow mit Erpressung und Drohung. Er schrieb 1959 einen Brief an Nasser: „Ich hoffe, Sie verstehen, daß dies (die Drohung mit ‚Komplikationen' beim Bau) nicht Drohung unsererseits, sondern Besorgnis angesichts der Tatsache ist, daß in der VAR gegenwärtig eine Kampagne gegen die Sowjetunion geführt wird und daß es für uns sehr schwierig sein wird, unter diesen Umständen unseren Verpflichtungen im Rahmen des Abkommens, das wir mit Ihnen geschlossen haben, nachzukommen ... Wir bitten Sie, die Gründe unserer Besorgnis richtig zu verstehen. Wenn Sie nun unsere Hilfe nicht benötigen, dann lehnen Sie sie ab; wir werden unsre Leute zurückrufen – ohne daß eine Verärgerung eintritt – und mit Ihnen normale Beziehungen unterhalten wie mit allen anderen Ländern ... Ihr Land könnte noch eines Tages und vielleicht nicht nur einmal die Hilfe der Sowjetunion und die Zusammenarbeit mit ihr auf der Basis der Freundschaft und Gleichberechtigung benötigen. Ich möchte hier ein bekanntes russisches Sprichwort zitieren: ‚Spucke nicht in den Brunnen – du könntest sein Wasser einmal zum Trinken brauchen.'" (Heikal)

TASS beruft sich auf das Vermächtnis Nassers. Auch hier ist es angebracht, auf die geschichtlichen Tatsachen zurückzugehen. Die Niederlage Ägyptens im Junikrieg 1967 hat die Sowjetunion eilfertig ausgenutzt und gleich Podgorny, Staatsoberhaupt der Sowjetunion, nach Ägypten geschickt. „Sofort nach dem Ende des 5. Junikrieges kam N.V. Podgorny, der Vorsitzende des Präsidiums des obersten Sowjets der UdSSR, nach Kairo. In seinen Gesprächen mit Präsident Nasser beanspruchte er die Gründung eines von der sowjetischen Marine bewachten Kommandozentrums für die sowjetische Mittelmeerflotte und einer Schiffswerft in Alexandria. Er forderte volle Oberhoheit der Sowjets an diesen Orten, dort sollte die sowjetische Flagge wehen. Präsident Nasser unterbrach sofort die Gespräche und sagte empört: ‚Das ist nichts anderes als Imperialismus. Es ist gleichbedeutend damit, daß wir Ihnen eine Basis zur Verfügung stellen.'" (Mohammed Heikal, Der Weg zum Ramadan-Krieg, zit. nach Peking Rundschau 24/75)

Die TASS-Erklärung behauptet, daß die Geschichte der ägyptisch-sowjetischen Beziehungen durch Präsident Sadat eine „grobe Entstellung" erfahre. Die Geschichte und die Erfahrungen der Völker mit Imperialismus in jeder Gestalt lassen sich aber nicht entstellen. Bürgerliche Kommentatoren berichten, daß die Sowjetunion auf die Aufkündigung des Vertrages „zurückhaltend" reagiert habe. Wie soll es dieser Supermacht auch gelingen, ihre imperialistische Politik Ägypten gegenüber zu rechtfertigen? (hjh)

Freie Einreise für die Schülerkulturgruppe der PFLO!

In der KVZ Nr. 11 berichteten wir, daß die Schülerkulturguppe der PFLO in die BRD kommt und daß von den Nahostkomitees in Köln und Heidelberg gemeinsam mit den lokalen GUAS-Sektionen Veranstaltungen für den 25.3. und den 26.3. geplant sind. Gestern erfuhren wir, daß der Gruppe die Einreisegenehmigung vom westdeutschen Konsulat in Mailand verweigert wird.

Das Einreiseverbot der Schülerkulturgruppe der PFLO hat viele Proteste von Organisationen und Einzelpersonen hervorgerufen. Die Evangelische Studentengemeinde und die Arbeitsgruppe der Gemeinden, Progress Dritte Welt und die Journalistin Roshan Dhunjibhoy haben sich bereiterklärt, sich weiterhin für die Genehmigung der Einreise einzusetzen. Der Bundesvorstand des Verbands der Schriftsteller (VS) auf Empfehlung des Landesverbands Hessen und dessen Vorsitzenden Peter E. Chotjewitz wird ein Protesttelegramm an das Auswärtige Amt und das Innenministerium schicken. Der Schriftsteller Günter Wallraff, Köln, hat bereits ein Protesttelegramm geschickt. Der AStA der Pädagogischen Hochschule Heidelberg, der die Patenschaft für eine Schule der Revolution in den befreiten Gebieten übernommen hat, schickte ebenfalls ein Protesttelegramm an das Auswärtige Amt und an das Innenministerium, auch Schülervertreter der Handelslehranstalt II in Heidelberg. Das Studentenparlament der Fachhochschule und die Fachschaft Sozialpädagogik Köln schickten am Donnerstag ebenfalls ein Protesttelegramm. Auf einer Veranstaltung in Heidelberg wurde eine Protestresolution des Nahostkomitees von 300 Menschen einstimmig verabschiedet. In Westberlin haben das Nahostkomitee und das Komitee gegen den § 218 ebenfalls Protesttelegramme abgeschickt. Auf der Veranstaltung des KBW am 23.3. in Freiburg zur Unterstützung des Kampfes des saharauischen Volkes wurde eine Protestresolution des Palästina-Komitees Freiburg von 400 Menschen verabschiedet. In ihr heißt es:

„Die auf der Veranstaltung mit dem Vertreter der FPOLISARIO am 23.3. in Freiburg Versammelten protestieren schärfstens gegen den Versuch des Bundesinnenministeriums, die Schüler-Kulturgruppe der PFLO an der Einreise zu hindern. Es wurden folgende Auflagen gemacht: Jede einladende Gruppe soll bei der Ausländerbehörde ihrer Stadt eine Genehmigung holen, die diese an das Konsulat in Mailand schickt, die Ausländerbehörde selbst muß zuzsätzlich eine Genehmigung an das Konsulat schicken. Nach zehn Tagen kann eine Entscheidung für die Einreise gefällt werden, die immer noch negativ ausfallen kann."

Mit bürokratischen Schikanen soll verhindert werden, daß der Besuch der omanischen Kultugruppe zur Freundschaft des Volkes in Westdeutschland mit dem omanischen Volk beiträgt. Die zirka 400 Anwesenden forderten:

„Auch in der BRD und Westberlin hat ein PFLO-Vertreter im vergangenen November vor mehreren tausend Menschen gesprochen.

... Die Versammelten treten dafür ein, daß die Kulturgruppe der PFLO wie vorgesehen in Köln und Heidelberg auftreten kann, um die Solidaritätsbewegung mit dem omanischen Volk in Westdeutschland und Westberlin weiter zu vertiefen."

„Sofortige Einreisegenehmigung für die Schülerkulturgruppe. Für das nationale Selbstbestimmungsrecht des omanischen Volkes. Schahtruppen raus aus Oman. Schluß mit der imperialistischen Aggression und dem Völkermord in Oman. Schluß mit der Unterstützung des Sultanregimes durch den BRD-Imperialismus!"

Verabschiedet von 400 Menschen bei einer Gegenstimme durch die Gruppe Rote Fahne. Sowohl das Komitee in Köln als auch in Heidelberg sind entschlossen, die Veranstaltungen durchzuführen."

Klassenkampf im Libanon

Forderung nach Rücktritt von Präsident Frandschieh

Der Bürgerkrieg im Libanon geht weiter. Der Kampf der armen Klassen gegen die Reichen, gegen die Kompradorenbourgeoisie, findet derzeit seinen politischen Ausdruck in der Forderung, daß Präsident Frandschieh zurücktreten muß, sofort. Umgekehrt wehrt sich Frandschieh gegen diesen Rücktritt verbissen. Er fürchtet, daß sein Rücktritt die Schleusen des Kampfes weiter öffnet und sprengt.

Frandschieh ist im Volk verhaßt. Er steht für rücksichtslose Profitgier, Korruption und Schmarotzertum. Als sicher gilt, daß seine Familie einer der größten Rauschgiftproduzenten des Nahen Ostens ist. Den bürokratischen Staatsapparat hat sie immer als Pfründe betrachtet und benutzt: Aus dem staatlichen Spielkasino kassiert Frandschieh persönlich pro Jahr rund 5 Millionen Mark, sein Sohn wurde Postminister, Verwandte Generaldirektoren.

Die Phalangisten, Verteidiger der herrschenden Clique und Kettenhunde des US-Imperialismus, haben in den Straßenkämpfen in Beirut wichtige Niederlagen erlitten. Zum ersten Mal gelang es den Volksmilizen am Sonntag, das Hotel Holiday Inn den Phalangisten abzukämpfen. Sein Besitz ist wichtig, weil es den Zugang zum Geschäftsviertel Beiruts öffnet und zugleich freies Schußfeld auf das Hauptquartier der Phalangepartei eröffnet. Am Montag konnten es die Phalangisten wieder zurückerobern. Dennoch: „Die christlichen Phalangisten sind schon fast auf ihre östlich der Front gelegene Hochburg, die Stadtteile Aschrafieh und Ain el Romaneh, zurückgedrängt." Die US-Botschaft hat US-Soldaten zu ihrer Verteidigung aufgefahren, sie wird belagert. Sie gehört zu den zahlenstärksten US-Botschaften der Welt, umfaßt zirka 500 Mann Besatzung. An ihrer Spitze steht Botschafter Mac Godley, vorher in Laos stationiert, um die Unterdrükkung des Befreiungskampfes des laotischen Volkes zu leiten.

Der Zusammenbruch der libanesischen Armee ist kaum mehr wettzumachen. Dschumblatt, einer der Führer der libanesischen Nationalbewegung, hat die Bildung einer „Patriotischen Nationalen Armee" verkündet, in der Moslemmilizen, Dschumblatts Milizen sowie die Einheiten der „Libanesisch-Arabischen Armee" von Leutnant Chatib zusammengeschlossen werden sollen. Die „Libanesisch-Arabische Armee" soll inzwischen auf 6000 Mann Stärke angewachsen sein.

Drei Tage lang ist in der syrischen Hauptstadt Damaskus verhandelt worden, um eine neuerliche Beendigung des Bürgerkriegs zu erreichen. Die Vertreter der libanesischen Nationalbewegung, die die Massenbewegung gegenwärtig führen, aber zugleich deren Selbständigkeit fürchten, spitzen die Verhandlungen auf den Rücktritt Frandschiehs zu. Er soll fallen. Damit soll die Möglichkeit eröffnet werden, die Massenbewegung und ihren bewaffneten Kampf wieder abzustumpfen. Dschumblatt selber ist moslemischer Großgrundbesitzer. Die „Frankfurter Rundschau" berichtet, daß eine entsprechende „Friedensformel" ausgearbeitet worden sei: „1. Das aus sechs Ministern bestehende Kabinett des moslemischen Ministerpräsidenten Karami wird zu einer 18 Mann starken Regierung der nationalen Einheit erweitert. 2. Die neue Regierung verkündet den Zeitplan für die sofortige Verwirklichung der Reformen, mit denen die Moslems den Christen bei der Beteiligung an der Macht im Land gleichgestellt werden sollen. 3. Die sechsjährige Amtszeit des christlichen Präsidenten Frandschieh wird durch Verfassungsänderung um sechs Monate verkürzt und läuft somit schon jetzt aus." (Frankfurter Rundschau, 23.3.)

Der Kampf der Massen soll mit diesen Veränderungen abgefunden werden. Dies hat nur Aussicht auf Erfolg, solange es gelingt, die Klassengegensätze noch durch den religiösen Gegensatz zwischen Christen und Moslems zu verdecken, solange die Arbeiter und Bauern keine selbständige politische Führung schaffen, sondern unter bürgerlich-nationalistischer Führung und revisionistischer Führung stehen.

Die imperialistische Presse schreibt Kommentare, die den sinnlosen Bürgerkrieg bejammern, in dem es „unwirklich wie in einem Hollywoodfilm" zugehe. (Süddeutsche Zeitung, 23.3.) Daß diese Presse den Libanon noch vor kurzem wohlgefällig als Oase der Ruhe im Nahen Osten, als dessen Schweiz, gefeiert hat, scheint vergessen. Ganz verschwiegen wird, daß der Libanon ein künstliches Produkt des Imperialismus ist. Er wurde ausschließlich mit dem Zweck eingerichtet und gegründet, um lange vor der Existenz Israels einen sicheren imperialistischen Stützpunkt im Nahen Osten zu besitzen. Dieser geht den Imperialisten jetzt verloren.

Eine selbständige staatliche Existenz hat der Libanon 1945 erhalten. 1941 wurde die Unabhängigkeit gegen den französischen Imperialismus proklamiert, erst 1946 zogen jedoch die letzten französischen Truppen aus dem Land ab. Der französische Kolonialismus war es auch, der schon im 19. Jahrhundert um die Kontrolle dieses Gebietes gekämpft hat. Zuerst gegen das Ottomanische Reich, indem er sich ab 1860 als Schutzherr der Christen aufgespielt hat und dem tönernen Riesen Türkei die autonome Provinz Libanon abgerungen hat. Nach dem Ersten Weltkrieg hat der französische Imperialismus aus der Erbmasse des zusammengebrochenen türkischen Reichs ganz Syrien unter seine Fittiche genommen. 1920 ließ er sich diese Errungenschaft vom Völkerbund absegnen, ihm wurde das Mandat über Syrien zuerkannt. 1926 wurde Syrien aufgespalten und der Libanon durch die französische Kolonialmacht eingerichtet. Dadurch erhielt die Kolonialmacht die Kontrolle über einen 200 km langen Küstenstreifen an der Mittelmeerküste mit vier wichtigen Hafenstädten. Bei der Zusammenstellung des Staatsgebiets achtete die Kolonialmacht peinlichst genau darauf, daß die Christen die Mehrheit der Bevölkerung ausmachten.

Wenngleich Syrien und Libanon heute selbständige Staaten sind, so wirkt sich die gemeinsame Vergangenheit beispielsweise so aus, daß beide Länder keine diplomatischen Beziehungen zueinander unterhalten, sondern alle Angelegenheiten durch Konsultation regeln.

Allerdings haben sich im Verlauf der Geschichte die Klassenstrukturen und dementsprechend die Politik beider Ländern verändert: herrscht im Libanon nach wie vor eine Kompradorenbourgeoisie, die feste Stütze des US-Imperialismus und noch immer eng mit dem französischen Imperialismus verbunden ist, so hat sich in Syrien eine selbständige nationale Bourgeoisie herangebildet. Kissinger hat inzwischen erklärt, daß eine Lösungsmöglichkeit des Bürgerkriegs die Teilung des Libanon wäre. Zwar bliebe für die Reichen dann nur ein Zwergstaat, dieser wäre jedoch direkt abhängig von den USA und ein zuverlässiger Stützpunkt. Deshalb besteht in einem Kampfziel zwischen den libanesischen Massen, der bürgerlich-nationalistischen Führung und den arabischen Staaten Übereinstimmung und Einheit: in der Verteidigung des Libanon als nationalem, arabischem und einheitlichem Staat, um das Teilungsmanöver des Imperialismus zu vereiteln. – (hjh)

Kritikbewegung in der Volksrepublik China

Die Bourgeoisie sitzt mitten in der Kommunistischen Partei

Peking. Unter der Führung des Vorsitzenden der KP Chinas, Mao Tsetung, findet in China eine große politische Debatte statt, die sich gegenwärtig noch besonders auf die Bereiche Erziehungswesen, Wissenschaft, Technologie, Literatur und Kunst konzentriert. Hierbei handelt es sich um einen „großen Kampf zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie, um die Weiterführung und Vertiefung der Großen Proletarischen Kulturrevolution, und es geht dabei um die Zukunft und das Schicksal unserer Partei und unseres Staates", heißt es in einem wichtigen Artikel der chinesischen Volkszeitung. Als Quelle der rechten Tendenz werden hauptsächlich jene Leute bezeichnet, die während der Kulturrevolution als Machthaber, die den kapitalistischen Weg gehen, entlarvt, kritisiert und niedergeschlagen wurden, sich jedoch später wieder in hohe Positionen hineinmanövrieren konnten und unverändert die revisionistische Linie verfolgten. Die Korrespondenz berichtet über die aktuelle Kritik an den neuen Machthabern auf dem kapitalistischen Weg.

Mit Bussen und Lastwagen kommen in diesen Tagen unzählige Arbeiter, Bauern, Soldaten, Schüler und Kader aus Peking und von woanders zur Peking-Universität und zur Tjinghua-Hochschule, um dort mit den Studenten und Lehrern in den Höfen die vielen Dazibaos (Wandzeitungen) gegen die Rechtstendenz zu lesen. Ruhig und mit ernsten Gesichtern schreiben sie die mit schwarzer Tusche und in großen Schriftzeichen gemalten Texte in ihre Notizbücher ab. Das wichtigste Dazibao in der Peking-Universität ist eine Zusammenstellung von 150 Zitaten aus unveröffentlichten Reden des „größten, den kapitalistischen Weg gehenden Machthabers Deng Hsiaoping". (Dazibao-Titel)

Politischer, ideologischer und organisatorischer Angriff auf das Proletariat

Deng hatte vor der Kulturrevolution ein hohes Amt in der Partei inne und wurde von den Volksmassen während der Kulturrevolution als Machthaber auf dem kapitalistischen Weg, der mit Liu Schao-tschi den Revisionismus praktizierte, gestürzt. Prinzip der Linie Mao Tsetungs ist, Kadern, die Fehler begangen haben, seien diese auch schwerwiegender Natur, die Möglichkeit zur Besserung und zur Korrektur ihrer Fehler zu geben. Voraussetzung ist, daß es sich bei den kritisierten Kadern nicht um Verräter handelt und daß sie ihre Fehler erkennnen und öffentlich Selbstkritik machen. So war es auch bei Deng, dem die Partei und die Massen nach einer Zeit der Erziehung und nach seiner Selbstkritik die Chance gaben, aus seinen früheren Fehlern zu lernen. Wiederum wurde er mit verantwortungsvollen Aufgaben betraut.

Heute steht fest, daß Dengs damalige Selbstkritik nicht echt war. Viele Kader, die der gleichen falschen Linie wie Deng gefolgt waren, wandelten sich und stellten sich auf die Seite des Proletariats. Er jedoch hat sein Wesen nicht geändert, sondern er und andere Machthaber auf dem kapitalistischen Weg, die nach ihrem Sturz wieder hochgekommen waren, „betrieben in jeder Hinsicht, politisch, ideologisch und organisatorisch, einen totalen Angriff auf das Proletariat. Sie wollten dieses ‚ändern' und jenes ‚ändern', der Kern aber ist, die grundlegende Linie unserer Partei zu wechseln, unser Land von der marxistisch-leninistischen Richtung und vom sozialistischen Weg wegzuführen und die Farbe unseres Staates zu ändern." („Weiterführung und Vertiefung der Großen Proletarischen Kulturrevolution", Leitartikel in der Volkszeitung vom 6.2.76)

Hauptziel dieser Leute ist die Wiederherstellung des Kapitalismus in China, und ihre unmittelbaren Aktionen richteten sich gegen die Ergebnisse der Kulturrevolution. Als sich die durch die Kulturrevolution herbeigeführten neuen Veränderungen mehr stärkten und verbreiterten, traten die bürgerlichen Vertreter unter der Führung Dengs in Reden und praktischen Taten offen gegen die revolutionären Veränderungen auf. Der erwähnte Leitartikel hebt hervor, daß sich unter diesen Elementen Leute befinden, die sich bei der Massenkritik in der Kulturrevolution verloren gaben, später jedoch ihre Selbstkritik widerriefen. Andere hatten zu keinem Zeitpunkt ihre Niederlage öffentlich eingestanden. Unter ihnen sind Klassenfeinde, die sich in die Reihen der Revolutionäre eingeschlichen haben, und Demokraten, die während der demokratischen Revolution aktiv waren, sich jedoch mit Einsetzen der sozialistischen Revolution und des Aufbaus des Sozialismus dem Proletariat in jeder Hinsicht widersetzten.

Organisatorischer aber nicht ideologischer Eintritt in die Partei

Mit der Weiterführung der sozialistischen Revolution geschieht unausgesetzt auch eine Wandlung der Klassenverhältnisse, und je nachdem, wie der Klassenstandpunkt ist, gibt es Leute, die mit dem Vormarsch des Proletariats nicht Schritt halten. „Die Partei hat viele Weggenossen, die niemals Marxisten-Leninisten gewesen sind und deren Weltanschauung bürgerlich ist. Nun, da die sozialistische Revolution mit jedem Tag in die Tiefe geht, stellten sie sich auf die Seite der feindlichen Klassen, d.h. auf die Seite der Grundherren und der Bourgeoisie. Kaum sind sie an der Macht, schlagen sie im Interesse der Grundherren und der Bourgeoisie den Weg des Kapitalismus ein." (ebenda)

Diese Leute sind - wie die chinesischen Genossen sagen - zwar organisatorisch in die Partei eingetreten, nicht aber ideologisch. Zur Zeit des Befreiungskampfes, der demokratischen Revolution gegen Imperialismus, Feudalismus und bürokratischen Kapitalismus akzeptierten sie das Programm der Partei für die Erreichung der Neuen Demokratie. Für die Kommunisten war die Neue Demokratie jedoch nur der Vorläufer zur sozialistischen Revolution.

Bürgerliche Demokraten wie Deng stellten die Neue Demokratie „nicht in Verbindung mit dem höchsten Programm der Partei, nämlich dem Programm für den Sozialismus und Kommunismus. Sie verstanden nicht und waren auch nicht bereit, das höchste Programm in die Tat umzusetzen. Anders ausgedrückt, ihre Weltanschauung war nicht die proletarische Weltanschauung des Kommunismus, sondern ein bürgerliches Königreich. Dieser bürgerliche Standpunkt und diese bürgerliche Weltanschauung wurden in den langen Kämpfen nicht umgestaltet; als die Revolution von der Etappe der neudemokratischen Revolution in die Etappe der sozialistischen Revolution überging, änderte sich ihre Ideologie nicht mit der Wandlung der Revolution. Obwohl ihr Körper in die sozialistische Gesellschaft trat, blieb ihre Ideologie noch in der Etappe der demokratischen Revolution. Das bestimmt, daß sie gegenüber der sozialistischen Revolution eine feindliche Haltung einnehmen." („Von bürgerlichen Demokraten zu den kapitalistischen Weg gehenden Machthabern"; Rote Fahne 3/76)

Die bürgerlichen Demokraten vertreten naturgemäß die Bourgeoisie. Das ist die klassenmäßige und ideologische Wurzel der derzeitigen rechten Tendenz. Diese zeigt sich als Revisionismus.

Programm zur Wiederherstellung des Kapitalismus

Deng startete seine Kampagne im Mai letzten Jahres. Kurz nachdem Mao Tsetung dazu aufgerufen hatte, die marxistische Theorie über die Diktatur des Proletariats zu studieren, damit die Volksmassen besser in der Lage sind, das Auftreten von alter und neuer Bourgeoisie zu verhindern, begann Deng mit der Propagierung der Kombination von drei Weisungen Mao Tsetungs. Diese drei zu verschiedenen Zeiten ausgegebenen Weisungen beinhalten: Studium der Theorie und Bekämpfung und Verhütung des Revisionismus; Stabilität und Einheit; Vorantreibung der Volkswirtschaft. Deng faßte also diese drei Weisungen zusammen und bezeichnete sie als „Hauptkettenglied" für jegliche gegenwärtige und zukünftige Arbeit. Als wichtigstes dabei galt ihm „Stabilität und Einheit".

Diese Aktion war eine Entscheidung alleine von Deng, die weder im Zentralkomitee noch im Staatsrat diskutiert worden war. Das Reaktionäre an der Propagierung dieser Weisungen als Hauptkettenglied für alle zukünftige Arbeit ist, daß nicht mehr die Politik das Kommando führt und die Führung des Klassenkampfes nicht mehr das Entscheidende ist.

Im Sozialismus gibt es noch Klassen, daher ist die proletarische Diktatur und die ununterbrochene Führung des Klassenkampfes durch das Proletariat die notwendige Voraussetzung zur Erhaltung der Arbeitermacht. Mao Tsetung antwortete auf die revisionistische Verkehrung seiner Weisungen: „Was soll das, ‚die drei Weisungen als Hauptkettenglied betrachten'! Stabilität und Einheit heißt nicht, den Klassenkampf aufgeben; der Klassenkampf ist das Hauptkettenglied, alles andere hängt von ihm ab."

Dengs Absicht war, die Richtung der Revolution zu ändern. Er nahm die Direktiven Mao Tsetungs, um sich zu verstecken und die Linie Mao Tsetungs zu bekämpfen. Er hob die rote Fahne, um sie in Wirklichkeit runterzuholen.

Die Kombination der drei Weisungen wird heute als Programm der Machthaber auf dem kapitalistischen Weg zur Wiederherstellung des Kapitalismus in China gesehen. Deng aber setzte sich unverfroren über alle Kritik hinweg. Bezugnehmend auf eine Rede, die er auf einer Industriekonferenz kurz zuvor gehalten hatte, sagte er am 29.5.75: „Manche Leute meinten, das sei ein Restaurationsprogramm. Es gibt solche Leute, das ist klar; vor ihnen braucht man sich nicht zu fürchten." Und im Januar dieses Jahres äußerte er gegenüber einem Mitglied des Parteikomitees der Provinz Yünnan: „Wenn man sagt, daß du die Restauration betreibst, bedeutet das, daß du gut gearbeitet hast."

Deng nahm außerdem noch andere Direktiven Mao Tsetungs als „Hauptkettenglieder". Als „Hauptkettenglied für die Arbeit in der Armee" bezeichnete er die Direktiven zur Reorganisierung der Armee und die Vorbereitung auf einen Kriegsfall (14.7.75). Bezüglich der Gewerkschaftsarbeit sagte er: „Es ist Unsinn, daß man von der Gewerkschaft verlangt, den Klassenkampf anzupacken. Wenn die Gewerkschaft den Klassenkampf anpackt, wozu braucht man dann das Parteikomitee? Man kann nicht täglich vom Klassenkampf reden!" (September 1975)

Drei Arten, die Modernisierung herbeizuführen

Ministerpräsident Tschou En-lai hatte in seinem Regierungsbericht vom Januar letzten Jahres den Volkswirtschaftsplan Chinas bis zum Ende dieses Jahrhunderts vorgezeichnet und dabei von der Modernisierung der Landwirtschaft, der Industrie, der Landesverteidigung, der Wissenschaft und Technik gesprochen. In der Rede des Genossen Tschou En-lai wird als Grundlage für die Entwicklung der Volkswirtschaft der Klassenkampf, die Revolution, die sozialistische Linie und die proletarische Generallinie Mao Tsetungs für den Aufbau des Sozialismus betont. Deng hingegen sprach nur noch von den „vier Modernisierungen", die es zu erreichen galt und sah dies als eine rein ökonomische Frage. So, als ob in China die Bourgeoisie keine Gefahr mehr darstellen würde, man sich um den ausländischen Imperialismus keine Sorgen zu machen brauche und gleichgültig wäre, von welcher Politik die Wirtschaft geleitet würde!

So meinte er: „Viele Genossen haben vor diesem oder jenem Angst, aber sie haben keine Angst, daß der Staat nicht aufgebaut wird. Ich hoffe, alle bemühen sich darum, im Geiste des IV. Nationalen Volkskongresses die ‚vier Modernisierungen' innerhalb dieses Jahrhunderts zu verwirklichen. Keine Angst vor dem Wolf und dem Tiger im Rücken! (gemeint: UdSSR und USA) Wovor hast du Angst? Du bist kein Kapitulant wie Sung Djiang. (Figur im Roman „Liangschan-Moor") Du brauchst nur nach den drei Weisungen des Vorsitzenden Mao zu handeln." (10.9.75)

Wie es ein leitender Genosse der Tjinghua-Hochschule ausdrückte: „Es gibt drei Arten, die Modernisierung herbeizuführen: die amerikanische Art, die sowjetische Art, die sozialistische Art. Wir wollen die sozialistische, Deng die sowjetische!"

Dengs Ökonomismus kommt unverhohlen in einer längeren Ausführung vom 10.10.74 zum Ausdruck: „Wenn ihr nur die Industrieausstellung von Schanghai besichtigt, würdet ihr irregeführt werden. Unser Stahlausstoß beträgt nur XXX Tonnen. Vergleichen wir uns nicht mit den USA, sondern nur mit Deutschland und England. Die beiden haben eine jährliche Stahlproduktion von 30 Mio Tonnen. Dabei haben sie nur etwa 60 Mio Einwohner. Wir hingegen haben 800 Mio Einwohner. Im Vergleich mit der Bevölkerungszahl müßten wir pro Jahr über 300 Mio Tonnen Stahl produzieren. Dann stünden wir auf dem gleichen Niveau wie England und Frankreich. Wollten wir das Niveau der USA haben, dann müßten wir jetzt 500 Mio Stahl produzieren. Man muß davon ausgehend China erkennen! Das wäre richtig!"

Oder: „Unsere Armee spricht oft von ‚hartem Kampf' (gemeint: Krieg). Aber unter hartem Kampf sollten wir Eisen und Stahl verstehen. D.h. daß wir Buntmetalle haben müssen." (14.7.75)

Widerstand gegen die Kritik am Roman „Geschichten vom Liangschan-Moor"

Deng sagte stolz, er habe „keine Angst davor zu sagen, daß die Technik das Kommando führen soll." (10.9.75) Und er trat ein für das gegen die Arbeiterklasse gerichtete Spezialistentum: „Diejenigen, die die Toiletten besetzt halten, ohne groß zu machen, sollen gehen. Wenn jemand fachlich nicht gut ist, muß er den Platz für andere räumen." (10.9.75) Auch verlangte er, Wissenschaftler sollten nicht durch Diskussionen über die Theorie der Diktatur des Proletariats von der wissenschaftlichen Arbeit abgehalten werden. Die Wissenschaft sei für sie die Hauptsache. Das bedeutet, daß Deng sich nicht darum kümmerte, wer Wissenschaft und Technik kontrolliert, die Arbeiter oder die Bourgeoisie.

Er widersetzte sich der Kampagne zur Kritik an dem reaktionären klassischen Roman „Geschichten vom Liangschan-Moor", in dem das Kapitulantentum gegenüber der herrschenden Klasse gerühmt wird. Tatsächlich behauptete Deng, Mao Tsetung habe den Roman gelesen und darüber private Bemerkungen gemacht, und einige Mitglieder des Zentralkomitees hätten daraus eine Bewegung entstehen lassen (29.9.75), und diese Bewegung diene dazu, „Intrigen zu schmieden" (10.9.75). Hier liegt ebenfalls einer der hauptsächlichen ideologischen Fehler Dengs: Er leugnete, daß der Arbeiterklasse vom Revisionismus und Kapitulantentum die Hauptgefahr droht. Das konnte auch nicht anders sein, denn er selbst repräsentierte die ausbeutende Klasse.

Er versuchte, die Arbeiter zu unterdrücken, indem er sie aufforderte, nach den Bestimmungen zu arbeiten und „strengere Regelungen und Verordnungen" verlangte. (Mai 1975) Er setzte sich ein für materielle Anreize und Fabrikprofite. Die Erfahrungen mit Anreizen und Profiten waren jedoch in der Tat ausnahmslos, daß diese nicht zur Förderung der Produktion, sondern zur Korrumpierung der Arbeiter und zu Korruption führten.

Deng verachtete die in der Kulturrevolution entstandenen neuen revolutionären Erscheinungen. Die Einrichtung der Barfußärzte auf dem Land beispielsweise war für ihn „ein System, das wir gerade probeweise durchführen. Natürlich ist es besser, als keine Ärzte zu haben. Am Anfang haben die Barfußärzte nur wenig Kenntnisse; sie können nur einige häufig auftretende Krankheiten behandeln. Nach einigen Jahren können sie Strohschuhe tragen, d.h. die Kenntnisse vermehren sich; nach einigen weiteren Jahren sollen sie Stoffschuhe haben." (10.10.74) Auch wandte er sich gegen proletarische literarische Werke, Filme, Theaterstücke und die revolutionären Peking-Opern, denn in ihnen wird der Klassenkampf hervorgehoben. Hingegen versuchte der die Kunst zu rehabilitieren, die von den Massen kritisiert worden war.

Aus vielen der veröffentlichten Äußerungen Dengs geht hervor, daß er die in der Kulturrevolution gestürzten Elemente wieder befreien, ihnen hohe Posten geben und dann mit ihnen arbeiten wollte. Aktiv war er bei der Niederhaltung von Genossen, die sich in der Kulturrevolution als gute Revolutionäre erwiesen haben.

Über seinesgleichen äußerte er sich im September letzten Jahres: „Sie können zum zweiten Mal niedergeschlagen werden. Aber keine Angst! Auch wenn man zum zweiten Mal niedergeschlagen wird, hat man doch gute Arbeit geleistet. Niedergeschlagen zu werden, das macht nichts. Auch das ist ein Verdienst."

Die Massen sind heute bewußter als früher, und Machthaber, die den kapitalistischen Weg gehen, können ihre Richtung nicht sehr offen vertreten. Niemals jedoch können sie sich völlig verstecken, und Dengs Wesen tritt hervor in der Bemerkung: „Sich auf die Arbeiter, Bauern und Soldaten stützen, ist etwas Relatives und nicht absolut." (6.2.76) Derartige Reden besagen im Kern, daß er überhaupt nicht bereit war, den Massen zu folgen.

Eintritt der großen Debatte in Industrie und Landwirtschaft

Ein Arbeiter-Student drückte unumwunden aus, was passieren würde, wenn die Machthaber, die den kapitalistischen Weg gehen, deren wichtigste These das Verlöschen des Klassenkampfes im Sozialismus ist, nicht niedergeschlagen werden: „Wir würden nicht nur aus den Schulen vertrieben werden, sondern Tausende und aber Tausende Klassengenossen würden geköpft werden."

Was wird mit Deng geschehen, der im Verein mit anderen die Wiederherstellung des Kapitalismus, der Ausbeutung und des Elends anstrebte? In einem Artikel in der Volkszeitung heißt es: Wir werden ihn behandeln wie in der Kulturrevolution, ihm auf den Rücken hauen, ihm wie ein Arzt Arznei geben und dann sehen, wie er sich verhält!" („Diesen unveränderten Machthaber, der den kapitalistischen Weg geht, kritisieren!"; 3.3.76) Prinzip ist: „Die Krankheit bekämpfen, um den Patienten zu retten." Die Massen werden in diesen Tagen aufgefordert, den wenigen führenden Kadern, die die falsche Linie praktiziert haben, zu helfen, damit sie die Fehler korrigieren. Die Parteileitungen der verschiedenen Ebenen müssen die Bewegung führen. Es sollen keine Kampfgruppen gebildet und keine Kontakte zwischen einzelnen Einheiten hergestellt werden.

Es ist klar, daß in einer großen Revolution wie der Kulturrevolution Leute hervortreten, die sie rückgängig machen wollen. Das ist nicht verwunderlich, und das Proletariat muß gegen solche Kräfte immer gewappnet sein. Der Hauptwiderspruch ist der zwischen Proletariat und Bourgeoisie, die Hauptgefahr ist der Revisionismus, und die Revolution richtet sich gegen die Bourgeoisie, wobei die Parteimachthaber, die den kapitalistischen Weg gehen, den Schwerpunkt bilden.

Die neueste Weisung Mao Tsetungs gegen diese Machthaber, die gegenwärtig von den chinesischen Massen studiert wird, lautet: „Eine Revision der gefällten Urteile stößt beim Volk auf Ablehnung." Und: „Die sozialistische Revolution richtet sich nun gegen sie selbst. Während der Vergenossenschaftlichung gab es in der Partei Leute, die dagegen waren, und sie haben Widerwillen gegen die Kritik am bürgerlichen Recht. Man macht die sozialistische Revolution und weiß nicht, wo die Bourgeoisie sitzt; sie sitzt mitten in der Kommunistischen Partei – es sind die Parteimachthaber, die den kapitalistischen Weg gehen. Die Machthaber auf dem kapitalistischen Weg gehen diesen Weg noch."

Der Linienkampf wird seit einigen Monaten im Erziehungs- und Wissenschaftsbereich scharf geführt. Gegenwärtig wird die große politische Debatte über die rechte Tendenz auch in Industrie und Landwirtschaft aufgenommen. Dabei gehen Ausbildungsarbeit, industrielle und landwirtschaftliche Produktion in geregelter Weise voran.

Die Fesselung der Machthaber, die den kapitalistischen Weg gehen, ist die eine Seite des Kampfes. Die andere ist, daß sich im Aufschwung der Großen Proletarischen Kulturrevolution das revolutionäre Bewußtsein der Volksmassen erhöht, sich ihre proletarische Weltanschauung immer mehr entwickelt und dadurch die Diktatur des Proletariats über die Bourgeoisie weiter gefestigt und der Aufbau des Sozialismus beschleunigt vorwärtsgehen wird. – (Uwe Kräuter, Peking, Mitte März)

Wissenschaftliche Erkenntnisse, welche die Reaktion bekämpfen muß

Am 5. März ist dem wissenschaftlichen Mitarbeiter am Kieler Institut für Meereskunde, Dr. Matthias Tomczak, die Begründung für das Urteil des Arbeitsgerichts zugegangen, in der seine Entlassung aus dem öffentlichen Dienst als „rechtmäßig" erkannt wird. Wie bereits berichtet (KVZ Nr. 7) hatte ihm der schleswig-holsteinische Kultusminister zum 31. März gekündigt, weil er durch das Verschicken einer Broschüre der Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe Kiel und einer Information der Roten Zelle Meereskunde Bestrebungen, die „freiheitlich-demokratische Grundordnung" zu beseitigen, unterstützt habe.

Gegenüber dem Arbeitsgericht hatte das Ministerium erklärt, es handele sich beim Inhalt dieser Broschüren um *„kommunistische Propaganda, die sich mit dem Anspruch der Wissenschaftlichkeit tarnt"*. Diesen Standpunkt des Ministeriums, der nichts anderes beinhaltet als die Verpflichtung der Wissenschaft auf die bürgerliche Ausbeuterordnung, schloß sich auch das Gericht an. Mit Hilfe einiger Zitate des Bundesverfassungsgerichtsurteils vom vergangenen Jahr, in welchem festgehalten wird, daß die Beschäftigten im öffentlichen Dienst verpflichtet sind, ihrem staatlichen Dienstherren bedingungslos Treue zu geloben, hat es die Entlassung als „rechtmäßig" bestätigt.

„Das beklagte Land, dem der politische Standort des Klägers nicht unbekannt geblieben ist, hat dessen politische Einstellung nahezu sieben Jahre lang toleriert", erklärte das Gericht. Das ist in zweierlei Hinsicht bemerkenswert. Erstens nämlich kann diese Behauptung nicht auf Kenntnissen beruhen, welche das Gericht während der Gerichtsverhandlung gewonnen hat, und insofern gesteht das Gericht hier ein, daß es der treue Erfüllungsgehilfe des Ministeriums ist. Zweitens wird daran deutlich, daß auch das Gericht nicht meint, die Verschickung dieser Broschüren sei der wirkliche Kündigungsgrund, sondern daß es die wissenschaftliche Tätigkeit von Dr. Tomczak ist, die „kommunistische Propaganda, die sich mit dem Anspruch der Wissenschaftlichkeit tarnt", wie das Ministerium sagt, der man jetzt nach sieben Jahren ein Ende bereiten müsse.

Es versteht sich, daß das Gericht eine Auseinandersetzung über die Richtigkeit der wissenschaftlichen Ansichten von Matthias Tomczak nicht zugelassen hat. Das wollen Ministerium und Justiz mit aller Macht vermeiden, müßten sie doch sonst öffentlich eingestehen, daß die wissenschaftlichen Erkenntnisse von Dr. Tomczak polizeilich verboten werden müssen, weil sie den Interessen der westdeutschen Imperialisten zuwiderlaufen. Der norwegische Sozialwissenschaftler Johan Galtung hat dies auch in einem Brief an Matthias Tomczak unterstrichen: „Von besonderer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang, daß Leute davon abgehalten werden sollen, die Untersuchung des Imperialismus mit der Außen- und Wirtschaftspolitik der Bundesregierung in Verbindung zu bringen." (Brief vom 10.3.76)

Matthias Tomczak hat in einem Brief an das Kultusministerium die Ziele seiner wissenschaftlichen Arbeit klargelegt. (siehe Kasten)

Kultusministerium die Ziele seiner wissenschaftlichen Arbeit klargelegt. (siehe Kasten)

Die Meeresforschung als ein Instrument des westdeutschen Imperialismus

Um welche Interessen geht es dem westdeutschen Imperialismus bei der Meeresforschung und welche wissenschaftlichen Erkenntnisse müssen daher polizeilich verboten werden?

Die „Dritte Seerechtskonferenz", die Montag letzter Woche in New York begonnen hat, und die von den Ländern der Dritten Welt gegen die Ausplünderung der Meeresschätze durch ein paar imperialistische Länder durchgesetzt worden ist, macht die Bedeutung der Meeresforschung für den Imperialismus deutlich. Mit der Meeresforschung wollen die Supermächte und die imperialistischen Länder der zweiten Welt sich die Erkenntnisse und Methoden verschaffen, mit denen die Ausplünderung der Meeresschätze immer profitabler betrieben werden kann. Da die Imperialisten bei ihren Versuchen, die Ausbeutung der unterdrückten Völker aufrechtzuerhalten, immer häufiger Niederlagen erleiden, verstärken sie umso mehr ihre Bemühungen, die Reichtümer des Meeres für sich zu reservieren. Dabei kämpfen die Supermächte um die Vormachtstellung, die westdeutschen Imperialisten um ihren Anteil und alle zusammen gegen die unterdrückten Völker.

Um in diesem Wettrennen einen guten Platz zu erreichen, hat die westdeutsche Kapitalistenklasse beim Forschungsministerium 1968 die Deutsche Kommission für Ozeanographie gebildet, die den Einsatz der Meeresforschung zur Vorbereitung der imperialistischen Expansion generalstabsmäßig plant. In ihr legen Vertreter der Bundes- und Landesregierungen, der Industrie und der Universitäten die Ziele der Meeresforschung fest. Im Bundesbericht Forschung von 1975 werden diese Ziele folgendermaßen angegeben: *„Meeresforschung und Meerestechnik dienen auch der Rohstoffversorgung durch die Exploration untermeerischer Minerallagerstätten. Die Arbeiten konzentrieren sich darauf, die Entstehung, Art, Lage und Zusammensetzung von Manganknollenvorkommen, Mineralseifen und Erzschlämmen zu erforschen und ihre Wirtschaftlichkeit zu bewerten."* Hinter diesen Zielen steckt nichts anderes, als der Anspruch der westdeutschen Imperialisten auf die Ausplünderung der Rohstoff- und Fischvorkommen eines Teils der Weltmeere, dafür geben sie Millionen aus und unterhalten Forschungseinrichtungen wie das Institut für Meereskunde in Kiel.

In der Rangliste der Forschungsförderungsprojekte der Bundesregierung folgt die Meeresforschung nach der Kernforschung, der Luftfahrt- und Weltraumforschung und der Datenverarbeitung an vierter Stelle. Sie bildet einen der wissenschaftlichen Eckpfeiler der Expansion des westdeutschen Imperialismus.

Die bürgerlichen Professoren, bestochene und korrupte Söldner der Imperialisten, betreiben dieses Geschäft ohne Skrupel. Fischereibiologen spüren neue oder noch nicht vollständig erschöpfte Fischbestände auf; die Wissenschaftler der Forschungsinstitute für Fangtechnik ersinnen Methoden, mit denen man mit verringerter Trawler-Besatzung mehr Fische fangen kann; die Kapitalisten rationalisieren und machen mehr Profit mit besseren Fangmethoden in schnell ruinierten Fanggründen. Wo immer in den letzten Jahren die Fischereiflotte der westdeutschen Kapitalisten war, vor Grönland und Neufundland, vor Island, im Pazifik, in der Antarktis, immer waren die Meeresforscher zuerst da, um die Profitmöglichkeiten zu erkunden.

Die Antwort der unterdrückten Völker auf diese Ausplünderung der Meeresschätze vor ihren Küsten durch die Imperialisten, ist ihr noch engerer Zusammenschluß zu gemeinsamem Kampf und diesem Kampf dient auch die jetzt stattfindende Seerechtskonferenz. Mit der 200 Meilen Zone werden sie die Imperialisten aus ihren Küstengewässern verdrängen, und in der geplanten internationalen Behörde für die Nutzung des Weltmeeres werden sie die Nutzung durch ihre Mehrheit kontrollieren.

Die Wissenschaft wird vom Klassenkampf erfaßt

Auch unter der werktätigen Intelligenz der imperialistischen Länder findet der Kampf der Länder der Dritten Welt wachsende Unterstützung, gewinnt die Erkenntnis an Boden, daß die Arbeiterklasse und die unterdrückten Völker die Garanten für den endgültigen Sieg über den Imperialismus sind. So finden sich unter den Wissenschaftlern immer mehr, die trotz öffentlichem Dienstrecht und KPD-Verbot für Arbeiterklasse und die unterdrückten Völker Partei ergreifen, wodurch auch die imperialistische Wissenschaft vom Klassenkampf erfaßt wird.

Deutlich zeigt dies die bisherige Tätigkeit von Matthias Tomczak am Institut für Meereskunde. Der Direktor des Instituts, Professor Hempel, treuer Diener der Bourgeoisie, dokumentierte bereits 1972, daß das Institut die Aufgabe hat, wissenschaftlich die Expansion der westdeutschen Imperialisten zu unterstützen, und daß er jede Kritik an dieser Unterstützung bekämpfen wird.

Damals hatte er Matthias Tomczak gebeten
wird.

Damals hatte er Matthias Tomczak gebeten, eine Buchbesprechung zu schreiben über ein Buch, das alle möglichen Methoden, Fische aufzuspüren und neue Fischgründe zu erschließen, beschreibt. Tomczak schrieb zu dem Buch:

Die Autoren Laevastu und Hela „schreiben in ihrer Einleitung ... ‚*Eine der wesentlichen Aufgaben dieses Buches ist, Wege zu zeigen, wie man die Ergebnisse der Forschung der Ozeanographie und der Meeresbiologie zum Nutzen der Fischerei anwendet*'. Im darauf folgenden Kapitel umreißen sie das Problem deutlicher: ‚*Um die Konkurrenzlage der Fischerei der Länder mit hohem Lebensstandard zu verbessern, muß ihr Fangergebnis pro Fangaufwand erhöht werden, und um konkurrenzfähig zu sein, sollte es etwas höher sein als in den wirtschaftlich weniger privilegierten Ländern.*' Sprachen Laevastu und Hela in ihrer Einleitung noch davon, daß die Fischfangleistung wegen das Anwachsens der Weltbevölkerung gesteigert werden müsse, so geben sie jetzt, zwei Seiten später, die Konkurrenz der Fischereiflotten untereinander als Grund an.

Nun ist den Autoren sicherlich auch bekannt, daß der Dorschfangertrag im Nordatlantik durch eine Reduzierung der Fangflotte gesteigert werden könnte. Freie Konkurrenz der Fischereiflotten macht jedoch eine Begrenzung der Fischereieinheiten prinzipiell unmöglich, wie sie selbst zugeben.... Die Anwendung ihres Buches für frei konkurrierende Fischereiflotten, die zu einer Produktivitätssteigerung der Flotten auf Kosten des Fischbestandes führt, wird deshalb die Situation langfristig nur verschlechtern. Natürlich wird man in der Lage sein, gerade mit Hilfe dieses Buches neue Fanggründe zu erschließen; doch wird freie Konkurrenz die Fischbestände dort nicht anders nutzen als in den bisherigen Fanggebieten, solange die Nutzung nur hinreichend profitabel bleibt. Eine Regulierung der Fischerei, die erst die Grundlage für eine sinnvolle Anwendung des Buches schaffen würde, ist aber nur durch welt-

Buches schaffen würde, ist aber nur durch welt-

weite Monopol-Absprachen zu erreichen. Wie auch immer die Form dieses Monopols aussehen mag, es wird nicht in der Lage sein, dem ersten Anliegen der Autoren, der Erfüllung der Ernährungsansprüche der Menschheit, gerecht zu werden; ‚zum Nutzen der Fischerei' ist nun einmal nicht identisch mit ‚zum Nutzen der Menschheit'.

Solange also die Regulierung der Fischerei nicht nach den Bedürfnissen der Menschheit erfolgt, hat Laevastus und Helas Buch keine Chance, erfolgreich für eine dementsprechende Gestaltung der Fischerei eingesetzt werden zu können." (Berichte der Deutschen Wissenschaftlichen Kommission für Meeresforschung, Neue Folge, Heft 22, S. 238-239; 1972)

Diese richtigen wissenschaftlichen Erkenntnisse müssen von der Reaktion bekämpft werden

Der korrumpierte Wissenschaftler Hempel ist 1972 dazu bereit. Als Herausgeber der Zeitschrift schließt er Matthias Tomczaks Buchbesprechung eine Erklärung an, über das Buch sei *„genug zu sagen, um eine zweite Besprechung unter sachlichen Gesichtspunkten zu rechtfertigen"*.

Man sieht daran, wie sehr sich die Bourgeoisie davor fürchtet, daß wissenschaftliche Wahrheiten verbreitet werden, denn solche Wahrheiten werden in den Händen der Arbeiterklasse und der unterdrückten Völker zu einer scharfen Waffe gegen die imperialistische Ausbeuterordnung. Keineswegs hat der Staat, wie das Arbeitsgericht glauben machen will, Matthias Tomczaks „politische Einstellung nahezu sieben Jahre lang toleriert". Vielmehr hat es sieben Jahre lang versucht zu verhindern, daß diese wissenschaftlichen Ansichten Öffentlichkeit erhalten und verbreitet werden. Aber die Wahrheit läßt sich nicht unterdrücken, und daher will das Ministerium jetzt dieser Auseinandersetzung durch die Entlassung einen Schlußpunkt setzen. Gelingen wird ihm das nicht. Denn der Einfluß des Befreiungskampfes der Völker der Dritten Welt und der Kräfte der

der Völker der Dritten Welt und der Kräfte der

Revolution ist gerade unter der werktätigen Intelligenz beträchtlich gewachsen. Das ist auch der Grund dafür, daß die Kollegen von Matthias Tomczak im Inland und im Ausland in immer noch wachsender Zahl die sofortige Rücknahme der Kündigung fordern.

Die Reaktion kann vielleicht diese Kündigung durchsetzen; die Unterstützung für die unterdrückten Völker und den Kampf gegen die imperialistische Meeresforschung wird sie am Institut für Meeresforschung nicht mehr ausrotten können. Umso weniger, nachdem Ministerium und Gericht vorexerziert haben, daß die „freiheitlich-demokratische Grundordnung" sozusagen auf allen Weltmeeren ihre Flagge zeigt: Schützt sie hierzulande das Eigentum der Kapitalisten, so gibt sie ihnen auf den Weltmeeren das Recht, die Naturreichtümer der Völker auszurauben und zu diesem Zweck die Meeresforschung einzusetzen. – (z.l.)

Solidaritätsbriefe für M. Tomczak – Protestbriefe an das Ministerium

„Sehr geehrter Herr Minister!

Durch verschiedene Quellen habe ich von Ihrer Entscheidung Kenntnis erlangt, Dr. Matthias Tomczak vom Institut für Meereskunde in Kiel aus seiner Stellung zu entlassen, weil er zugelassen hat, daß einige seiner wissenschaftlichen Arbeiten, die bereits in internationalen Zeitschriften veröffentlicht worden waren, in Veröffentlichungen erschienen sind, die in der Bundesrepublik Deutschland als extremistisch betrachtet werden können.

Es ist äußerst erstaunlich, daß so etwas in einem demokratischen Land geschehen kann, das sich in diesem Moment, im Verein mit den anderen europäischen Ländern, zum Richter über den Demokratisierungsprozeß in Spanien aufgeschwungen hat. ..." (Instituto de Investigaciones Pesqueras, A. Cruzado, Ozeanograph, Spanien)

„Seine Entlassung kann nur als eine Einschränkung seiner Menschenrechte betrachtet werden" (Robert L. Smith, Professor of Oceanography, Oregon State University).

„Ich glaube in aller Aufrichtigkeit, daß die Entfernung von Dr. Tomczak aus der Forschungsgruppe des Instituts für Meereskunde Kiel ein großer Verlust für die weltweite Ozeanographie wäre." (J.G. Braun, Santa Cruz de Tenerife, Ozeanograph)

„Weiterhin sind wir der Meinung, daß die Vorschriften und Gesetze, auf deren Grundlage die Berufsverbote und politischen Disziplinierungen erfolgen, abgeschafft werden müssen. Deshalb fordern wir: Abschaffung des besonderen Dienstrechts! Weg mit dem KPD-Verbot! Wir möchten Sie bitten, uns einige der beanstandeten Broschüren zu schicken, damit wir uns darüber informieren können, welche Art von Wissenschaft es ist, die die Kultusbürokratie stört." (15 Kollegen des Fachbereichs Informatik der Technischen Hochschule Darmstadt)

„Was sie berichten sind schreckliche, wenn auch nicht völlig unerwartete Nachrichten. ... Von besonderer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang, daß Leute davon abgehalten werden sollen, die Untersuchung des Imperialismus mit der Außen- und Wirtschaftspolitik der Bundesregierung in Verbindung zu bringen. ..." (Johan Galtung, Professor für Konflikt- und Friedensforschung, Oslo)

„Eine der beruflichen Beschäftigungen von Dr. Tomczak hat mit dem El-Nino-Phänomen zu tun, einer großräumigen Veränderung der Strömungen vor der südamerikanischen Küste. Wenn diese Veränderung auftritt, verschwindet der Fischbestand ... Dr. Tomczaks Arbeiten in physikalischer Ozeanographie sind ein Element bei der Vorhersage und dem Verständnis der physikalischen Grundlagen dieses unheilvollen Naturvorganges. Durch seine Entfernung aus seiner beruflichen Tätigkeit werden Sie auf lange Sicht ihren Bürgern und den Menschen der Welt neue Not auferlegen." (Richard T. Barber, Vorsitzender, CUEA Executive Council, Director, Oceanographie Program)

„Wir, Betriebsangehörige des Schwedischen Meterologischen und Hydrographischen Instititς, protestieren hiermit scharf gegen die Entlassung des international anerkannten Ozeanographen Dr. Matthias Tomczak vom Institut für Meereskunde aus politischen Gründen." (Nörrköping, 62 Angehörige des Instituts)

Offener Brief
an den
Kultusminister des Landes Schleswig-Holstein.

Sehr geehrter Herr Minister!

Sie haben mir mit Schreiben vom 22. Dezember 1975 mein Arbeitsverhältnis als wissenschaftlicher Angestellter des Landes gekündigt, weil ich „die erforderliche Vertrauensbasis für die Fortsetzung des Beschäftigungsverhältnisses zerstört" hätte. Nachdem ich nahezu 7 Jahre in diesem Arbeitsverhältnis am Institut für Meereskunde tätig war und durch meine wissenschaftliche Arbeit die Anerkennung meiner Kollegen am Institut, im Inland und im Ausland gefunden habe, wollen Sie meine Tätigkeit im öffentlichen Dienst und damit meine Arbeit als Meeresforscher zum 31. März beenden....

Ich bemühe mich in meiner Tätigkeit als Wissenschaftler, einen Beitrag dazu zu leisten, daß der große Reichtum des Meeres an Rohstoffen und Fischvorkommen den Völkern in den armen und ausgebeuteten Ländern zugute kommt. Deshalb wende ich mich in meiner wissenschaftlichen Arbeit gegen alle Bestrebungen, diese Völker von der Nutzung des Meeres fernzuhalten und die Nutzung allein den Konzernen der Großmächte zu garantieren. Deshalb habe ich mich 1971 bereiterklärt, Kuba durch einen Sommerkurs für Studenten der Ozeanographie beim Aufbau seiner Meeresforschung zu helfen. Deshalb habe ich mich 1972 für die 50 Meilen Zone Islands eingesetzt. Deshalb habe ich mich 1973 als gewählter Vertreter der wissenschaftlichen Mitarbeiter im Senat der Universität dafür eingesetzt, daß die freundschaftlichen Beziehungen zur Universität von Santiago de Chile, in der unter der Terrorherrschaft des Generals Pinochet eine Wissenschaft im Dienste des chilenischen Volkes unmöglich ist, abgebrochen würden. Deshalb habe ich mich 1974 und 1975 auf meereskundlichen Kongressen dafür eingesetzt, daß die Zielsetzung meereskundlicher Forschung von den ausgebeuteten Völkern der Welt bestimmt werden soll und nicht von imperialistischen Regierungen, und deshalb trete ich heute für die Errichtung der 200 Meilen Zone ein.

Meine erklärte Absicht, durch meine wissenschaftliche Tätigkeit bei ihrem Kampf um Befreiung behilflich zu sein, ist in keiner Weise sieben Jahre lang toleriert worden. Sie haben mir 1971 die Beurlaubung für den Sommerkurs in Kuba verweigert, mir aber für die ozeanographisch-fachliche Betreuung eines Ferienkurses für Diplomatenkinder am Mittelmeer dienstliche Beurlaubung gewährt. Ihr niedersächsischer Kollege hat mir wegen meiner Unterstützung des isländischen Volkes Unverantwortlichkeit vorgeworfen.

Der Universitätskurator Ihres Ministeriums hat die Universitätsleitung darin bestärkt, die Kontakte mit dem aus Militärs gebildeten Rektorat der Universität Santiago aufrecht zu erhalten. Sie stellen mir jetzt die Kündigung aus, weil ich in meinen Arbeiten für die Interessen der armen Völker und die 200 Meilen Zone eintrete und diese Meinung verbreite.

Die von Ihnen ausgesprochene Kündigung ist damit die vorerst letzte in einer Reihe von Maßnahmen gegen meine wissenschaftliche Tätigkeit und ist darin begründet, daß meine Tätigkeit den Aufgaben widerspricht, die die Regierungen von Bund und Ländern der Meeresforschung gestellt und in Denkschriften und Forschungsplänen festgehalten haben: Vorarbeit zu leisten für die „Sicherung der Rohstoffvorkommen im Weltmeer" und für die Nutzung bisher unbekannter oder wenig genutzter Fischgründe....

Hochachtungsvoll
gez. Matthias Tomczak